



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel

Nr. 4

**Juni 2008 -
Oktober 2008**

Protest gegen Umzug des Entwicklungsdienstes



Sitz des Evangelischen Entwicklungsdienstes in Bonn

Der in Bonn ansässige Evangelische Entwicklungsdienst (EED) wird aller Voraussicht nach 2012 nach Berlin umziehen. Im Rahmen einer Fusionierung von EED, "Brot für die Welt" und der Diakonie Katastrophenhilfe soll ein einziges Werk für Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in der Hauptstadt entstehen.

Für die 200 Mitarbeiter des Bonner Standortes heißt es damit schon wieder umziehen, waren sie doch erst vor sieben Jahren aus Stuttgart nach Bonn gekommen. Auch deswegen halten viele von ihnen die Umzugspläne für unnötig und unsozial. Sie appellieren an den Aufsichtsrat des EED die Pläne zu überdenken und den Bonner Standort beizubehalten. Unterstützung erhalten sie dabei aus Reihen der Politik. Stefan Eisel von der CDU glaubt, dass die Kirche sich selbst schade, nicht nur vor dem Hintergrund, dass noch niemand wissen könne, was der Umzug eigentlich kosten wird.

Umzug nicht nachvollziehbar

Und auch Oberbürgermeisterin Dieckmann sprach sich gegen einen Umzug des Dienstes aus. In einem Brief an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, stellte Dieckmann klar, dass ein Umzug logisch nicht nachvollziehbar sei. Bonn biete als Sitz der Vereinten Nationen und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beste Bedingungen für die entwicklungspolitische Arbeit. Deswegen sei Bonn als Standort für den EED bestens geeignet.



Demonstration der Mitarbeiter gegen den Umzug

Medienmitteilung

12. Juni 2008

EED-Aufsichtsratsbeschuß ärgerlich und falsch

Zur gestrigen Entscheidung des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) seinen Standort nach Berlin zu verlagern sagte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel:

"Die Entscheidung des EED-Aufsichtsrates ist enttäuschend und falsch. Die entwicklungspolitischen Fachleute auch im Aufsichtsrat des EED haben mir gesagt, daß sie das Nord-Süd-Zentrum Bonn für den besseren Standort für die entwicklungspolitische Arbeit des EED halten als Berlin. Das Diakonische Werk, zu dem "Brot für die Welt" gehört, habe aber die Standortverlagerung aber zur Bedingung für die Fusion der beiden Entwicklungswerke gemacht.

Ich bedauere es sehr, dass sich im gestrigen EED-Aufsichtsratsbeschluss dieser sachfernde kircheninterne Organisationsdruck gegen die Argumente der Entwicklungspolitik durchgesetzt hat. Es schadet der entwicklungspolitischen Arbeit der Evangelischen Kirche, dass sie sich in Berlin von allen wichtigen entwicklungspolitischen Organisationen isoliert, die ja ihren Sitz in Bonn haben.

Ich hätte von einem kirchlichen Arbeitgeber auch einen anderen Umgang mit den Mitarbeitern erwartet. Sie haben meine volle Unterstützung in ihrem Protest gegen die Umzugsentscheidung.

Das Votum des EED-Aufsichtsrates ist zwar sehr ärgerlich, aber noch nicht endgültig entscheidend. Wichtig sind jetzt die EED-Mitgliederversammlung im Herbst, die Gremien des Diakonischen Werkes und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Bischof Huber an der Spitze. Wir werden weiter versuchen, sie von unseren Argumenten zu überzeugen und nicht aufgeben."



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 32/08

18. Juni 2008

Grundgesetz-Geburtstag: Bund und Land aktiv – OB passiv und desinteressiert

Nach einem Gespräch mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit, dass sich auch das Land mit besonderen Bonner Veranstaltungen am 60. Geburtstag des Grundgesetzes beteiligt: „Der Ministerpräsident sieht im Grundgesetz-Jubiläum ein wichtiges Ereignis für Bonn und NRW. Deshalb wird er am 1. September anlässlich des 60. Jahrestages des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates nach Bonn kommen und eine eigene Veranstaltung mit über 500 Jugendlichen durchführen. Neben dem Festakt des Deutschen Bundestages am 6. September im Museum König, ist die Jugendveranstaltung unseres Ministerpräsidenten ein zweites Highlight zum Auftakt des Jubiläumsjahres 2009.“ Die Durchführung der Veranstaltung liege beim Haus der Geschichte.

Nachdrücklich kritisierte Eisel zugleich „die erschreckende Passivität“ von Oberbürgermeisterin Dieckmann im Blick auf das Grundgesetz-Jubiläum: „Es ist ja schön, dass sich die Stadt an den Initiativen von Bund und Land beteiligt. Aber das ist doch kein Grund für eigene Untätigkeit bei diesem wichtigen Anlass, der untrennbar mit Bonn verbunden ist.“

Eisel verwies auf eine Stellungnahme der Verwaltung zur heutigen Ratssitzung, in der es nach einer Auflistung der Bundes- und Landesveranstaltungen heißt: „Die Verwaltung ist der Auffassung, dass ein darüber hinausgehendes Programm nicht entwickelt werden muss, da es sich bei dem 60. Jahrestag nicht um „ein rundes Jubiläum“ handelt.“

Eisel dazu: „Wer ureigenste Bonner Themen so links liegen lässt, disqualifiziert sich selbst. Über soviel Desinteresse der Oberbürgermeisterin kann man nur den Kopf schütteln.“

General-Anzeiger
23.06.2008

Tibet-Fahne auf dem Rathaus

BONN. „Die Stadt Bonn beteiligt sich durch das Hissen der tibetischen Fahne auf dem Alten Rathaus am nächsten nationalen Tibet-Solidaritätstag“. Das beschloss der Rat in seiner jüngsten Sitzung gegen die Stimmen der SPD. Wie berichtet, hatte sich auch OB Bärbel Dieckmann (SPD) gegen eine derartige Aktion ausgesprochen, weil sie populistisch sei. CDU-MdB Stephan Eisel meinte hingegen: „Gerad Bonn als Stadt des Grundgesetzes ist dem Eintreten für die Menschenrechte verpflichtet.“ Er erinnerte daran, dass im März über 1.000 Städte und Gemeinden in Deutschland Tibet-Fahnen gehisst hatten. ly

General-Anzeiger
25. Juni 2008

Konter der Schottenröcke

FUSSBALL Jeckes Turnier der Zollkanonen an der Otto-Hahn-Straße

BUSCHDORF. Elf OP-Hasen sprinten mit wackelnden Ohren dem Ball hinterher. Eine wild gewordene Bande in Schottenröcken ist ihnen dicht auf den Fersen, um ihnen ein Tor zu verpassen. Ums Gewinnen geht es bei dem jecken siebten Fußballturnier der KG Bonner Zollkanonen auf dem gut besuchten Rasenplatz an der Otto-Hahn-Straße jedoch nicht. Außer Fairness gibt's keine Regeln. Das Wichtigste ist, dass alle Spaß haben.

„Deshalb ist bei unserem Turnier jeder ein Sieger“, erklärt Pressesportwartin Andrea Weiss. Rund elf karnevalistische Minuten kickt jede der 17 Amateur-Mannschaften gegen jede. Und doch spielen sie alle zusammen. „Die nach einem selbst ausgedachtem Motto verkleideten Teams beurteilen sich gegenseitig in den Kategorien Humor, Fairness, Kameradschaft und bestes Kostüm“, so die Pres-

sesportwartin. Alle jecken Mannschaften konnten sich bei der Siegerehrung über einen Pokal freuen. Den Siegerpokal bekam die als „Grimms Märchen“ verkleidete Truppe des Vereins „Sound Trompeter“. Stephan Eisel (CDU) spendete ihnen eine viertägige Bildungsreise für zehn Personen nach Berlin. Die Sieger konnten außerdem den Preis für das beste

Kostüm mit nach Hause nehmen. Die Verlierergruppe „FC Klappstuhl“ des 1. Bonner Showtanzclubs waren am Schluss doch stolze Gewinner des Schneckenpokals.

Den Erlös des närrischen Kickerturniers spenden die Zollkanonen erneut dem Förderkreis für Tumor- und Leukämieerkrankte Kinder. job



Die Blau-Roten Funken aus Bad Breisig traten in ihren Schottenröcken an.
FOTO: KOHLS

General-Anzeiger

25. Juni 2008

Einmal für vier Tage Politiker sein

PLANSPIEL „Jugend und Parlament 2008“ holt Schüler nach Berlin. David Winands aus Bornheim ist auch dabei

BONN. „Der Job eines Politikers ist zwar eine spannende Sache, aber der immense Stress, der damit verbunden ist, schreckt mich hinsichtlich meiner Berufswahl schon ein wenig ab“, urteilt der 17-jährige David Winands. Der Bornheimer hatte Anfang Juni mit 300 weiteren Jugendlichen aus ganz Deutschland am Planspiel „Jugend und Parlament 2008“ teilgenommen.

An vier Tagen debattierten die 16- bis 20-jährigen über die Gleichstellung von Mann und Frau und über Biokraftstoffe, allerdings vertrat sie dabei nie die eigene Meinung oder politische Gesinnung. „Bei unserer Ankunft in der Hauptstadt bekamen wir fiktive Charaktere zugeteilt und auch die

Parteien, denen wir angehörten, waren den real existierenden zwar nachempfunden, aber erfunden.“ So erzählt Winands, wie er in die Rolle des niedersächsischen Lokalpolitikers Sebastian Lehmann (52), gelernter Fensterbauer, schlüpfte. Anfangs sei es ihm schwer gefallen, eben nicht den eigenen Standpunkt, sondern den Lehmanns in Arbeitskreisen und Ausschüssen zu vertreten. Für seine Partei, der Arbeiterpartei Deutschlands (APD), kandidierte er dann aber sogar spontan für den Posten des Fraktionschefs und wurde tatsächlich gewählt.

„Mit soich einer Karriere meines Schützlings hatte ich ja gar nicht gerechnet“, scherzt der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Ste-

phan Eisel. Er hatte den Elftklässler des Collegium Josephinum aus rund 20 Jungendlichen ausgewählt. Als besonders reizvoll beschreibt der Schüler den Blick hinter die Kulissen der großen Politik. „Den Reichstag hatte ich mir zwar etwas größer vorgestellt, aber in den Originalschauplätzen wie dem Plenarsaal zu tagen, das war schon aufregend.“ Und mit den Politikern, die sich „für einen Smalltalk immer Zeit nahmen“, zeigt er sich auch zufrieden. „Für uns ist „Jugend und Parlament“ eine tolle Gelegenheit, den Schülern zu zeigen, wie Politik abläuft“, erklärt Eisel. Das Konzept von 1981 sei mittlerweile so erfolgreich, dass es auch in anderen Ländern stattfindet. hkk



Ausflug die Welt des Bundestags: David Winands (rechts) auf dem Stuhl des Bonner Abgeordneten Stephan Eisel. FOTO: BARBARA FROMMANN

Rhein: Raum
25. Jun. 2008

Tibet-Solidarität: Diva Dieckmann unsolidarisch 25. 06 08 13.27 Uhr Alter: 36 min

Rubrik: Nachrichten

Hartwig Lohmeyer

Oberbürgermeisterin ignoriert Ratsbeschluss und verweigerte Tibet-Flagge auf dem Alten Rathaus

Über 1000 Kommunen haben sich am nationalen Tibetsolidaritätstag beteiligt. Bonn allerdings zeigte keine Flagge. Das lag nicht an am Rat der Stadt. Der hat sich am 18.

Juni fraktionsübergreifend mit überwältigender Mehrheit für die Beteiligung Bonns an der Flaggenaktion ausgesprochen, die am 19/20.

Juni 2008 aus Anlass des olympischen Fackellaufes durch Tibet deutschlandweit durchgeführt wurde.



Die Oberbürgermeisterin hatte schon im Vorfeld ihren Unwillen bekundet und reagierte sichtbar vergrätzt über den Ratsbeschluss. Mit der Begründung, die Verwaltung hätte sich nicht in der Lage gesehen, so kurzfristig eine tibetische Fahne zu besorgen, verweigerte sie die Erfüllung des Ratswillens.

Für den Grünen Stadtverordnete Florian Beger ist dies eine fadenscheinige Begründung: "Wenn die Verwaltung sich wirklich außerstande gesehen hätte, die Fahne selbst zu besorgen, hätte der Bonner Bundestagsabgeordnete Eisel sicher gerne ausgeholfen."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Eisel hatte der Oberbürgermeisterin bereits vor der Ratssitzung eine Tibetfahne zukommen lassen, die die OB zurückgeschickt hatte. Sein Büro liegt am Bonner Marktplatz.

General-Anzeiger

25. Juni 2008

Konter der Schottenröcke

FUSSBALL Jeckes Turnier der Zollkanonen an der Otto-Hahn-Straße

BUSCHDORF. Elf OP-Hasen sprinten mit wackelnden Ohren dem Ball hinterher. Eine wild gewordene Bande in Schottenröcken ist ihnen dicht auf den Fersen, um ihnen ein Tor zu verpassen. Umis Gewinnen geht es bei dem jecken siebten Fußballturnier der KG Bonner Zollkanonen auf dem gut besuchten Rasenplatz an der Otto-Hahn-Straße jedoch nicht. Außer Fairness gibt's keine Regeln. Das Wichtigste ist, dass alle Spaß haben.

„Deshalb ist bei unserem Turnier jeder ein Sieger“, erklärt Pressewartin Andrea Weiss. Rund elf karnevalistische Minuten kickt jede der 17 Amateur-Mannschaften gegen jede. Und doch spielen sie alle zusammen. „Die nach einem selbst ausgedachtem Motto verkleideten Teams beurteilen sich gegenseitig in den Kategorien Humor, Fairness, Kameradschaft und bestes Kostüm“, so die Pres-

sewartin. Alle jecken Mannschaften konnten sich bei der Siegerehrung über einen Pokal freuen. Den Siegerpokal bekam die als „Grimms Märchen“ verkleidete Truppe des Vereins „Sound Trompeter“. Stephan Eisel (CDU) spendete ihnen eine viertägige Bildungsreise für zehn Personen nach Berlin. Die Sieger konnten außerdem den Preis für das beste

Kostüm mit nach Hause nehmen. Die Verlierergruppe „FC Klappstuhl“ des 1. Bonner Showtanzclubs waren am Schluss doch stolze Gewinner des Schneckenpokals.

Den Erlös des närrischen Kickerturniers spenden die Zollkanonen erneut dem Förderkreis für Tumor- und Leukämieerkrankte Kinder. joh



Die Blau-Roten Funken aus Bad Breisig traten in ihren Schottenröcken an.
FOTO: KOHLIS

General-Anzeiger
26. Juni 2008

OB ignoriert Votum zur Tibet-Beflaggung

RAT Grüne sprechen von „launischer Diva“

Von Rolf Kleinfeld

BONN. Damit hat sich Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann keine Freunde gemacht: Sie ließ vorige Woche am Tibet-Solidaritätstag keine Tibet-Fahne auf dem Alten Rathaus hissen, obwohl der Stadtrat das einen Tag zuvor mit Mehrheit beschlossen hatte.

Die Begründung, dass der Beschluss erst am Abend des 18. Juni fiel und die Verwaltung sich nicht in der Lage sah, eine tibetische Fahne zu besorgen und zu hissen, halten die Grünen für unglaubwürdig. Wäre dem so gewesen, hätte der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sicher gerne ausgeholfen, glaubt Ratsherr Florian Beger. Eisel hatte der OB im Vorfeld eine Tibet-Flagge zukommen lassen, die diese wieder zurück schickte.

Dass der Stadtrat gegen Dieckmanns Stimme den Beschluss fasste, den die Verwaltungschefin jetzt ignorierte, ist für die Grünen

unannehmbar. „Die OB“, so Beger, „gebärdet sich immer häufiger wie eine launische Diva und scheint inzwischen der Meinung zu sein, Ratsbeschlüsse nach Lust und Laune ausführen oder ignorieren zu können.“

Die OB hatte sich schon im Vorfeld gegen die Tibet-Beflaggung ausgesprochen. Im Stadtrat sagte sie in einer persönlichen Erklärung: Das sei ein falsches Signal. „Es gibt“, meinte sie, „auf der ganzen Welt Menschenrechtsverletzungen, darüber sollten wir mal reden.“ Das Presseamt bekräftigte gestern, die Ratsentscheidung sei zu spät gekommen, um für dieses Jahr die Tibet-Flagge zu hissen. Im übrigen hätte es die OB begrüßt, wäre der Rat der einstimmigen Empfehlung des Internationalen Ausschusses gefolgt, die Flagge nicht zu zeigen, sondern die Tibet-Frage inhaltlich in anderer Weise zu beleuchten. Diese Empfehlung habe der Ausschuss auch mit den Stimmen der Grünen getroffen.

Bonner Rundschau

26. Juni 2008

UN-Umbau: Bund gibt 95 Millionen Euro frei

Abgeordnetenhaus
wird saniert

BONN. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern die Haushaltsmittel freigegeben, um das Alte Abgeordnetenhochhaus im früheren Bonner Regierungsviertel für die Nutzung des Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen mit gut 300 Mitarbeitern umzubauen. Das berichten die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU), die darin einen wichtigen weiteren Baustein für die Rolle Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit sehen. Es handelt sich nach Angaben von Kelbers Berliner Büro um gut 95 Millionen Euro.

Das Hochhaus soll vorbildlich energetisch saniert werden, um praktisch keinen Heiz- und Kühlbedarf mehr zu benötigen. Auch auf der Stromseite seien die Vereinten Nationen in Bonn vorbildlich: sie nutzen bereits seit langem das Ökostromangebot der Bonner Stadtwerke. Mit dem Umbau des Alten Abgeordnetenhochhauses wird der UN-Campus, der schon den Langen Eugen umfasst, komplettiert. Kelber und Eisel unisono: Wir sind mit dem Beschluss sehr zufrieden. (EB)

General-Anzeiger 26. Juni 2008

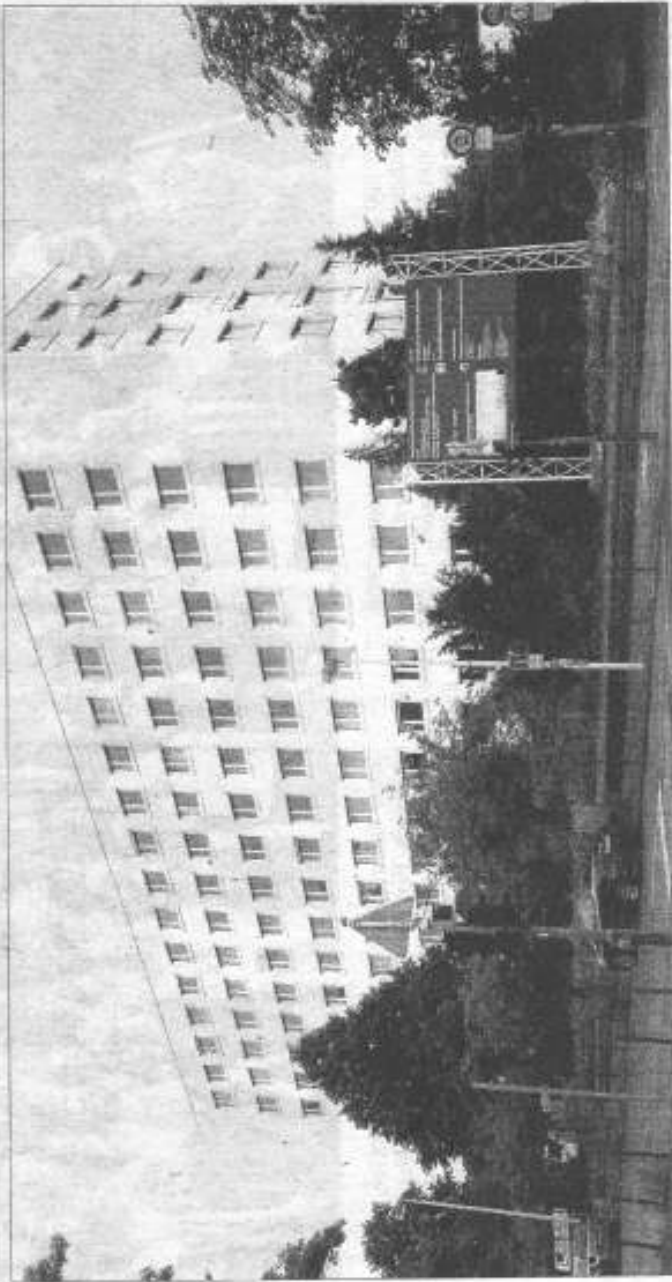
Haushälter spendieren weiteren UN-Baustein

FINANZEN 55,31 Millionen Euro sollen aus dem alten Abgeordnetenhaus ein energietechnisches Schmuckstück machen, das zu seinen neuen Nutzern vom Klimasekretariat passt

Von Sylvia Binner

BONN/BERLIN. 55,31 Millionen Euro lässt sich der Bund den nächsten Baustein für Bonn als Zentrum für internationale Zusammenarbeit kosten. Diese Summe gab gestern in Berlin der Haushaltsausschuss des Bundestages frei, um damit das sogenannte achtstöckige „alte Abgeordnetenhochhaus“ zwischen Plenarsaal und Wasserwerk zu sanieren und umzubauen. An der Ecke Görresstraße/Hermann-Ehlers-Straße sollen nach dem Umbau die gut 300 Mitarbeiter des Klimaschutzsekretariates der Vereinten Nationen (UN) unterkommen. Das Sekretariat rechnet mit einer Bauzeit von zwei bis drei Jahren.

„Wir sind mit dem Beschluss, von heute sehr zufrieden“, hoben die Bonner Bundstagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) in einer Pressemitteilung ihr gemeinsames Engagement für ihren Wahlkreis hervor. „Mit dem Umbau des alten Abgeordnetenhochhauses wird der Campus der Vereinten Nationen, der schon den Langen Eugen umfasst, komplettiert“, so Eisel und Kelber. Und damit der sanletzte Bau seinen neuen Nutzern, die sich beruflich mit Kli-



**Aus alt
mach neu:
Wo früher Abgeordnete und ihre Mitarbeiter saßen, sollen künftig die UN fürs Klima kämpfen.**
FOTO: FROMMANN

maschutz und Klimawandel auseinanderzusetzen, auch gut zu Gesicht steht, soll er ein Vorbild hinsichtlich des Energieverbrauchs sein. „Das Haus soll praktisch keinen Heiz- und Kühlbedarf mehr haben“, teilen Kelber und Eisel mit.

Auch Bonns OB Bärbel Dieckmann freut sich über die Nachricht

aus Berlin: „Ich begrüße diese erneute Unterstützung für den Ausbau der deutschen UN-Stadt Bonn durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.“ Das UN-Sekretariat zum Klimawandel, die größte der Bonner UN-Organisationen, bekomme ein ökologisches Mustergebäude. Was ihren Stromlieferanten angeht, sind die

17 Bonner UN-Einrichtungen obnein schon vorbildlich: Sie alle nutzten bereits seit langem das Ökostromangebot der Stadtwerke.

Mit dem Umzug des Klimasekretariates, das zurzeit noch im Haus Carstanjen an der Pflügersdorfer Martin-Luther-King-Straße untergebracht ist, wächst der UN-Campus um den Langen Eugen

weiter. Schon bei seiner Einweihung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan am 12. Juli 2006 stand der Umzug des Klimasekretariates auf dem Plan. Allerdings verzögerte sich der für 2007 vorgesehene Wechsel, weil der Haushaltsausschuss die Finanzierung auf Eis legte.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 33/08

1. Juli 2008

CDU/CSU-Entwicklungspolitiker werben für Bonner EED-Standort

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, haben sich 11 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete aus dem Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an die Evangelische Kirche gewandt und dafür geworben, das Nord-Süd-Zentrum Bonn für die evangelische Entwicklungspolitik nicht aufzugeben: „Dass nahezu alle Ausschussmitgliedern der Union den Brief unterzeichnet haben, ist ein starkes Votum der Fachpolitiker, welches die Evangelische Kirche nicht ignorieren sollte. Ich hoffe nach wie vor, dass solche Fachargumente Wirkung zeigen, zumal sie von Abgeordneten aus ganz Deutschland vorgetragen werden.“

Der Brief der Abgeordneten richtet sich den Vorsitzenden des Rates der EKD Bischof Dr. Wolfgang Huber, an Diakoniepräsident Klaus-Dieter Kottnik und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Evangelischen Entwicklungsdienstes Präses Schneider. Er hat folgenden Wortlaut:

„Mit Sorge haben wir von der Absicht erfahren, im Rahmen der geplanten Fusion von „Brot für die Welt“ mit dem „Evangelischen Entwicklungsdienst“ (EED) unter dem Dach der Diakonie den Standort Bonn für die entwicklungspolitische Arbeit der Evangelischen Kirche aufzugeben. Wir möchten Sie bitten, dies zu überdenken.“

Bonn ist das vom Deutschen Bundestag ausdrücklich gewünschte und geförderte „Nord-Süd-Zentrum“ in Deutschland. Dort ist mit vielen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen so viel entwicklungspolitische Kompetenz versammelt wie an keinem anderen Standort in Deutschland. Hinzu kommt, dass in Bonn 17 UN-Organisationen ihren Sitz haben und die Nähe zu Brüssel.

Es wäre aus fachlicher Sicht sehr bedauerlich, wenn die Evangelische Kirche mit ihrer Entwicklungsorganisation dieses Nord-Süd-Zentrum gänzlich verlassen würde. Als Mitglieder des Deutschen Bundestages, die der entwicklungspolitischen Arbeit besonders verbunden sind, bitten wir Sie nachdrücklich darum, auch im Rahmen der Neuorganisation der evangelischen Entwicklungsarbeit eine geeignete Präsenz im Nord-Süd-Zentrum Bonn sicherzustellen.“

Unterschrieben wurde der Brief von folgenden CDU/CSU-Mitgliedern des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Wolf Bauer, MdB (Euskirchen), **Hartwig Fischer, MdB** (Göttingen),

Manfred Grund, MdB (Eichsfeld-Nordhausen), **Anette Hübinger, MdB** (Saarbrücken), **Jürgen Klimke, MdB** (Hamburg), **Sybille Pfeiffer, MdB** (Lahn-Dill, auch stv. Ausschussvorsitzende), **Dr. Christian Ruck, MdB** (Augsburg, Obmann der CDU/CSU-Fraktion), **Dr. Ralf Brauksiepe, MdB** (Ennepe-Ruhr-Kreis), **Klaus-Peter Flosbach, MdB** (Oberbergischer Kreis), **Herbert Frankhauser, MdB** (München), **Norbert Geis, MdB** (Aschaffenburg)

General-Anzeiger
1. Juli 2008

Gemeinsam gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen

BUNDESPRÜFSTELLE Mehr als 40 Organisationen schließen sich für Gegenkundgebung am 12. Juli zusammen

Von **Dagmar Biesel**
und **Ayla Jacob**

DUISDORF. Mehr als 40 Organisationen, Vereine, Initiativen und Kirchen haben sich jetzt zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um ein Zeichen gegen die geplante Demonstration des „neonazistischen Aktionsbüros Mittelrhein“ zu setzen. Das will am 12. Juli vor der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien gegen deren Arbeit protestieren (der GA betriete). Mit Flugblättern in Postkartengröße, die unter anderem in Duisdorfer Briefkästen verteilt wurden und auf denen nicht klar hervorgeht, wer der Organisator ist, wirbt das Aktionsbüro für seine Demonstration.

Ingo Degenhardt, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Region Bonn/Rhein-Sieg/Oberberg, eines der Bündnismitglieder, sagt: „Die Stärke Bonns und der Region liegt darin, dass sich in diesem Bündnis ein breites Spektrum aller gesellschaft-

lichen Gruppen wiederfindet, die gemeinsam mit der Bonner Bevölkerung ein Zeichen setzen wollen.“ Einige davon – wie der Verein Rote Hilfe – werden im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Das aber soll den Erfolg der Gegen-Demo nicht schmälern. „Well wir ein so breites Bündnis sind, können wir uns nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen“, so Degenhardt. „Dass das eine Gratwanderung sei, sei den meisten Beteiligten klar. Ziel aller Bündnismitglieder sei es, „eine friedliche, gewaltfreie Gegen-Kundgebung zu organisieren“. Außerdem würden unter dem Motto „Friedlich und entschlossen den Naziaufmarsch verhindern“ Plakate und Aufrufe in der Stadt verteilt.

Die Superintendenten Eckart Wüster (Kirchenkreis Bonn), Eberhard Kemtner (Bad Godesberg-Voreifel) und Hans Joachim Cortis (An Sieg und Rhein) erklären: „Die Ideologie der Neonazis ist menschenverachtend. Nach biblischen Verständnis sind alle

Menschen Geschöpfe Gottes und damit gleichwertig. Es ist mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar, wenn sich eine Nation oder ein Volk vor andere stellt.“

Treffpunkt für die Demonstration gegen die Rechten ist am 12. Juli, 8 Uhr, am DGB-Haus in der Endenicher Straße 127. Einen Tag zuvor wollen Bonner CDU und Junge Union vor der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Me-

dien ab 14 Uhr in der Rechtsstraße Flugblätter verteilen: „Klare Sicht gegen Extremismus – Kein Platz für rechtsextremistisches Gedankengut in der Stadt des Grundgesetzes“. Dabei werden die Teilnehmer, darunter Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel, 200 leere Brillengestelle verteilt. CDU-Kreisvorsitzender Axel Voss sagt: „Uns fehlt jedes Verständnis für Personal, Gedankengut und Inten-

tion des neonazistischen Aktionsbüros Mittelrhein. Wir unterstützen die Bundesprüfstelle bei ihrem Einsatz für den Jugendschutz.“

Mit bis zu 300 Teilnehmern wollen die Rechten am 12. Juli nach Duisdorf kommen. Die Polizei wird nach GA-Informationen weit mehr als 1 000 Beamte im Einsatz haben.

www.bonn-stellt-sich-quer.de

DAS AKTIONSBÜNDNIS

Zum Bündnis gehören: Aktion Courage, Antifa, ASLA, attac, AWO, BDKJ, Beueler Initiative gegen Fremdenhass, Bonner Friedensbündnis, BSV Bonn, Bündnis 90/Die Grünen, Caritasverband für die Stadt Bonn, DGB, Deutsche Israelische Gesellschaft Arbeitsgemeinschaft Bonn, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Bonn, Diakonie, Die Linke, DKP, Evangelischer Kirchenkreis Bonn, Ev. Schullehrer der Kirchenkreise

an Sieg und Rhein, Bad Godesberg-Voreifel und Bonn, FDP, Freie Bildung Bonn, Gedenkstätte Bonn, Gegen Vergessen für Demokratie, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Bonn, GEW StV Bonn und KV Rhein-Sieg, Gewerkschaft NGG Region Köln, Gewerkschaft Transnet, IG BAU, IG BCE, IG Metall, Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg, Informationsstelle Lateinamerika Bonn, Kinder- und Ju-

gendring Bonn, Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg, Kurdische Gemeinschaft Bonn/Rhein-Sieg, Mieterverein, Naturfreunde Bonn, Netzwerk Friedenskooperative, Pfarrgemeinderat der kathol. Kirchengemeinde St. Marien Bonn-Mitte, Rote Hilfe, SDAJ, SPD Bonn und Rhein-Sieg, Synagogengemeinde Bonn, ver.di, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köln/Bonn, Job



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 34/08

3. Juli 2008

Entschlossen gegen Extremismus

Im Vorfeld der für nächste Woche in Bonn angekündigten Demonstration von Rechtsextremisten unterstrich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Bedeutung einer klaren Absage an Extremismus jeder Art: „Die Feinde unserer Verfassung stoßen in Bonn auf klare Ablehnung. Das gilt auch für die Rechtsextremisten, die in Bonn gegen die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ demonstrieren wollen. Diese Bundesbehörde ist ein Instrument der wehrhaften Demokratie unseres Grundgesetzes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde können auf unsere Unterstützung und Solidarität gegen solche Attacken zählen.“

Wie Eisel mitteilte findet am 11. Juli ab 14 Uhr vor der Bundesprüfstelle (Rochusstr. 10, Bonn-Duisdorf) eine Solidaritätsaktion für deren Arbeit und gegen extremistische Angriffe statt. Ab 15 Uhr steht die Behördenleiterin Elke Mommsen-Engberding interessierten Bürgern zum Gespräch zur Verfügung.

Eine Beteiligung an der vom DGB organisierten Gegendemonstration am 12. Juli lehnte Eisel ab: „Leider hat das Aktionsbündnis, das diese Demonstration organisiert, die Mitwirkung von Linksextremisten zugelassen. Zu den Beteiligten gehören u. a. die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die „Rote Hilfe“, die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ und die SED-Nachfolgepartei „Die Linke“. Diese Organisationen werden im aktuellen Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Ich bin nicht bereit, mit Linksextremisten gegen Rechtsextremisten zu demonstrieren. Wer unseren freiheitlichen Staat gegen seine Feinde schützen will, darf auf keinem Auge blind sein.“

Express
3. Juli 2008

Bonner CDU klinkt sich aus Anti-Nazi-Demo aus

Von MARION STEEGER

Bonn – Wenn die Rechten am 12. Juli nach Bonn kommen, um gegen die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu protestieren, bläst ihnen kräftig der Wind ins Gesicht. Jede Menge Parteien und Institutionen nehmen an der Gegendemo zum Aufmarsch vom „Aktionsbündnis Mitte/Rein“ teil (EXPRESS berichtete).

Doch was ist mit der Bonner CDU los? Warum klinken sich die Christdemokraten aus, wenn zum Beispiel Caritas, Diakonie, evangelischer Kirchenkreis oder Kreishandwerkerschaft nächste Woche Samstag ab 12 Uhr unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten“

durch Bonn ziehen?

„Von der Zielrichtung her unterstützen wir das Aktionsbündnis“, so CDU-Parteichef Axel Voss. Aha, Aber? „Wir wenden uns gegen alle Extremisten.“ Und weil zum Beispiel „Antifa“, DKP, „Die Linke“ oder die „Rote Hilfe“ auch bei der Gegendemo dabei wären, wolle die CDU sich nicht beteiligen.

Voss: „Beim Aktionsbündnis sind Gruppierungen dabei, die wir als extremistisch bezeichnen. Und die »Rote Hilfe« tituliert uns zum Beispiel als Faschisten.“

Stattdessen planen die Bonner

Christdemokraten am Tag vor der Anti-Nazi-Demo eine eigene Aktion. Flugblätter mit dem Slogan „Klare Sicht gegen Extremismus“ werden verteilt. Und eine Art Spaßguerilla um den Bonner MdB Dr. Stephan Eisel wird dazu 200 leere Brillengestelle unter Volk bringen.

Irritiert über das Nein der CDU zum Aktionsbündnis ist Grünen-Ratsherr Peter Finger: „Wenn es um solche Umtriebe

der Rechten geht, braucht man ein möglich breites Bündnis. Ich finde, die Bonner CDU sollte ihre Position noch einmal



CDU-Parteichef
Axel Voss



Aufruf zur Gegendemo in Bonn am 12. Juli

überdenken.“ Schelte auch vom Kreisverband „Die Linke“: „Das ist ein kontraproduktives Verhalten und ein Zeichen mangelnder Zivilcourage! Die CDU gefährdet mit ihrer Engstirnigkeit ein wirklich umfassendes und gesellschaftliches Bündnis in Bonn.“

General-Anzeiger
3. Juli 2008

Politiker gegen Umzug

KIRCHE Bonn ist der beste Standort für EED

BONN. Die Zahl der Gegner eines Umzugs des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) nach Berlin nimmt weiter zu. Jetzt haben sich elf CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete aus dem Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an die Evangelische Kirche gewandt und dafür geworben, den Standort Bonn nicht aufzugeben. Für den Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel ist dies „ein starkes Votum der Fachpolitiker, das die Evangelische Kirche nicht ignorieren sollte“.

Der Brief der elf Abgeordneten richtet sich an Bischof Wolfgang Huber. Darin heißt es: „Bonn ist das vom Deutschen Bundestag

ausdrücklich gewünschte und geförderte Nord-Süd-Zentrum in Deutschland. Dort ist mit vielen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen so viel entwicklungspolitische Kompetenz versammelt, wie an keinem anderen Standort in Deutschland. Hinzu kommt, dass in Bonn 17 UN-Organisationen ihren Sitz haben und die Nähe zu Brüssel.“

Wie berichtet, hat sich auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Karin Kortmann (SPD), für einen Verbleib des EED in Bonn ausgesprochen, so der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber. wh

Die Tagespost
3 Juli 2008

„Menschen entscheiden nicht über Menschen“

CDU-MdB Stephan Eisel: Selbstmord-Hilfe durch Ex-Parteimitglied Roger Kusch hat mit der Union nichts zu tun

Hamburgs Ex-Justizsenator Roger Kusch hat einer Rentnerin beim Selbstmord geholfen. Er war bis 2006 über dreißig Jahre lang Mitglied der CDU gewesen. Was das für die Partei heißt, hat Johannes-Selbel den CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel gefragt, früher unter anderem Redeschreiber von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, zuletzt Leiter der Hauptabteilung Politische Bildung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gibt es Teile der CDU, etwa in den Großstädten, die hinter vorgehaltener Hand mit Kuschs Verhalten sympathisieren?

Herr Kusch hat mit seiner Haltung mit der CDU überhaupt nichts zu tun. Sein Verhalten kann man nur als menschenverachtend bezeichnen. Es verdient nicht einmal den Begriff „Sterbe-„Hilfe““, denn er hat der Frau überhaupt nicht geholfen, er hat überhaupt keine Alternativen aufgezeigt, er hat sie alleine gelassen, er hat drei Stunden lang den Raum verlassen, und hinterher produzierte er sich in der Presse. Da kann man nur einsetzen den Kopf schütteln.

Die CDU wird also den Lebensschutz am Lebensende nicht aufweichen?

Nein, keinesfalls. Im Bundesrat hat die CDU/CSU einen Antrag eingebracht, über den in der nächsten Sitzung abgestimmt wird, um aktive Sterbehilfe unter Strafe zu stellen. Dieser Antrag ist von Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen, Saarland und Hessen eingebracht worden. Auch die schwarz-grüne Regierung in der Großstadt Hamburg hat erklärt, dass sie dem Antrag zustimmen wird. Also gibt es überhaupt keinen Zweifel an der Haltung der CDU.

Solche Aktionen von Roger Kusch mögen in ihrer Monströsität die Bürger noch abschrecken. Wird aber früher oder später mit Hilfe einer falsch verstandenen Mitteldeutlichkeit aktive Sterbehilfe nicht doch salonfähig?

Ja, das ist eine Gefahr, das sieht man ja auch an den Niederlanden, die die Sterbehilfe rechtlich weit geöffnet hat. Dort gibt es inzwischen teilweise ein Klima, in dem alte Leute sagen, sie wollen ihren Kindern oder der Gesellschaft nicht zur Last fallen, und deswegen Sterbehilfe beanspruchen, wobei man „Hilfe“ hier immer in Anführungs-

zeichen setzen muss. Wirkliche Hilfe sind Pflege, Palliativmedizin, Hospizbewegung und nicht die Beihilfe zur Selbsttötung.

Kann die CDU dieser Gefahr gesetzgeberisch begegnen?

Wir müssen uns dagegen wehren, dass hier neue Einfallstore geöffnet werden. Ich denke hier an den Gesetzentwurf, den der SPD-Bundestagsabgeordnete Joachim Stünker kürzlich in den Bundestag eingebracht hat, nämlich Patientenverfügungen generell verbindlich zu machen. Damit wird der behandelnde Arzt sozusagen unter Zugzwang gesetzt, Sterbehilfe zu leisten. Das stößt zu Recht auf den Widerstand der Ärzte und ich persönlich bin strikt dagegen. Man kann diese Frage nicht generell regeln, weil das Sterben immer ein individueller Fall ist, in dem sich auch die Frage der Verbindlichkeit von vorab gegebenen Erklärungen immer neu stellt. Aber vor allem gilt am Lebensende das Gleiche wie am Lebensanfang. Das sind keine Dinge, die Menschen über Menschen entscheiden sollten. Nicht alles, was machbar ist, darf der Mensch tun, und es gibt die letzten Fragen des Lebens, die



Stephan Eisel.

Foto: Privat

sich menschlicher Verfügbarkeit entziehen und eben – wir sollten uns nicht scheuen das auszusprechen – in Gottes Hand liegen. Die Tatsache, dass kein einziger CDU/CSU-Abgeordneter die Initiative von Herrn Stünker im Bundestag unterstützt, zeigt übrigens auch, dass es zum Thema aktive Sterbehilfe innerhalb der CDU überhaupt keine Aufweichungstendenzen gibt.

Schaufenster 2. Juli 2008

(mt). - Der Haushaltsausschuss des **Deutschen Bundestages** hat die Haushaltsmittel freigegeben, um das „Alte Abgeordnetenhochhaus“ im Bereich des Deutschen Bundestags für die Nutzung des **Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen** mit gut 300 Mitarbeitern umzubauen. Das berichten die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten **Ulrich Kelber** (SPD) und **Stephan Eisel** (CDU), die darin einen wichtigen weiteren Baustein für die Rolle Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit sehen.

Das Hochhaus soll vorbildlich energetisch saniert werden, um praktisch keinen Heiz- und Kühlbedarf mehr zu benötigen.

Bonner Rundschau 4. Juli 2008

BONN

Eisel traf Sarkozy

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) hat am Mittwoch im Pariser Elysée Palast den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy getroffen. Eisel nahm nach eigenen Angaben als Mitglied des Europaausschusses des Bundestages an einer Konferenz von christdemokratischen Europaparlamentariern zur Sicherheitspolitik teil. Der französische Präsident hatte die Parlamentarier zu einem Meinungsaustausch in den Elyséepalast eingeladen. Im Mittelpunkt standen die Vorhaben der französischen EU-Präsidentschaft. (EB)



Express

4. Juli 2008

Eisel trifft Sarkozy

Stephan Eisel bei Nicolas Sarkozy. Der CDU-Bundestagsabgeordnete traf den französischen Präsidenten im Elysée-Palast. Eisel nahm an einer Konferenz zur Sicherheitspolitik teil.

Bonner Rundschau
8. Juli 2008

Widerstand gegen EED- Umzug

BONN. Weitere Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Bundestagsfraktion, darunter die stellvertretende SPD-Bundeschatzende Andrea Nöhles, sprachen sich in einem Brief für den Verbleib des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) in Bonn aus. „Die große Solidarität meiner Kolleginnen und Kollegen zum Standort Bonn beweist, dass der EED-Umzug überall auf Unverständnis stößt. Wir werden im Widerstand nicht nachlassen“, kündigte der Bonner Bundestagsabgeordnete Uli Kelber (SPD) an. In der vorletzten Woche hatte sich bereits die Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Karin Kortmann (SPD), gegen den Umzug ausgesprochen.

Der Brief der Bundestagsabgeordneten der beiden Fraktionen richtet sich unter anderem an Präses Nikolaus Schneider, den Vorsitzenden des EED-Aufsichtsrates. Er sagte unlängst, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) werde nach dem Umzug des EED in Bonn präsent bleiben. Und weiter: Es sei damit zu rechnen, „dass die EKD ihre friedenspolitischen Aktivitäten künftig in Bonn bündeln wird“. (EB)

Express
8. Juli 2008

Eisel sagt Nein zur Demo

Bonn - Die Demo gegen den Aufmarsch von Rechtsextremen (EXPRESS berichtete): MdB Dr. Stephan Eisel verteidigte die Haltung der Bonner CDU, sich nicht an der Aktion „kein Fußbreit den Faschisten“ anzuschließen. Er verwies darauf, dass sich Gruppen aus dem linken Spektrum angekündigt hätten, die der Verfassungsschutz beobachtet. Sogar einige Unterzeichner des Demo-Aufrufs würden ihre Teilnahme am Bündnis aus diesem Grund bereits bereuen, so Eisel.

General-Anzeiger
8. Juli 2008

Stephan Eisel lehnt DGB-Demo ab

BONN. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat die Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, an der Demo „Kein Fußbreit den Faschisten“ teilzunehmen, abgelehnt. Wie berichtet, wollen DGB, Kirchen, Parteien und andere Organisationen und Vereine am 12. Juli gegen den Protestmarsch des neonazistischen „Aktionsbüros Mittelrhein“ mobil machen. Eisel ist nicht bereit, „einem Aktionsbündnis beizutreten, dem vier vom Verfassungsschutz beobachtete linksextremistische Organisationen angehören. Ich bedauere es sehr, dass die Organisatoren hier keine klare Grenze gezogen haben.“ Gemeint seien unter anderem die Deutsche Kommunistische Partei, die Rote Hilfe und die Partei Die Linke. Am Freitag, 11. Juli, findet laut Eisel ab 14 Uhr eine Solidaritätsaktion der CDU für die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Rochusstraße, statt. jab

Schaukasten
9. Juli 2008

(SF/JW).- Der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** hat im Pariser Elysée Palast gestern den französischen Präsidenten **Nicolas Sarkozy** getroffen. Eisel nahm als Mitglied des Europaausschusses des Deutschen Bundestages an einer Konferenz von christdemokratischen Europaparlamentarierern zur Sicherheitspolitik teil. Der französische Präsident hatte die Parlamentarier zu einem internen Meinungsaustausch in den Elyséepalast eingeladen. Im Mittelpunkt standen die Vorhaben der französischen EU-Präsidentschaft und die Zukunft des Lissaboner Vertrages. Neben den EVP-Mitgliedern des Europaparlaments hatten nur zwei Bundestagsabgeordnete teilgenommen. Eisel sagte nach dem Treffen: "Ich habe den Eindruck, daß der französische Präsident die Sache Europas mit viel Elan vorantreiben wird."

Kultur Politik
Juni 2008, Nr. 2

Mit »Kunst im Blick« - so das Motto des Bundestagsabgeordneten Dr. Stephan Eisel in seinem Wahlbüro in Bonn, begann unsere neue Aktivität im Bilderverleih. Um ein kleines Honorar und drei Monate Ausstellungszeit können sich BBK Mitglieder bewerben. Der helle Büroraum im Dachgeschoß mit seinen fünf Wandflächen, über dem Bonner Markt, steht Künstlern zur Verfügung. In einer sehr kontaktfreudigen Atmosphäre. Mit dem Spruch »Kunst braucht engagierte Freunde« eröffnete die 1. Vorsitzende Almuth Leib diese Ausstellung. Gezeigt werden noch bis zum 30. Juni Schatten-Fotos von Stefan Zajonz.

Bonner Rundschau
9. Juli 2008

Einer der größten Polizeieinsätze

Straßenabspernungen in Duisdorf am Samstag wegen Neonazi-Aufmarsch und Gegen-Demo

OHNE EISEL

Der Bonner **CDU-Bundestagsabgeordnete** Stephan Eisel hat seine Teilnahme an der Demonstration „Kein Fußbreit den Faschisten“ abgelehnt. Grund: Dem Aktionsbündnis gehörten vier vom Verfassungsschutz beobachtete linksextremistische Organisationen an; Eisel nannte unter anderem die „Rote Hilfe“. DGB-Kreisvorsitzender Ingo Deegenhardt erklärte dazu: „Das ist eine Einzelmeinung, Eisel steht damit allein.“

Die CDU hat für Freitag, 14 Uhr, zu einer **Solidaritätsaktion** vor der Bundesprüfstelle aufgerufen.

CDU verteilte Brillen

Einen Tag vor der Neonazi-Demonstration in Duisdorf zu „Klarer Sicht gegen Extremismus“ aufgefordert

BONN. Mitglieder der Bonner CDU, darunter der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, haben gestern in Duisdorf Brillengestelle verteilt. „Klare Sicht gegen Extremismus“ hieß diese Aktion, die sich gegen den für heute geplanten Aufmarsch des neonazistischen „Aktionsbüros Mittelrhein“ vor der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien an der Rochusstraße in Duisdorf richtet. Die

CDU-Vertreter ließen sich von Elke Mommsen-Engberding, der Leiterin der Prüfstelle, über die Aufgaben der Einrichtung informieren.

Eisel betonte: „Das Grundgesetz verpflichtet uns gegen Extremismus jeder Art. Deshalb setzen wir uns gegen die rechtsextremistische Demonstration ein, deren Teilnehmer mit keinerlei Sympathie in der Bonner Bevölkerung rechnen können.“ Der

Abgeordnete selbst nimmt an der von einem breiten Bündnis geplanten Gegendemo nicht teil, weil zu deren Unterstützern auch Linksextremisten gehörten. Aus dem Bonner Friedensbündnis hieß es dazu in einer Mail an den CDU-Politiker: „Wir bedauern, dass Sie eine günstige Gelegenheit vergeben, die freiheitlich-demokratische Prioritätensetzung Ihrer Partei überzeugend zu kommunizieren.“ (dbr)



CDU-Vertreter, darunter der Abgeordnete Stephan Eisel (3. v. l.) verteilen in Duisdorf Brillen, auch an die Leiterin der Bundesprüfstelle, Elke Mommsen-Engberding. (Foto: Böschmeyer)

RBO08V1



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 35/08

14. Juli 2008

Alle müssen mehr für die UNO in Bonn tun

Im Vorfeld des Besuchs von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon appellierte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel an Stadt, Land und Bund mehr für den UN-Standort Bonn zu tun: „Dass inzwischen 17 UN-Organisationen mit 650 Mitarbeitern in Bonn arbeiten, ist ein großer Erfolg. Aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Es gibt noch viel zu tun, sowohl für mehr Werbung für den UN-Stadtort Bonn als auch im Blick auf die Stärkung der hier arbeitenden Institutionen und die Bemühungen um Neuansiedlungen.“

Eisel sieht hier alle Ebenen in der Pflicht und kündigte verschiedene Initiativen an: „So ist die Ausschilderung für den UN-Campus in der Stadt mehr als dürftig, aber auch der Bund muss hier mehr tun, z. B. auf der Autobahn vom Flughafen nach Bonn. Ich führe auch viele Gespräche, wie das UN-Signet auf dem UN-Tower Langer Eugen repräsentativer und sichtbarer gestaltet werden kann. Mit dem Land arbeite ich intensiv daran, wie wir die Bonner UN-Organisationen möglichst wirksam in Berlin präsentieren können. Hier muss auch der Bund einsteigen.“

Wichtig sei die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages vor der Sommerpause gewesen, 55 Mio € für den Umbau des „Alten Abgeordnetenhochhauses“ zur Nutzung des Klimaschutzsekretariats der Vereinten Nationen mit gut 300 Mitarbeitern freizugeben: „Es gibt allerdings eine gewisse Gefahr, dass in der Bundesregierung das Thema UN in Bonn zu sehr im Routinebetrieb untergeht. Deshalb ist es wichtig, dass Angela Merkel dem UN-Generalsekretär vorgeschlagen hat, bei seinem Besuch in dieser Woche auch in die UN-Stadt Bonn zu kommen.“ Eisel lobte ausdrücklich das Engagement von NRW-Minister Armin Laschet für die UNO in Bonn: „Daran sollten wir uns alle ein Beispiel nehmen.“

Bonner Rundschau

15. Juli 2008

Wegen Demo: ein Drittel weniger Kunden

SPD-Politiker kritisieren Abwesenheit von CDU-Vertretern: „Bonn braucht keine Sofademonstranten“

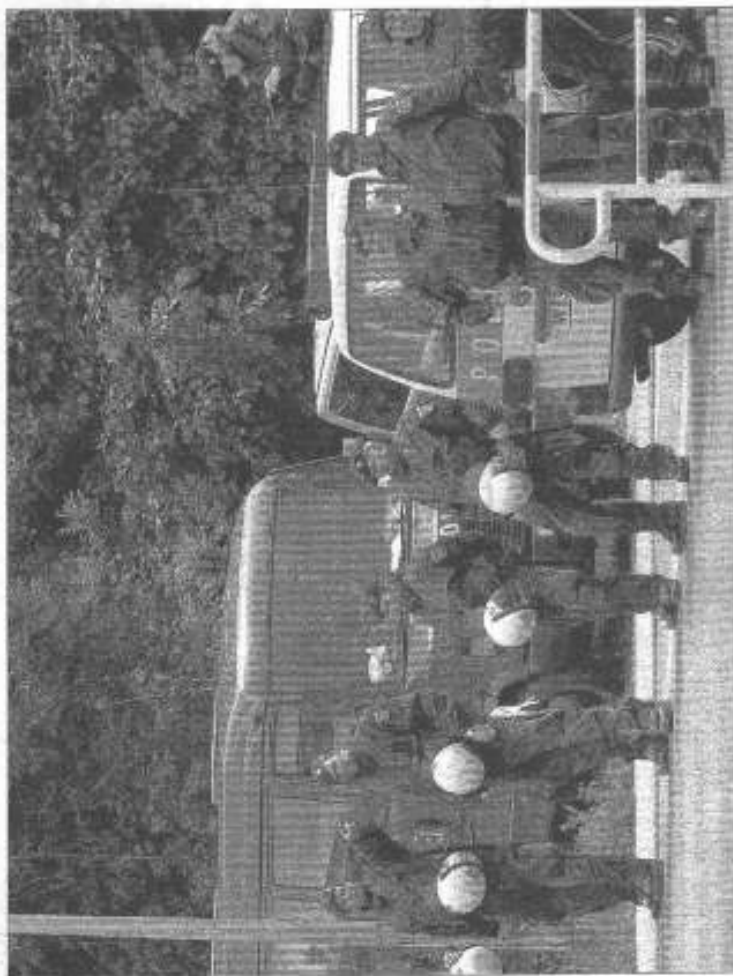
BONN. Die Geschäftsleute in Duisdorf haben durch die Demonstrationen am vergangenen Samstag erhebliche Umsatzeinbußen gehabt. Nur 25 bis 30 Prozent der Kunden, die normalerweise an einem Samstag in dem Stadtbezirk einkaufen, seien gekommen, berichtete gestern Gisbert Weber, Vorsitzender der Gewerbegemeinschaft. Duisdorf. Manche Läden hatte den ganzen Tag geschlossen, andere nur in den frühen Vormittagsstunden auf. Die Gewerbebelegschaft, so Weber, habe ihren Mitgliedern nicht geraten, die Geschäfte zu schließen, sondern die Inhaber sollten selbst entscheiden, wie sie mit der Situation umgehen, indem sie für diesen Tag Personal zu reduzieren oder nur stundenweise zu öffnen. Weber: „Das werden wir verkraften. Demonstrationen gehören zur Demokratie dazu.“

Unterdessen ist ein politischer Streit um die Demonstrationsteilnahme ausgebrochen. Mit „ungläubigen Stauen“ haben der Bonner SPD-Vorsitzende Ernesto Harder und der Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber (SPD) das aufatmende Bilanzieren der Demonstrationen durch CDU-

sel hätten sich auf den Kundengebungen gegen Rechts nicht blicken lassen. Dagegen seien zahlreiche Sozialdemokraten aus Bund, Land und Stadt in einem Aktionsbündnis, das von den Kirchen, IHK und Handwerkskammer bis zu den Gewerkschaften reichte, über viele Stunden gegen Rechts auf die Straße gegangen. Damit stand eine breite Bevölkerungsmehrheit hinter dem Aufruf des Bündnisses.

Harder an die CDU-Adressen: „Mit Sofademonstranten erreicht man nichts gegen die extremistische Rechte.“

Harder und Kelber kritisierten auch gewaltbereite Demonstranten aus dem links-extremistischen Spektrum. Es sei „völlig inakzeptabel“, Polizeibeamte anzugreifen und Krawall zu wollen. Auch das sei unglaublich. Der SPD-Vorsitzende: „Solchen Leuten nimmt man nicht mehr ab, allein aus Sorge gegen Rechtsradikale auf die Straße zu gehen“. Auch hier sei es wichtig gewesen, vor Ort Farbe zu bekennen und das Feld nicht gewaltbereiten Gegendemonstranten zu überlassen. Von Anfang an hätten Sozialdemokraten Gewaltbereite in Schach gehalten. (dbr)



Wegen eines Aufmarsches von Neonazis und einer Gegendemonstration waren am Samstag weite Teile von Duisdorf von der Polizei abgesperrt worden. (Foto: Böschmeyer)

Politiker registriert. Während führte ihr Dauerkritiker Axel Voss als auch die Oberbürgermeisterin die Bonner Demonstrationen an durch Abwesenheit Stephan El-

Schaufenster 16. Juli 2008

Politik einmal anders

Gespräche in geselliger Runde



■ Beim CDU Sommertreff Bernhard Schekira, Dr. Stephan Eisel, Birgitta Kraus und Bert Moll (v.l.).

Hardtberg (1a). - Die CDU Duisdorf und Frauenunion Hardtberg trafen sich mit Mitgliedern, Freunden und deren Familien zu einem interessanten Nachmittag. Im Vordergrund standen die Gespräche mit den Mandatsträgern und Vorstandsmitgliedern über aktuelle Themen aber auch für das leibliche Wohl war wieder ausreichend gesorgt.

Die Vorsitzenden Birgitta Kraus, (Frauenunion Hardtberg) und Bernhard Schekira (CDU-Ortsverband Duisdorf) konnten rund 70 Freunde begrüßen, darunter den Bundestagsabgeordneten Dr. Stephan Eisel, den Stadtältesten Adolf Becker und den Duisdorfer Stadtverordneten Dieter Stefens. Aus der Bezirksvertretung des Stadtbezirks Hardtberg standen die CDU Fraktionsvorsitzende Birgitta Jackel und die Bezirksverordneten Andreas Klepke, Birgitta Kraus, Christoph Schada und Maria Vianen für Gespräche bereit. Auch Bert Moll, der kürzlich neu gewählte Vorsitzende der CDU Hardtberg stellte sich den interessierten Fragen.

Die CDU setzt mit dieser Veranstaltung ihr Bestreben fort, auch außerhalb der Wahlkämpfe mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und zeigt, dass Politik auch anders stattfinden kann. Bei Begegnungen und Gesprächen erfahren die Politiker am besten, was die Mitbürger

denken und wie ihre Meinung zu den wichtigen Themen in Duisdorf und dem Hardtberg ist. Diese Meinungserforschung und -bildung ist für die CDU Duisdorf wichtiger Bestandteil ihrer politischen Arbeit für den Stadtbezirk.

"Die CDU Duisdorf und die Frauenunion Hardtberg, mit ihren Mandatsträgern und vielen Ehrenamtlichen werden auch in Zukunft dazu beitragen, dass sich Duisdorf und der Hardtberg in guter Nachbarschaft zu den anderen Stadtteilen von Bonn sowie auch zur Gemeinde Alfter und dem Rhein-Sieg-Kreis weiterhin günstig entwickelt und damit ein lebens- und lebenswerter Stadtteil bleibt", so Bernhard Schekira.

Nach den Begrüßungsworten der Vorsitzenden referierte der Bonner CDU Bundestagsabgeordnete Dr. Stephan Eisel über "sein" Bonn. Als "nationales Verbändezentrum" bezeichnete er unsere Heimatstadt nach ihrem Strukturwandel und forderte eine bessere Nutzung der damit verbundenen Chancen: "Bundesstadt Bonn heißt nicht nur, dass der Bund mit ca. 20.000 Arbeitsplätzen nach wie vor größter Arbeitgeber in Bonn ist, sondern dies wirkt auch als Magnetfeld für fast 500 Verbände, die mit ihren Bundesgeschäftsstellen in Bonn und der Region vertreten sind. Dieses Netzwerk müssen wir besser nutzen", so Eisel.

Bonner Rundschau

14. Juli 2008

Großdemonstration blieb friedlich

Stephan Eisel, CDU-Bundestagsabgeordneter: „Die Polizei hat ihre Arbeit hervorragend gemacht. Die Hardtberger Bürger haben die Einschränkungen mit Geduld und Verständnis hingenommen. Das verdient ein besonderes Dankeschön.“

Bonner Rundschau

16. Juli 2008

„UNO in Bonn eine Erfolgsgeschichte“

Oberbürgermeisterin reagiert auf Kritik der Landesregierung am Bund

BONN. Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) hat die Kritik von NRW-Minister Armin Laschet (CDU) an der Bundesregierung wegen des UN-Standortes Bonn zurückgewiesen. Er hatte dem Bund Versäumnisse bei der Stärkung Bonns als Standort der UN-Entwicklungspolitik vorgeworfen (Rundschau von gestern).

„Die Entwicklung der deutschen UNO-Stadt Bonn wird seit mehr als zehn Jahren durch drei Bundes- und zwei Landesregierungen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn maßgeblich unterstützt. Die Ansiedlung von 17 UNO-Organisationen mit knapp 700 Beschäftigten ist eine Erfolgsgeschichte. Sie konnte es sein, weil Bund und Land in unterschiedlichen politischen Konstellationen in Weg und Ziel einig waren, in der ehemaligen Bundeshauptstadt die meisten UN-Institutionen in Deutschland anzusiedeln. Dieser Erfolg ist auch dem großen persönlichen Einsatz der jeweiligen Regierungschefs, der Ressortminister, der deutschen Diplomatie in der Welt sowie dem Einsatz von Steuermitteln in Millio-

nenhöhe zu verdanken“, sagte Dieckmann. „Was Laschet fordert oder vorschlägt, ist durch die Bundesregierung weitgehend umgesetzt“.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel lobte ausdrücklich das Engagement Laschets für die UNO in Bonn: „Daran sollten wir uns alle ein Beispiel nehmen“. Eisel sagte weiter, Stadt, Land und Bund müssten mehr für den UN-Standort tun. So müsse der UN-Campus besser ausgebaut, das UN-Signet auf dem Langen Eugen repräsentativer und sichtbarer gestaltet werden.

CDU-Kreisvorsitzender Axel Voss sagte, Dieckmanns Kritik sei „nur mit reiner SPD-Parteipolitik zu erklären“.

Die OB erklärte, Bonn stehe bei der Ansiedlung weiterer UN-Sekretariate in Konkurrenz mit zahlreichen anderen Städten auf allen Kontinenten. „Wir wissen, dass weitere erhebliche Anstrengungen nötig sein werden, Bonn als UN-Standort weiter zu entwickeln. Wir verlassen uns auch dabei wie bisher auf eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit Bund und Land NRW.“ (dbr/EB)

Lob und Kritik am Polizeieinsatz

Die Polizei hat ihre Arbeit hervorragend gemacht. Wenn Rechtsextremisten demonstrieren, hat die Polizei eine besonders undankbare Rolle. Das gilt umso mehr, wenn sich unter die Gegendemonstranten Linksextremisten mischen, die ihrerseits auf Krawall aus sind.



Stephan Eisel (CDU), MdB

Nach einem kurzen Scharmützel hat die Polizei die Demonstration zur Mahnwache am Duisdorfer Bahnhof in der geplanten Form unterbunden, den Lautsprecherwagen und mehrere Hundert Personen eingekesselt. Damit hat sie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schwer beschädigt.



Manfred Stenner, Netzwerk Friedenskooperative

Bonner Rundschau

17. 07. 2008

Kritik zurückgewiesen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat die Kritik seines SPD-Kollegen Ulrich Kelber an seiner Nichtteilnahme an der Demonstration „Kein Fußbreit den Faschisten“ zurückgewiesen. Er habe bei der Aktion am Samstag nicht mitgemacht, weil auch Linksextremisten beteiligt gewesen seien, so Eisel gestern. (dbr)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

22. Juli 2008

Eisel und Kelber zu Bonn-Berlin: Regierungsbericht bestätigt sinnvolle Verwendung der Ausgleichsmittel, negative Arbeitsplatzbilanz des Bundes und Abschluss des Kapitels „Regierungsumzug“

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und Ulrich Kelber sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Bonn-Berlin-Bericht der Bundesregierung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages:

„Die Antwort der Bundesregierung auf die Fragen des Haushaltsausschusses belegt erneut, dass die Ausgleichsmittel des Bundes sinnvoll verwendet wurden und einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel in der Region Bonn geleistet haben. Zugleich bestätigt der Bericht, dass die Behördenverlagerungen des Bonn-Berlin-Gesetzes und Ausgleichsmittel die Folgen des Bonn-Berlin-Beschlusses nicht kompensiert haben.

Der Bericht bestätigt, dass Bonn und die Region durch den Bonn-Berlin-Beschluss fast 24.000 Arbeitsplätze verloren haben: davon 9000 durch Verlegung von Bundesministerien - fast 2000 mehr als geplant -, 4900 durch den Wegzug von Parlament, Bundesrat und Bundespräsidialamt sowie 10.000 durch den Umzug von Parteien, Medien, Botschaften und Verbänden.

Dem stehen ca. 11.700 Arbeitsplätze gegenüber, die durch Behördenverlagerungen von Berlin und Frankfurt nach Bonn und Ausgleichsmaßnahmen (z.B. UN mit 640 Stellen) in Bonn und Region neu entstanden sind.

Wir akzeptieren nicht, dass die Bundesregierung die 6500 Arbeitsplätze bei Post und Telekom in die Ausgleichsbilanz einrechnet, denn weder hatte die Privatisierung der

22. Juli 2008

Unternehmen etwas mit dem Bonn-Berlin-Beschluss zu tun, noch unterliegt die Zahl der Arbeitsplätze dort der Entscheidung der Bundesregierung.

Aber selbst, wenn man diese Arbeitsplätze einrechnet, bleiben fast 6000 Arbeitsplätze, die weder durch Behördenverlagerung noch durch Ausgleichsmittel kompensiert wurden. Der Bericht der Bundesregierung nennt – unter Einschluss von Post und Telekom – durch die Umzugsentscheidung einen Arbeitsplatzverlust von 23.900 Stellen und eine Neuschaffung von 18.040 Arbeitsplätzen

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung in der Region in den letzten zehn Jahren insgesamt trotzdem positiv verlaufen ist, ist das Verdienst der Menschen, des Mittelstandes, der Unternehmen und der Politik in der Region, dass unabhängig vom Bonn-Berlin-Beschluss mehr Arbeitsplätze als im nationalen Durchschnitt entstanden sind. Das kann sich der Bund nicht auf seine Fahnen schreiben.

Der Bericht der Bundesregierung bestätigt, dass das Kapitel Regierungsumzug abgeschlossen ist und bekennt sich mehrfach ausdrücklich zur Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes. Das begrüßen wir und werden auch in Zukunft genau darauf achten, dass die Arbeitsebene in einzelnen Ministerien diese klare politische Festlegung nicht durch stille Berlin-Verlagerung einzelner Arbeitsplätze und Referate unterläuft. Eine klarere Aussage hätten wir uns zur nationalen Bedeutung Bonns als Zentrum für internationale Zusammenarbeit und der Bemühung um die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen gewünscht.

Der Bericht der Bundesregierung widerlegt mit einer Fülle von Fakten diejenigen, die mit falschen Zahlen und Legendenbildungen immer wieder für einen Totalumzug eintreten. Es wird unzweideutig dargelegt, dass der Bund als größter Arbeitgeber in Bonn mit über 20.000 Arbeitsplätzen – davon ca. 9000 in den Bundesministerien – für die Bundesstadt von herausragender Bedeutung bleibt und in besonderer Verantwortung für Bonn steht."

„Ärmel hochgekrempelet“

Kritik aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis nach dem Umzugsbericht – Bund an Verantwortung erinnert

BONN/SIEGBURG. Die Stadt Bonn hat den Regierungsbericht zu den Folgen des Berlin-Umzugs „zum Teil fragwürdig“ genannt. Der Bund hatte Bonn unter anderem wegen der hohen Zahl an neu geschaffenen Arbeitsplätzen als „Gewinner des Umzugs“ bezeichnet. Demgegenüber erklärte die Stadt gestern, es sei „unredlich“, die relativ gute Arbeitsplatzentwicklung bei Post und Telekom als Ausgleichsleistung des Bundes zu reklamieren.

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Klieber (SPD) sagten in einer gemein-

samen Erklärung, Bonn habe fast 6000 Arbeitsplätze verloren. Wichtig sei es, jetzt darauf zu achten, dass nicht heimlich Stellen aus Bundesministerien in die Hauptstadt verlagert würden. Der Bund sei mit 20 000 Arbeitsplätzen größter Arbeitgeber in Bonn und stehe daher „in besonderer Verantwortung“ für die Stadt.

Auch der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Frithjof Kühn (CDU) äußerte sich gestern kritisch zu dem Bericht. Es sei ja seit langem bekannt, dass sich die Region gut entwickelt habe. „Aber es ist eine falsche Sicht, das allein auf den Ausgleich zurückzuführen“, so Kühn. „Entscheidend war und ist, dass die Bürger in der Region Bonn/Rhein-Sieg nicht resigniert haben nach dem Berlin-Beschluss, sondern die Ärmel hochgekrempelet haben.“

So seien kommunalpolitische Weichen gestellt, neue Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen worden, die letztlich der Grund für den Erfolg seien. Natürlich, räumte Kühn ein, habe dabei der Ausgleich sehr geholfen, etwa bei der Ausbildung junger Leute. Als Beispiel führte der Landrat die Gründung der Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg an. (dbr/ca)

General-Anzeiger
22.07.2008

Ausstellung bei Eisel

BONN. Im Rahmen der Reihe „Kunst im Blick“ sind noch bis Ende September im Wahlkreisbüro des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU), Markt 10-12, Bilder des Malers Harry Hermann zu sehen. Geöffnet ist montags bis freitags jeweils von 9 bis 17 Uhr. me

Schauensker
23.07.2008



(SF/JW).- Mit einer Ausstellung des Bonner Künstlers Harry Hermann setzt der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Ausstellungsreihe „Kunst im Blick“ in seinem Wahlkreisbüro am Markt fort. Damit unterstützt er das Modell „Ausstellungsverleih“ im Rahmen der Aktion „Kunst braucht engagierte Freunde“ des Berufsverbandes der Bildenden Künstler (BBK). Die farbigen Bilder, die der Künstler teilweise eigens für die Ausstellung geschaffen hat, sind von unterschiedlichen Kompositionen inspiriert. Die Ausstellung „Musik im Büro“ ist bis Ende September im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, 5. Stock jeweils von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen.

Berlin steht zu Bonn

BUNDESHAUPTSTADT Regierung hält am Gesetz fest, lässt sich für den „Fall einer Änderung“ aber ein Hintertürchen offen

Von **Bernd Leyendecker**

BONN. Die Befürworter eines Totalumzuges der in Bonn verbliebenen Bundesministerien nach Berlin müssen enttäuscht sein. Sie hatten sich von dem jüngsten Bericht der Bundesregierung zum Berlin/Bonn-Gesetz Fakten erhofft, die für einen Vollzug ihrer Forderung sprächen. Doch dem ist nicht so. Der Bund steht eindeutig zu dem Gesetz und als größter Arbeitgeber der Bundesstadt mit über 20 000 Arbeitsplätzen zu seiner Verantwortung für Bonn.

In dem Bericht, der dem GA vorliegt, wird darauf hingewiesen, dass die 1,437 Milliarden Euro Ausgleichsgelder gut angelegt worden seien. „Die Maßnahmen für Bonn und die Region haben das Vertrauen in den Standort Bonn gestärkt und dazu beigetragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt und Region nachhaltig gestärkt worden ist“, heißt es in dem unter Federführung des Bundesinnenministeriums verfassten Bericht.

Das wollen die beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD), die erfreulicherweise an einem Strang ziehen, wenn's um Bonn geht, so allerdings nicht stehen lassen. „Wenn die wirtschaft-

liche Entwicklung der Region in den letzten zehn Jahren insgesamt positiv verlaufen ist, ist das ein Verdienst der Menschen, des Mittelstandes, der Unternehmen und der Politik in der Region, dass unabhängig vom Bonn/Berlin-Beschluss mehr Arbeitsplätze als im normalen Durchschnitt entstanden sind; das kann sich der Bund nicht auf seine Fahnen schreiben“, teilen sie gestern unisono mit.

Je nach Zählweise hat die Region gut 12 000 oder knapp 6 000 Arbeitsplätze verloren.

Apropos Arbeitsplätze. Hier mogelt die Regierung laut Eisel und Kelber. Korrekt schreibt sie, dass Bonn und die Region durch den Beschluss vom 20. Juni 1991 fast 24 000 Arbeitsplätze verloren hätten; davon 9 000 durch die Verlegung von Bundesministerien (knapp 2 000 mehr als vereinbart), 4 900 durch den Wegzug von Parlament, Bundesrat und Bundespräsidialamt, sowie rund 10 000 durch den Umzug von Parteien, Botschaften, Verbänden und Medien. Diesen „Abgängen“ stehe ein „Zugang“ von rund 11 700 Arbeitsplätzen gegenüber, die durch Behördenverlagerungen

von Berlin und Frankfurt nach Bonn und Ausgleichsmaßnahmen wie der Ansiedlung von UN-Einrichtungen neu entstanden seien. In dem Bericht werden zudem noch die 6 300 Mitarbeiter in den Zentralen von Post und Telekom auf die „Zugang-Seite“ geschlagen. Falsch, sagen Kelber und Eisel. Denn die Entscheidung der Konzerne, ihren Sitz in Bonn zu nehmen, hat mit dem „Hauptstadt-Beschluss“ nichts zu tun. Gleichwohl stellen die beiden Abgeordneten fest: „Aber selbst, wenn man diese Arbeitsplätze einrechnet, bleiben fast 6 000 Arbeitsplätze, die weder durch Behördenverlagerung noch durch Ausgleichsmittel kompensiert wurden.“ Die konkreten Zahlen sind dem Bericht zu entnehmen: Etwa 23 900 Arbeitsplätze hat die Region aufgrund des Berlin/Bonn-Beschlusses verloren; neu geschaffen wurden 18 040 Arbeitsplätze, inklusive Post und Telekom.

Einen „weiteren Ausgleichsbedarf“ für Bonn sieht Berlin nicht. Allerdings ist auch zu lesen: „Für den Fall einer Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes und einer weiteren Verlagerung von Regierungsfunktionen nach Berlin wäre zu prüfen, ob die damit verbundenen Nachteile für die Region Bonn eines Ausgleichs bedürften.“



Stephan Eisel



Ulrich Kelber

Bonn-Berlin-Bericht

Laut den Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und Ulrich Kelber bestätige der aktuelle Bonn-Berlin-Bericht die sinnvolle Verwendung der Ausgleichsmittel. Der Berichte zeige aber auch den Verlust von gut 24 000 Arbeitsplätzen durch den Berliner Regierungsumzug.

Express
23.07.2008

Haushälter wollen Bonn aufgeben

von Henning Jess, Nicolas Schöneich und Kai Beller (Berlin)

Befürworter und Gegner eines Komplettumzuges der Regierung nach Berlin schlagen ihre nächste Schlacht: Während Haushaltspolitiker eine Mehrheit für den Umzugsmehrheit wittern, klammern sich die Bonn-Freunde an die Zweiteilung - und die Bundesregierung hält sich raus.

Das Innenministerium legte zwar auf Wunsch des Bundestagshaushaltsausschusses Daten und Zahlen zur Beschäftigungssituation in der früheren Bundeshauptstadt Bonn vor - konkrete Empfehlungen seien aber in dem Bericht nicht enthalten. "Wir haben ganz bewusst keine Wertung vorgenommen", sagte eine Sprecherin von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin.

Der Haushaltsausschuss drängt dagegen auf konkrete Schritte in Richtung Berlin: "Ich fordere keinen sofortigen Umzug nach Berlin. Aber wir müssen das jetzt auf den Weg bringen", sagte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Alexander Bonde, der FTD. Auch sein FDP-Kollege Jürgen Koppelin sieht eine fraktionsübergreifende Mehrheit für den Umzug.

Sechs Ministerien haben nach dem Berlin/Bonn-Gesetz von 1991 ihren Hauptsitz in früheren Bundeshauptstadt: Verbraucher, Verteidigung, Gesundheit, Umwelt, Bildung und Entwicklungshilfe. Zusätzlich unterhalten das Kanzleramt und alle anderen Ressorts Außenstellen in Bonn. Noch immer arbeiten mehr Ministerialbeamte und Angestellte in Bonn (9148) als in Berlin (8726). Nach dem Bericht des Innenministeriums sind die umzugsbedingten Nachteile für die Region Bonn längst ausgeglichen.

In der Diskussion über den Komplettumzug stehen Befürworter und Gegner seit Jahren unversöhnlich gegenüber. Die Befürworter verweisen auf die Kosten des doppelten Regierungssitzes von jährlich 23 Mio. Euro, die durch einen Komplettumzug entfallen würden. Doch die Bundesstadt Bonn hat eine starke Lobby in Berlin: Die zahlenmäßig große Gruppe der nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten stemmt sich gegen die Verlagerung nach Berlin. Auch sie operiert mit Zahlen: Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes würde ein Komplettumzug 5 Mrd. Euro verschlingen.

Bosbach gegen Komplettumzug

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will das heikle Thema derzeit nicht angehen. Spekulationen, wonach die Regierung einen Abschied aus Bonn nicht mehr ausschließe, hatte sie am Mittwoch zurückgewiesen. Auch Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) lehnte den Komplettumzug. Es sei aber richtig, dass die Stimmen mehr und lauter würden, die das forderten, sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Vor allem im Haushaltsausschuss wächst die Bereitschaft, einen neuen Anlauf zu unternehmen. "Eine Veränderung des Berlin/Bonn-Gesetzes kann nur Folge einer fraktionsübergreifenden Initiative sein", sagte Koppelin der FTD. "Ich glaube, dass es dafür eine deutliche Mehrheit geben würde." Auch Grünen-Haushälter Bonde will die Ministerien komplett in der Hauptstadt ansiedeln: "Vor allem müssen wir mit der Regelung aufräumen, dass jedes Ministerium einen ersten und einen zweiten Dienstsitz hat. Das ist einfach Unfug", sagte er.

Trotzdem halten die Bonn-Befürworter am zweigeteilten Regierungssitz fest. "Auf Bonner Seite gibt es keine Bewegung", sagte Koppelin. "Was hier ist, bleibt hier." Es gebe massiven Widerstand aus Nordrhein-Westfalen. Bonde setzt auf Einsicht: "Ich glaube nicht, dass der Standort Bonn davon profitiert, ein Hort der Ineffizienz zu sein."

Auch Roland Claus, Haushaltsexperte der Linksfraktion, hält das Kostenargument für nicht ausschlaggebend: "Entscheidend ist, dass man mit zweigeteiltem Regierungssitz nur schlecht regieren kann", sagte er der FTD. Allmählich setze sich auch bei den Koalitionsparteien diese Erkenntnis durch.

Bei den beiden Bonner Bundestagsabgeordneten, Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) hat sich das aber noch nicht herumgesprochen. "Der Bericht der Bundesregierung widerlegt mit einer Fülle von Fakten diejenigen, die mit falschen Zahlen und Legendenbildungen immer wieder für einen Totalumzug eintreten", schreiben sie und kündigen an, darauf zu achten, dass das Bonn/Berlin-Gesetz nicht durch eine "stille Berlin-Verlagerung" unterlaufen wird.

Druckversion

kobinet-nachrichten 25.07.2008 - 00:05

URL: <http://www.kobinet-nachrichten.org>

Blockiert Deutschland weiter Verbesserung des Antidiskriminierungsrechts?

Von Tanja Richter



Bad Kreuznach (kobinet) Die Union gibt ihre Blockadehaltung gegen eine Verbesserung des Antidiskriminierungsrechts nicht auf. Dies wurde beim Grußwort von MdB Dr. Stephan Eisel anlässlich des 3. Antidiskriminierungstages in Bonn am 18. Juli 08 deutlich. Bereits im April hatte die Union mit einem Brief versucht, andere konservative Parteien in Europa gegen eine Verbesserung des

Diskriminierungsschutzes aufzubringen. Sie propagiert nach wie vor das Subsidiaritätssprinzip, nach dem Staaten ihre Angelegenheiten selbst regeln sollten, und lehnt eine Einmischung Brüssels in deutsches Recht ab. Nun erklärte Eisel, die Bundesrepublik würde der von der EU Kommission beschlossenen Antidiskriminierungs-Richtlinie nicht zustimmen.

Die Kommission hat am 2. Juli 2008 einen Vorschlag für eine Richtlinie angenommen, die für den Schutz vor Diskriminierung wegen des Alters, einer Behinderung, der sexuellen Ausrichtung, der Religion oder der Weltanschauung außerhalb des Arbeitsmarktes sorgt. So wird eine Erweiterung des Diskriminierungsschutzes über den beruflichen Sektor erreicht. Diese neue Richtlinie stellt laut Eisel erneut einen Eingriff in die Angelegenheiten des Staates dar, nach wie vor setze er auf die staatliche Selbstverantwortung im Diskriminierungsschutz.

Eine ganz andere Haltung nehmen zwei weitere Redner des Antidiskriminierungstages ein, EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla und Prof. Dr. Klaus Michael Alenfelder, Rechtsexperte des DADV und Leiter der Forschungsstelle für Antidiskriminierung an der FH Nordhessen. In seiner Rede betonte Alenfelder die außerordentliche Wichtigkeit Europäischer Gesetzgebung. Ohne Druck aus Brüssel hätte Deutschland keinen effektiven Diskriminierungsschutz. Auch Spidla sieht die Notwendigkeit einer vollständigen Implementierung aller Antidiskriminierungsrichtlinien der EU. Hier hat Deutschland insbesondere beim Kündigungsschutz noch Nachbesserungen zu tätigen. So gebe es keine Richtlinie, die bei Kündigungen Diskriminierung verbiete. Das

Subsidiaritätsprinzip sieht er dennoch gewahrt, denn die neue Richtlinie sei nicht dogmatisch. Das in Deutschland geltende AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) müsse erweitert und nicht verschärft werden.

Auch Dr. Stefan Prystawik, Koordinator des Europäischen Antidiskriminierungsrats in London, begrüßte die neue Richtlinie. Er wünschte sich zusätzlich für Deutschland eine stärkere Aufmerksamkeit für Diskriminierung, ähnlich der anglo-amerikanischen Tradition.

Ob sich Eisels Vorhersage bewahrheitet, die Bundesrepublik werde der neuen Richtlinie nicht zustimmen, wird sich zeigen. Der Vorschlag wird nun das Parlament und den Ministerrat der EU passieren. sch

Tanja Richter ist PR Officer beim European Network on Independent Living (ENIL)

*General-Anzeiger
25. Juli 2008*

Eisel kritisiert Stadtwerke

JOB-TICKET Regelung
sei zu starr

BONN. Unter den Mitarbeitern der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, die ab 31. August ohne Job-Ticket auskommen müssen (der GA berichtete), herrscht Unverständnis. Das sagte Sprecherin Tanya Geik dem GA auf Anfrage. Wie berichtet, hatten die Stadtwerke (SWB) den Vertrag mit der Behörde gekündigt. Die wollte nämlich nicht mehr, wie verlangt, für sämtliche Mitarbeiter das Ticket kaufen, da nur noch 20 Prozent der Belegschaft damit unterwegs waren. In der privaten Wirtschaft sei diese Regelung kein Problem, so CDU-Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel. Dort könnte die Firmenspitze den SWB für alle Mitarbeiter Tickets abnehmen, die Fahrscheine dann nur an diejenigen verkaufen, die einen benötigen, und den restlichen Betrag aus der eigenen Tasche dazutun. „Das können öffentliche Behörden nicht, weil sie Steuergelder verwenden.“ Deswegen fordert Eisel Hermann Zemlin, SWB-Geschäftsführer, auf, zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden. jab

RP Online 25. Juli 2008

Regierungssitz

Bonn: Neue Umzugsangst

VON GERHARD VOOGT

Bonn (RP). In einem internen Bericht an den Haushaltsausschuss schließt die Bundesregierung einen kompletten Umzug aller Ministerien nach Berlin nicht aus. Bonn wirft dem Bund vor, mit falschen Zahlen zu arbeiten.

Die Studie des Bundesfinanzministeriums trägt die Drucksachennummer 4459 und ist 140 Seiten lang. Betreff: „Berlin/Bonn-Gesetz/Ergänzende Berichts-anforderung“, steht auf dem Deckblatt nüchtern. Ein Papier, das Emotionen auslöst. In dem Bericht wird der komplette Umzug aller Ministerien nach Berlin nicht länger ausgeschlossen.

Die Bundesregierung hatte die Studie auf Wunsch des Haushaltsausschusses erarbeitet. Sie enthält Daten und Fakten zur Beschäftigungssituation in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn. Danach sind die Nachteile durch den Regierungsumzug für die Region Bonn längst ausgeglichen. Immer mehr Ministerien, die noch in Bonn arbeiten, verlagerten Kernbereiche an die Spree, heißt es. Erstmals ist von einer Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes die Rede. Für diesen Fall seien jedoch weitere Ausgleichsmaßnahmen für Bonn „zu prüfen.“ Eine Botschaft, die in der alten Hauptstadt für helle Aufregung sorgte. Die Stimmen, die einen kompletten Umzug nach Berlin forderten, würden mehr und lauter, sagte Wolfgang Bosbach, der Vize-Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion.

Der Bund der Steuerzahler begrüßte die neue Studie. „Aus dem Bericht wird deutlich, dass Bonn für den Verlust von Parlaments- und Regierungsfunktionen ausreichend Entschädigungszahlungen erhalten und diese auch sinnvoll eingesetzt hat“, sagt Reiner Holznagel, Bundesgeschäftsführer des Steuerzahlerbundes. „Dadurch ist der Grundstock gelegt für die Vollendung des Strukturwandels, der auch einen mittelfristigen Komplettumzug der Ministerien nach Berlin einschließt.“

Der geteilte Regierungssitz sei teuer und die Arbeit in den Ministerien „nach wie vor mit hohen Reibungsverlusten verbunden“, heißt es. „Die Kosten allein für die umweltschädlichen Pendelflüge liegen nach wie vor bei fast neun Millionen Euro“, kritisiert Holznagel. Insgesamt würden pro Jahr 132000 Dienstflüge zwischen Bonn und Berlin durchgeführt und Berge von Akten hin- und her befördert. Im Jahr 2006 sollen 750 Tonnen Dienstpost transportiert worden sein.

Bonn-Befürworter führen ins Feld, ein kompletter Restumzug würde fünf Milliarden Euro kosten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wirft der Bundesregierung vor, bei der Ausgleichsbilanz mit falschen Zahlen zu operieren. „Wir akzeptieren nicht, dass die Bundesregierung die 6500 Arbeitsplätze bei Post und Telekom in die Ausgleichsbilanz einrechnet, denn weder hatte die Privatisierung der Unternehmen etwas mit dem Berlin/Bonn-Beschluss zu tun, noch unterliegt die Zahl der Arbeitsplätze dort der Entscheidung der Bundesregierung“, sagt der Politiker.

Der neue Bericht der Bundesregierung legt dar, dass Bonn durch den Berlin-Beschluss fast 24000 Arbeitsplätze verloren hat: 9000 durch die Verlegung von Bundesministerien, 4900 durch den Wegzug von Parlament, Bundesrat und Bundespräsidialamt und 10000 durch den Umzug von Parteien, Medien, Botschaften und Verbänden. Dem stehen ca. 11700 Arbeitsplätze gegenüber, die durch Behördenverlagerungen von Berlin und Frankfurt nach Bonn und durch die Ansiedlung der Vereinten Nationen entstanden sind. „Wir haben mehr verloren als gewonnen“, bilanziert Bonns Stadtdirektor Volker Kregel.

Die Düsseldorfer Landesregierung erklärte, sie werde zu dem Bericht der Bundesregierung nicht Stellung nehmen: „Es gilt das Bonn/Berlin-Gesetz“, sagte Regierungssprecher Holger Schlienklamp. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich zuletzt zurückhaltend zu einem möglichen Komplettumzug geäußert. „Es wird sicherlich immer wieder Diskussionen darüber geben“, sagt Merkel. „Ich würde es zurzeit nicht anpacken.“

Eine endgültige Absage hört sich anders an.

27. Juli 2008, 04:00 Uhr

VON PETER LAMPRECHT

Bonn: Geht die Regierung ganz?

Sind zwei Regierungssitze wirtschaftlicher als einer? Hauptstadt und Regierungsstadt antworten darauf mit unterschiedlichen Zahlen. Kanzlerin Angela Merkel will "jetzt nicht" entscheiden

Das Millionenspiel zwischen der Hauptstadt Berlin und ihrer provisorischen Vorgängerin Bonn bleibt nach wie vor unentschieden. Kaum war diese Woche offenbar geworden, dass Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Herbst neue Einzelheiten über den Stand und die Personalkosten der bisherigen Aufgabenteilung zwischen Berlin und Bonn vorlegen wird, meldeten sich die Parteigänger der unterschiedlichen Lösungen zu Wort. Friedbert Pflüger beispielsweise, CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, sagte: "Die Pendelei verursacht nicht nur immense Kosten. Wir haben noch immer große Reibungsverluste in der Arbeit." Pflüger will deshalb die komplette Regierungstruppe nach Berlin holen. Darin stimmt ihm Franziska Eichstädt-Bolig von den Grünen ebenso zu wie Johannes Kahrs von der SPD.

"Bundestag und Bundesregierung haben sich bei der Umsetzung der Bonn-Berlin-Beschlüsse als verlässliche Partner erwiesen. Das Gesetz ist in Kraft. Die faire Arbeitsteilung hat sich bewährt. Daran will niemand etwas ändern", sagt dagegen Andreas Krautscheid (CDU), Nordrhein-Westfalens Bundesrats-Minister, im Gespräch mit der "Welt am Sonntag".

Minister Schäuble ließ dazu mitteilen, er habe bewusst keine Wertung der vorliegenden Daten vorgenommen. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedete sich in den Sommerurlaub mit einem Hinweis auf ihre Richtlinienkompetenz: Sie wolle das Thema "im Augenblick nicht angehen".

Doch das bedeutet keineswegs auch schon Ruhe im Sommerloch. Schon auf den ersten Blick ist die Brisanz zu erkennen, die in den Daten des Innenministeriums steckt. Diese Daten sollten erst im Herbst bekannt werden, sind aber schon jetzt nach außen gedrungen.

Sechs Ministerien arbeiten nach wie vor in Bonn - das ist so, seit Bundestag und Restregierung entsprechend dem Bonn-Berlin-Gesetz aus dem Jahr 1994 nach Berlin umgezogen sind. Und zwar in Hauptstadt-Gebäude, deren Errichtung oder Umbau die heutige NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) damals als Bau-Staatssekretärin der Regierung Kohl zu managen hatte.

Bis heute arbeiten in Berlin 8726 Beamte und Angestellte in den Ministerien. Und in Bonn regeln sogar 9148 Bundesbedienstete die Amtsgeschäfte, also mehr als in Berlin. Täglich pendeln Regierungsleute in Flugzeugen zwischen Berlin und Bonn, reisen andere per Dienstwagen oder Intercity-Express.

Die Kosten des Pendelverkehrs und der zusätzlich notwendigen Nachrichtenübermittlung hat der Bundesrechnungshof auf rund zehn Millionen Euro pro Jahr veranschlagt, Berlin-Befürworter kommen sogar auf 45 Millionen Euro Gesamtkosten für das Regierungs-Doppel. Die Bonn-Befürworter im Hauptstadt-Streit rechnen dagegen vor: Ein Komplett-Umzug der Regierungsbehörden nach Berlin werde zwischen zwei und fünf Milliarden Euro kosten. "Allein die Zinslasten wären dann höher als die Kommunikationskosten der jetzigen Lösung", sagt Bonns Stadtdirektor Volker Kregel.

Grundlage der Gewichtsverteilung zwischen Rhein und Spree ist das Versprechen, in Bonn einen Ausgleich für entgangene Hauptstadt-Vorteile zu schaffen. Die dazu aus Berlin kolportierte Feststellung des Innenministeriums enthält die wirklich brisante Neuigkeit in der Diskussion, die ansonsten wie das Ungeheuer von Loch Ness jeden Sommer erneut in Gang gebracht wurde. Nun aber schreibt das Innenministerium klipp und klar: "Die bis zum heutigen Tag mit der Verlagerung verbundenen Nachteile für die Region Bonn sind ausgeglichen worden. Ein weiterer Ausgleichsbedarf besteht nicht."

Neben den verbliebenen Bundes-Jobs und insgesamt 14 neuen UN-Sekretariaten in Deutschlands einziger UN-Stadt zählt der Text aus Berlin zusätzlich auf: Die Ansiedlung von Telekom, Post AG und Postbank hätte zu mehr als 6300 Arbeitsplätzen geführt. Insgesamt sei die Zahl der Erwerbstätigen in der Region seit 1996 um 49 000 gestiegen, obwohl die Stellen in der öffentlichen Verwaltung um 16 800 reduziert wurden.

"Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen", antworten die Bonner und mutmaßen, der Bericht habe so nur ohne Ortskenntnis an Berliner Schreibtischen entstehen können. Denn, so sagt Bonns Stadtdirektor Kregel: Es sei eigentlich

- 2 -

völlig unredlich, die gute Arbeitsplatzentwicklung bei den Bonner Dax-Unternehmen und weiteren Firmen wie Solarworld und GW/Bonn Visio "als Ausgleichsleistung des Bundes zu reklamieren".

Post, Telekom und Postbank waren tatsächlich schon vor dem Umzug der Regierung in Bonn, nämlich seit ihrer Ausgliederung aus dem einstigen Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Und die übrigen Firmen entwickeln sich ohne Hilfe aus Berlin.

Der Schwerpunkt des Streites hat sich auf Zahlenspiele verlagert. Dazu gehört auch die gemeinsame Stellungnahme der beiden Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD). Sie lesen aus den vorliegenden Papieren andere Daten heraus als die Berliner Kontrahenten. So finden sie bestätigt, "dass die Ausgleichsmittel des Bundes sinnvoll verwendet wurden und einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel geleistet haben". Bei Eisel und Kelber ist ebenfalls nachzulesen, "dass Bonn und die Region durch den Bonn-Berlin-Beschluss fast 24 000 Arbeitsplätze verloren hätten - 9000 durch Verlegung von Ministerien, 4900 durch den Wegzug von Parlament, Bundesrat und Bundespräsidialamt und 10 000 durch den Umzug von Parteien, Medien, Botschaften und Verbänden". Dagegen seien lediglich 11 000 Arbeitsplätze durch Behördenverlagerungen, darunter 640 durch die Vereinten Nationen, neu geschaffen worden. Den Bonn-Gegnern werfen Eisel und Kelber vor, "mit falschen Zahlen und Legendenbildung" für den Totalumzug zu argumentieren.

Ihr nordrhein-westfälischer Bundestagskollege Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD, widerspricht ihnen dennoch. Er sieht zunehmenden Druck, alle Ministerien nach Berlin zu verlagern. "Die persönliche Anwesenheit ist für alle eine ganz wichtige Geschichte", sagt er. Und räumt zugleich ein, dass in dieser Legislaturperiode darüber wohl nicht mehr debattiert werde. Dazu muss man wissen: Wiefelspütz ist nicht Rheinländer, sondern Münsteraner. Und: Die Legislaturperiode endet schon im Herbst 2009. Bonn oder Berlin - das Millionenspiel bleibt ein Thema, aber eines für die Zeit nach der Bundestagswahl.



Pendler jagen Treibhausgas in die Umwelt

ERSTELLT 29.07.08, 07:18h

Die Flüge von Regierungsbeamten zwischen Bonn und Berlin verursachen laut einem Zeitungsbericht erhebliche Umweltbelastungen. Der Flugverkehr zwischen den beiden Standorten der...

BONN. Die Flüge von Regierungsbeamten zwischen Bonn und Berlin verursachen laut einem Zeitungsbericht erhebliche Umweltbelastungen. Der Flugverkehr zwischen den beiden Standorten der Bundesregierung sei für den Ausstoß von knapp 20 000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr verantwortlich. Nach Berechnungen der gemeinnützigen Klimaschutzorganisation Atmosfair im Auftrag der Tageszeitung „Die Welt“, die darüber gestern berichtete, entspricht dies der Menge Treibhausgase, die etwa 10 000 Mittelklasseautos mit einer Fahrleistung von 12 000 Kilometern im Jahr ausstoßen.

Laut Bundesinnenministerium, so „Die Welt“, sei es 2006 zu rund 66 000 Dienstreisen zwischen den beiden Städten gekommen. In Bonn arbeiten derzeit 9148 Ministerialbeamte und damit immer noch mehr als in Berlin mit 8726. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums gegenüber der Zeitung sind die Dienstreisen der Bundesregierung durch entsprechende Investitionen in Umweltschutzprojekte inzwischen zwar klimaneutral. Gemäß den Berechnungen von Atmosfair muss die Regierung aber Steuergelder in Höhe von 594 000 Euro pro Jahr aufwenden, um die Klimaschäden der Pendelei auszugleichen.

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben gestern den Bericht der „Welt“ zurückgewiesen. Sie arbeite mit falschen Daten. Die Bundesregierung habe mehrfach erläutert, die Zahl von 66 000 umfasse alle Dienstreisen aller Bundesbehörden zwischen den Großräumen Berlin / Potsdam und Köln / Bonn / Koblenz. „Die Bundesregierung vermutet, dass nur ein Drittel aller Dienstreisen zwischen den Ministeriumsstandorten selbst stattfinden, also ungefähr zwei Dienstreisen pro Beschäftigten und Jahr“, so Kelber und Eisel. Verwende man diese seriösen Datengrundlagen, verblieben maximal 4000 Tonnen CO₂-Ausstoß, welche die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn zur Folge hätte. Das entspräche 0,0004 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen pro Jahr und dem Ausstoß eines Kraftwerks in zwei Stunden.

Teuer und umweltschädlich ist nach einem Bericht von „Morgenpost online“ in Berlin die Stationierung der Flugbereitschaft der Bundesregierung auf dem Flughafen Wahn. Demnach legte sie im vergangenen Jahr mehr als 306 000 Kilometer ohne ein einziges Regierungsmitglied an Bord zurück, nur um zwischen Köln und Berlin hin und her zu fliegen. Durch die Leerflüge seien Kosten für Kerosin in Höhe von 700 000 Euro entstanden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in der vergangenen Woche betont, sie wolle die Frage einer weiteren Verlagerung von Ministerien nach Berlin „im Augenblick nicht angehen“. (dbr / dpa)

Bonner Rundschau 29. Juli 2008

Pendler jagen Treibhausgas in die Umwelt

Abgeordnete widersprechen Daten von Klimaschützern

BONN. Die Flüge von Regierungsbeamten zwischen Bonn und Berlin verursachen laut einem Zeitungsbericht erhebliche Umweltbelastungen. Der Flugverkehr zwischen den beiden Standorten der Bundesregierung sei für den Ausstoß von knapp 20 000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr verantwortlich. Nach Berechnungen der gemeinnützigen Klimaschutzorganisation Atmosfair im Auftrag der Tageszeitung „Die Welt“, die darüber gestern berichtete, entspricht dies der Menge Treibhausgase, die etwa 10 000 Mittelklasseautos mit einer Fahrleistung von

» Die höchste Zahl von Dienstreisen in Richtung Rheinland hat das zum Großteil nach Berlin umgezogene Bundesinnenministerium. «

ULRICH KELBER,
Bonner Abgeordneter im
Deutschen Bundestag

12 000 Kilometern im Jahr ausstoßen.

Laut Bundesinnenministerium, so „Die Welt“, sei es 2006 zu rund 66 000 Dienstreisen zwischen den beiden Städten gekommen. In Bonn arbeiten derzeit 9148 Ministerialbeamte und damit immer noch mehr als in Berlin mit 8726. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums gegenüber der Zeitung sind die Dienstreisen der Bundesregierung durch entsprechende Investitionen in Umweltschutzprojekte inzwischen zwar klimaneutral. Gemäß den Berechnungen von Atmosfair muss die Regierung aber Steuergelder in Höhe von 594 000 Euro pro

Jahr aufwenden, um die Klimaschäden der Pendelei auszugleichen.

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben gestern den Bericht der „Welt“ zurückgewiesen. Sie arbeiten mit falschen Daten. Die Bundesregierung habe mehrfach erläutert, die Zahl von 66 000 umfasse alle Dienstreisen aller Bundesbehörden zwischen den Großräumen Berlin/Potsdam und Köln/Bonn/Koblenz. „Die Bundesregierung vermutet, dass nur ein Drittel aller Dienstreisen zwischen den Ministeriumsstandorten selbst stattfinden, also ungefähr zwei Dienstreisen pro Beschäftigten und Jahr“, so Kelber und Eisel. Verwende man diese seriösen Datengrundlagen, verblieben maximal 4000 Tonnen CO₂-Ausstoß, welche die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn zur Folge hätte. Das entspräche 0,0004 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen pro Jahr und dem Ausstoß eines Kraftwerks in zwei Stunden.

Teuer und umweltschädlich ist nach einem Bericht von „Morgenpost online“ in Berlin die Stationierung der Flugbereitschaft der Bundesregierung auf dem Flughafen Wann. Demnach legte sie im vergangenen Jahr mehr als 306 000 Kilometer ohne ein einziges Regierungsmitglied an Bord zurück, nur um zwischen Köln und Berlin hin und her zu fliegen. Durch die Leerflüge seien Kosten für Kerosin in Höhe von 700 000 Euro entstanden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in der vergangenen Woche betont, sie wolle die Frage einer weiteren Verlagerung von Ministerien nach Berlin „im Augenblick nicht angehen“. (dbr/dpa)

General-Anzeiger
29. Juli 2008

„Falsche Ergebnisse“

BONN/BERLIN Eisel und Kelber kritisieren Bericht über Dienstreisen

BONN. „Wer mit falschen Daten arbeitet, kommt auch zu falschen Ergebnissen“: So kommentieren die Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) die Behauptung der Zeitung „Die Welt“, die Aufteilung der Ministerien zwischen Berlin und Bonn führe zu 66 000 Dienstreisen (Beamten-Shuttle) mit 19 800 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr. „Die wirkliche Zahl liegt wohl bei einem Fünftel oder weniger“, sagen sie und weisen auf Daten der Bundesregierung hin, wonach die Zahl von 66 000 alle Dienstreisen aller Bundesbehörden zwischen den Großräumen Berlin/Potsdam und Köln/Bonn/Koblenz umfasse.

„Die Regierung vermutet, dass nur ein Drittel aller Dienstreisen zwischen den Ministeriumsstandorten selbst stattfinden; außerdem hat sie darauf hingewiesen, dass ein Umzug der in Bonn verbliebenen Ministerien nach Berlin neue Dienstreisen zwischen den im Rheinland befindlichen sonstigen Behörden sowie Berlin in fünfstelliger Höhe zur Folge hätte“, sagen Eisel und Kelber. Würde man diese „seriösen Daten“ verwenden, verblieben maximal 4 000 Tonnen CO₂, die die Arbeitsteilung zur Folge hätte: „Dies entspräche 0,0004 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen pro Jahr oder dem Ausstoß eines Kraftwerks von zwei Stunden.“ ly



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 37

31. Juli 2008

Minister Glos garantiert status quo für Bonner Ministeriumsteil

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat sich Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in einem Brief an Bonner Ministeriumsangehörige klar zu Bonn als zweiten Dienstsitz des Wirtschaftsministeriums bekannt: „Minister Glos hat mich über einen Brief informiert, den er an Mitarbeiter im Bonner Teil seines Ministeriums geschrieben hat. Sein Bekenntnis zum Berlin-Bonn-Gesetz ist eindeutig. Diese Klarheit ist umso mehr zu begrüßen als das Wirtschaftsministerium seinen ersten Dienstsitz in Berlin hat. Die ewigen Komplettumzugsnörgler in Berlin sollten das zu Kenntnis nehmen.“

In seinem Brief an Bonner Ministeriumsmitarbeiter schreibt Glos:

„Wie Sie wissen, habe ich anlässlich der Personalversammlungen und auch in verschiedenen Gesprächen mit dem Personalrat deutlich gemacht, dass sich am Status quo für den Standort Bonn nichts ändert.“

Wichtig ist für mich auch darauf hinzuweisen, dass bestimmte Schwerpunktbereiche des Ministeriums, wie z.B. die Luft- und Raumfahrt oder die Telekommunikations- und Postpolitik, auf Grund ihrer fachlichen Nähe zu den Ansprechpartnern vor Ort in Bonn verbleiben sollen. Dies gilt heute unverändert.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat sich stets an die Vorgaben des Bonn/Berlin-Gesetzes und die grundsätzliche Aufteilung des Ministeriums auf die beiden Standorte Bonn und Berlin gehalten. Derzeit sind etwa 35 % der Beschäftigten des Ministeriums in Bonn eingesetzt; dies ist deutlich mehr als die von der Konzept-

kommission des Ältestenrats des Deutschen Bundestages festgelegte Bonn-Quote des BMWi von 31 %.

Um- und Neuorganisationen betreffen die Standorte Bonn und Berlin gleichermaßen. Die Schließung bzw. die Zusammenlegung von Referaten soll in erster Linie die Schlagkraft und Effizienz von oftmals zu kleinen Arbeitseinheiten erhöhen. Seit Beginn meiner Amtszeit wurden in Berlin mehr Referate aufgelöst oder zusammengelegt als in Bonn.

Bei den von Ihnen angesprochenen Nachbesetzungen wird immer standortunabhängig die sachliche und fachliche Notwendigkeit des angemessenen Besetzungsumfangs geprüft. Hierbei wurden auch in Bonn die erforderlichen Nachbesetzungen vorgenommen. Ich kann Ihnen versichern, dass in weiteren zur Entscheidung anstehenden Fällen diese für Bonn und Berlin gleichermaßen geltende Messlatte bei organisatorischen Maßnahmen angelegt werden wird.

Sie wissen auch, dass wir bei persönlichen Standortpräferenzen sehr großzügig verfahren und etliche Kollegen sogar nach Bonn zurückgehen konnten, um ihre persönliche Lebensplanung besser verwirklichen zu können. Auch in Zukunft wird die organisatorisch nicht immer einfach zu bewältigende Standorttrennung unseres Ministeriums im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses so gestaltet, dass persönlich und fachlich möglichst wenig Friktionen auftreten.“

60 Jahre Grundgesetz: Bonn zu passiv? Eisel greift Dieckmann an

Heflige Kontroverse zwischen dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann; „Unverständliche Passivität“ im Blick auf den 60. Geburtstag des Grundgesetzes im nächsten Jahr wirft der CDU-Politiker dem Stadtoberrhaupt vor. Auch FDP-Chef Guido Westerwelle mahnt „ein großes Fest“ in Bonn an.

Nach ausführlichen Gesprächen mit der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, dem Bundespräsidialamt und der Landesregierung sagte Eisel: „Die Verfassungsorgane des Bundes und die Landesregierung feiern den Grundgesetzgeburtstag mit vielen Aktivitäten in ganz Deutschland und sie setzen dabei auch wichtige Akzente mit Veranstaltungen in Bonn. Zugleich hat die Oberbürgermeisterin dem Rat allen Ernstes schriftlich mitgeteilt, dass ein darüber hinausgehendes Programm nicht entwickelt werden muss, da es sich bei dem 60. Jahrestag nicht um ein rundes Jubiläum handelt.“ Eisel: „Über soviel Ignoranz kann man nur den Kopf schütteln.“

„Eigeninitiative gefragt“

Eisel begrüßte es nachdrücklich, dass der Bonner Stadtrat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause die Stadtverwaltung gegen das Votum der Oberbürgermeisterin beauftragt hat, „eigene Bonner Begleitveranstaltungen zu organisieren bzw. zu initiieren und dem Kulturausschuss in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause ein entsprechendes städtisches Programm vorzulegen“. Er forderte die Oberbürgermeisterin auf, dieses Ratsvotum ernst zu nehmen: „Ganz Deutschland weiß doch, dass es um das Bonner Grundgesetz geht. Das Verfassungsjubiläum ist also eine Riesenchance für Bonn, bei der die Stadtverwaltung nicht passiv am Spielfeldrand stehen darf. Da reicht es nicht, sich an die Veranstaltungen des Bundes dranzuhängen, gefragt ist auch Eigeninitiative.“

Nach einem Gespräch mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers hatte Stephan Eisel mitgeteilt, dass sich auch das Land mit besonderen Bonner Veranstaltungen am 60. Geburtstag des Grundgesetzes beteiligt: „Der Ministerpräsident sieht im Grundgesetz-Jubiläum ein wichtiges Ereignis für Bonn und NRW. Deshalb wird er am 1. September anlässlich des 60. Jahrestages des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates nach Bonn kommen und eine eigene Veranstaltung mit über 500 Jugendlichen durchführen. Neben dem Festakt des Deutschen Bundestages am 6. September im Museum König, ist die Jugendveranstaltung unseres Ministerprä-



MdB Stephan Eisel: „Ignoranz“



OB Bärbel Dieckmann: „Kein rundes Jubiläum“

sidenten ein zweites Highlight zum Auftakt des Jubiläumsjahres 2009.“ Die Durchführung der Veranstaltung liegt beim Haus der Geschichte.

FDP-Chef Guido Westerwelle („Ich bin ein optimistischer Bonner Bürger“) bedauert in einem Interview mit dem General-Anzeiger, dass der 60. Geburtstag von Grundgesetz



FDP-Chef Guido Westerwelle: „Großes Volksfest“

„oder die Einführung der sozialen Marktwirtschaft – alles in Bonn geschehen und ohne Bonn undenkbar – nicht als große Volksfeste in Bonn gewürdigt werden“. Westerwelle schlägt vor, Zeitzeugen aus ganz Deutschland einzuladen, um „an so etwas Großartiges wie die Wiedergewinnung von Freiheit und Demokratie zu erinnern“.

EB

General-Anzeiger
2.13. August 2008

CDU wirbt für das Festspielhaus

BONN. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat die Grünen aufgefordert, ihre Skepsis gegenüber dem Beethoven-Festspielhaus zu überwinden (der GA berichtete). „Kein Mensch in Deutschland würde verstehen, wenn wir in Bonn nicht zugreifen und endlich mehr aus Beethoven machen“, sagte Eisel, der es als „völlig abenteuerlich“ bezeichnete, die für das Festspielhaus zugesagten Gelder von Post, Telekom, Bund und Land für die Sanierung von Beethovenhalle und Oper zu verwenden, wie es die Grünen vorgeschlagen haben. Eisel: „Wenn das Festspielhaus nicht kommt, ist das Geld weg“, sagte er. Sein Parteifreund, Fraktionschef Benedikt Hauser, sieht das ebenso und sprach von einem Sommertheater, das die Grünen veranstalteten. Gleichwohl sei auch für ihn wie für die Grünen eine „solide Finanzierung, insbesondere des Betriebs, selbstverständlich“.

Entscheidungen machten jedoch erst dann Sinn, wenn man wisse, was gebaut und betrieben werden solle. ly

Bonner Rundschau 06.08.2008

OB Dieckmann tritt 2009 nicht mehr an

„Zeit für Generationenwechsel“: SPD-Parteichef Ernesto Harder soll Spitzenkandidat werden

Urteil des CDU-MdB Stephan Eisel:

Dieckmanns Einsatz für die Stadt verdiene über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung und Respekt. Weil Bonn aber nicht nur verwaltet werden dürfe, sei es Zeit für einen kommunalpolitischen Wechsel. (kri)

General-Anzeiger 06.08.08

■ „Ich begrüße ihre Ankündigung, sich bis zum Ende ihrer Amtszeit mit ganzer Kraft für wichtige Zukunftsprojekte wie das Festspielhaus einzusetzen. Wo es um Bonns Zukunft geht, bleibt es auch bei der Notwendigkeit der Zusammenarbeit über parteipolitische Grenzen hinweg.“

Stephan Eisel, Bonner CDU-Bundestagsabgeordneter

General - Anzeiger
4 August 2008

350 Arbeitsplätze des Bundes in Bonn sind gesichert

UMZUG Tiefensee zieht Gesetzentwurf zurück, der eine Verlagerung vorsah. Glos stärkt seinen Dienstsitz am Rhein

Von **Bernd Leyendecker**

BONN. Die Arbeitsplätze im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) an der Mehlerstraße 10 sind „wohl endgültig gesichert“, teilt der Bonner Deichmannsauer mit. „wohl endgültig gesichert“, teilt der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber nach Gesprächen mit Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee und der BBR-Personalvertretung mit. Der Minister hat den Gesetzentwurf für eine Neugliederung des Bereichs, den zahlreiche Politiker für eine Verlagerung von Bonn nach Berlin und Weimar nutzen wollten, zurückgezogen, sagt Ulrich Kelber.

Tiefensee hatte das Bundesamt

modernisieren und die Forschungsaufgaben stärken wollen. In diesem Prozess hätten zahlreiche Bundestagsabgeordnete, vor allem aus Ostdeutschland, darauf gedrängt, der formal neu zu gründenden Bundesanstalt einen Sitz in Ostdeutschland zu geben; damit wären die rund 350 Beschäftigten des BBR in Bonn automatisch in die „neue“ Bundesanstalt übergegangen.

„Die Gefahr einer Verlagerung der Bonner Arbeitsplätze ist nun abgewandt“, sagte Kelber, der vor allem der Personalvertretung des BBR dankte, die „fundiert nachweisen konnte, dass die jetzige Struktur optimal für die Erd-

gung der Aufgaben des BBR ist.“ Andreas Kübler, Sprecher der Bundesanstalt, die in Berlin rund 850 Mitarbeiter hat, sagte dem GA: „Wir sind glücklich, dass die Arbeitsplätze in Bonn gesichert sind.“

Das BBR ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesbauministers. Es unterstützt zum einen die Bundesregierung durch fachlich-wissenschaftliche Beratung in den Politikbereichen Raumordnung, Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen, zum anderen betreut es die wichtigsten Bundesbauten im In- und Ausland.

Eine gute Nachricht für Bonn

hat auch Kelbers CDU-Kollege Stephan Eisel parat. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos habe ihm mitgeteilt, dass sich „am Status quo für den Standort Bonn nichts ändert“. Glos hatte in einem Brief an seine Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass „bestimmte Schwerpunktbereiche des Ministeriums wie die Luft- und Raumfahrt oder die Telekommunikations- und Postpolitik auf Grund ihrer fachlichen Nähe zu den Ansprechpartnern vor Ort in Bonn verbleiben sollen; dies gilt bis heute unverändert.“ Sein Ministerium habe sich stets an die Vorgaben des Bonn/Berlin-Gesetzes und die grundsätzliche Auftei-

lung des Ministeriums auf die beiden Standorte Bonn und Berlin gehalten, schreibt der CSU-Politiker.

Derzeit seien rund 35 Prozent seiner Mitarbeiter in Bonn eingesetzt – und somit vier Prozent mehr als die von der Konzeptkommission des Ältestenrates festgelegte Quote von 31 Prozent. Glos weist darauf hin, dass „etliche Kollegen sogar nach Bonn zurückgehen könnten, um ihre persönliche Lebensplanung besser verwirklichen zu können.“ Auch in Zukunft werde die Standort-Trennung „so gestaltet, dass personallich und fachlich möglichst wenig Friktionen auftreten“.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 38

7. August 2008

Bundesregierung legt UN-Bericht vor

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat die Bundesregierung jetzt dem Bundestag ihren "Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen" vorgelegt: "Es ist erfreulich, dass sich die Bundesregierung in dem Bericht ausdrücklich verpflichtet, den UN-Standort Bonn "weiter auszubauen". Aber wir müssen dafür sorgen, dass den Worten auch Taten folgen. Das Ziel, den Standort Bonn zu stärken darf nicht im Routinebetrieb des Berliner Regierungsalldages untergehen."

Der vom Auswärtigen Amt am 16. Juli dem Bundestag übermittelte Bericht befasst sich mit den Jahren 2006 und 2007. Darin wird noch einmal dargestellt, dass von den 24 UN-Sekretariaten mit Sitz in Deutschland 17 in Bonn angesiedelt sind (4 in Berlin, 2 in Hamburg und eines in Frankfurt/Main). Ausdrücklich heißt es: "Besondere Bedeutung hat hierbei die Bundestadt Bonn, wo 17 z.T. weltweit arbeitende VN-Organisationen mit mehr als 650 VN-Mitarbeitern angesiedelt sind. Die Bundesregierung strebt an, den VN-Standort Bonn mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Umwelt und Entwicklung weiter auszubauen." Der Ausbau des Alten Abgeordnetenhauses für das Weltklimasekretariat und die Eröffnung des World Conference Center werden als wesentliche weitere Standortverbesserungen genannt.

Eisel unterstrich, dass es wichtig sei, gegenüber dem Deutschen Bundestag und auch den bundesweiten Medien den UN-Standort Bonn immer wieder ins Bewusstsein zu heben. Dazu trage der Bericht der Bundesregierung bei: "Zugleich kommt es auf eine noch stärkere Präsentation der in Bonn ansässigen UN-Institutionen in Berlin an. Hier ist insbesondere die Landesregierung mit Minister Armin Laschet aktiv. Das ist besonders wichtig, weil es es auf der Berliner Bühne falsch wäre, die UN in Bonn als kommunale Angelegenheit darzustellen."



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 39

8. August 2008

Eisel und Kelber: Flugbereitschaft der Luftwaffe gehört nach Köln/Bonn

Zum Wunsch des künftigen Berliner Großflughafens auch die Flugbereitschaft des Bundes nach Berlin zu verlagern, erklärten die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD):

"Für eine Diskussion um die Verlagerung der Flugbereitschaft von Köln/Bonn nach Berlin gibt es überhaupt keinen Anlass. Zur Zeit hat Berlin weder die notwendige Infrastruktur an den Berliner Flughäfen noch hat das Bundesverteidigungsministerium konkrete Planungen zur Verlagerung.

Ob der Berliner Großflughafen Berlin-Brandenburg-International (BBI) tatsächlich 2011 seinen Betrieb aufnehmen wird, steht in den Sternen. Es ist auch völlig unklar, zu welchen Kosten dort welcher Platz mit welcher Infrastruktur für Bundeswehrmaschinen zur Verfügung gestellt wird.

Man muss außerdem wissen, dass der Transport von Regierungs- oder Parlamentsmitgliedern nur ein kleiner Teil des Aufgabengebietes der Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) ist. Diese Transporte finden auch nur im besonders zu genehmigenden Ausnahmefall statt. Nur für diese überschaubaren Aufgaben werden überhaupt Maschinen am Berliner Regierungssitz gebraucht. Und auch das nur, wenn Regierungsmitglieder ihre Reisen in Berlin beginnen. Ansonsten ist die Aufgabe schon wegen der Heimorte von Regierungsmitgliedern und Parlamentariern aus der Mitte Deutschlands mindestens so gut wahrnehmbar wie aus der Berliner Randlage.

Insgesamt ist die Flugbereitschaft ein militärischer Verband der Luftwaffe und stellt mit sieben Airbus A310 sowie sechs Challenger 601 und drei Cougar AS-532-Hubschraubern einen wesentlichen Teil der Lufttransportkapazität der Bundeswehr. Sie wird vor allem weltweit im Personal- und Materialtransport für Dienststellen und Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Außerdem fliegt die Flugbereitschaft Einsätze der Bundeswehr im Rahmen nationaler und internationaler Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge und Krisenreaktion, zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen und beim Lufttransport von Kranken und Verwundeten. Schließlich obliegt der Flugbereitschaft die Wartung und Instandsetzung der Luftfahrzeuge ebenso wie auch die Ausbildung nahezu des gesamten fliegenden Personals. Für all diese Aufgaben gibt es in Köln/Bonn die notwendige Infrastruktur und sie werden auch künftig in bewährter Weise von diesem Standort in der Mitte Deutschlands wahrgenommen."



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 40

12. August 2008

Eisel holt Bigband-Festival nach Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel teilte heute mit, dass vom 22.-24. Mai 2009 auf der Bonner Museumsmeile ein großes Bigband-Festival stattfinden wird: „Es ist mir gelungen, aus dem Etat des Staatsministers für Kultur und Medien Mittel für ein nationales Bigband-Festival in Bonn zu organisieren. Ich hoffe sehr, dass wir hier eine jährliche Tradition starten können. Anlass für den Auftakt ist der 60. Geburtstag des Grundgesetzes im nächsten Jahr.“

Wie Eisel mitteilte soll das Festival über drei Tage gehen und neben Konzerten auch Workshops anbieten. Die Ausrichtung liegt beim Deutschen Musikrat, der seinen Sitz in Bonn hat: „Für die drei Abendkonzerte haben wir schon Zusagen vom Bundesjazzorchester sowie für ein Doppelkonzert mit Peter Herbolzheimer's beiden neuen Formationen „Grey Hair Convention“ und „Master Class“, je einer Bigband aus erfahrenen Musikern und Nachwuchstalenten. Außerdem ist ein Konzert mit der WDR-Bigband in Planung und es sollen auch regionale Formationen wie die Uni-Bigband und die Bigband der Bonner Musikschule einbezogen werden.“

Eisel wies darauf hin, dass es zwar eine Reihe regionaler Bigband-Treffen gebe, aber kein dauerhaftes nationales Festival: „Hier haben wir die Chance ein besonderes Markenzeichen zu etablieren. Das liegt auch deshalb nahe, weil nicht der Deutsche Musikrat, sondern z. B. auch die Union Deutscher Jazzmusiker ihren Sitz in Bonn hat. Dass mit Peter Herbolzheimer ein Big-Band-Leader und Arrangeur der internationalen Spitzenklasse das Projekt unterstützt, gibt der Sache gleich von Anfang an das notwendige Gewicht.“

General-Anzeiger

11.08.2008

Einblicke im Bundestag

DISKUSSION Eisel lädt junge Christen ein

BONN. Seit 1985 diskutieren Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Unternehmer einmal jährlich auf den „Tagen der Begegnung“ mit jungen Christen. So auch in diesem Jahr. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) lädt alle interessierten jungen Christen zwischen 17 und 27 Jahren aus Bonn ein, an der Veranstaltung vom 24. bis 27. September in Berlin teilzunehmen. Organisator ist der überkonfessionelle und überparteiliche Gebetsfrühstückskreis des Bundestages. Auf dem Programm stehen auch Einblicke in die Arbeitsweise des Bundestages und das persönliche Gespräch mit Parlamentariern. Anmeldeschluss für ist der 15. August, die Kosten betragen 80 Euro. Für Bonner Teilnehmer kann ein Reisekostenzuschuss gewährt werden. Weitere Information: www.stephaneisel.de me

General-Anzeiger

12.08.2008

„Flugbereitschaft muss hier bleiben“

BONN. „Überhaupt keinen Anlass“ gibt es nach Ansicht der Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) für eine Diskussion um die Verlagerung der Flugbereitschaft der Luftwaffe von Köln/Bonn zum künftigen Berliner Großflughafen (der GA berichtete). Zum einen sei noch „völlig unklar“, welche Kosten damit verbunden wären; zum anderen gebe es für alle Aufgaben der Flugbereitschaft in Köln/Bonn „die notwendige Infrastruktur, und die Aufgaben werden auch künftig in bewährter Weise von diesem Standort in der Mitte Deutschlands wahrgenommen“, betonen die Politiker. ly

TIPPS UND TERMINE

Podiumsdiskussion

BONN. Zu einer Podiumsdiskussion lädt die Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen (AGMO) für Mittwoch, 13. August, um 17 Uhr in den Kleinen Saal der Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Straße 80, ein. Thema ist eine Studie der AGMO über die Situation der deutschen Volksgruppe in Polen und in Oberschlesien. Die Studie befasst sich besonders mit dem Angebot des muttersprachlichen Deutschunterrichtes in zweisprachigen Grundschulen und Kindergärten des Gebietes. Diskussionspartner ist u. a. der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU). kkt

Bonner Rundschau 14.08.2008

Bigbands erobern die Museumsmeile

Im kommenden Jahr findet erstmals ein dreitägiges Festival mit den besten deutschen Bigbands in Bonn statt

BONN. Die Bundesstadt Bonn ist um ein musikalisches Spektakel reicher geworden. Auf Initiative des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) wird vom 22. bis 24. Mai 2009 auf der Bonner Museumsmeile ein großes nationales Bigband-Festival stattfinden. Anlass für das Festival ist der 60. Geburtstag des Grundgesetzes im nächsten

Jahr. Wie Eisel mitteilte, soll das Festival über drei Tage gehen und neben Konzerten auch Workshops anbieten. Die Ausrichtung liegt beim Deutschen Musikrat, der seinen Sitz in Bonn hat.

Für die drei Abendkonzerte sind schon Zusagen vom Bundesjazzorchester sowie für ein Doppelkonzert mit Peter Herbolzheimer's beiden neuen

Formationen „Grey Hair Convention“ und „Master Class“, je einer Bigband aus erfahrenen Musikern und Nachwuchstalenten. Außerdem ist ein Konzert mit der Bigband des Westdeutschen Rundfunks in Planung und es sollen auch regionale Formationen wie die Uni-Bigband und die Bigband der Bonner Musikschule einbezogen werden. (EB)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 41

19. August 2008

Bonner Potsdam-Club und Potsdamer Bonn-Club für Einheitspreis vorgeschlagen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat den Bonner Potsdam-Club und den Potsdamer Bonn-Club für den Bürgerpreis zur Deutschen Einheit 2008 der Bundeszentrale für Politische Bildung vorgeschlagen: „Durch das Engagement der beiden Vereine ist eine lebendige Partnerschaft entstanden, die die Bevölkerung einbezieht und nicht beim Austausch der offiziellen Ebene stehen bleibt. Dieser ehrenamtliche Einsatz hätte wahrlich den „Bürgerpreis zur deutschen Einheit“ verdient.“

Bonn war eine der ersten Städte, die sich um eine Partnerschaft in der ehemaligen DDR bemühte. 1988 wurden die Gespräche von der DDR abgebrochen, weil der damalige Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels die Verhaftung von DDR-Bürgerrechtlern kritisierte. Die Partnerschaft wurde dann am 6. März 1989 besiegelt. Der Mauerfall ermöglichte es kurz danach, die Städtepartnerschaft auf eine breite Basis zu stellen.

Schon am 14. März 1990 wurde in Bonn der Potsdam Club gegründet. Gründer und langjähriger Vorsitzender war der ehemalige ZDF-Chefredakteur, Reinhard Appel. Auf seine Anregung wurde in Potsdam wenig später ein Bonn-Club gegründet. Seitdem zeichnen sich beide Vereine durch rege Aktivität aus. Dazu gehören die jährlich wechselnden Besuche zum Tag der Deutschen Einheit und ein vielfältiges Veranstaltungsangebot über die jeweilige Partnerstadt. Eisel dazu: „Das sind fast zwanzig Jahre gelebte deutsche Einheit.“

Der Preis der Bundeszentrale für Politische Bildung soll die „kleinen Aktionen und Bemühungen auszeichnen, welche wichtige Beiträge für den deutschen Einigungsprozess auf deutscher und europäischer Ebene erbringen.“ Die Bundestagsabgeordneten wurden aufgefordert, Initiativen aus ihrem Wahlkreis zu nominieren. Vorschlagsberechtigt sind aber auch alle Bürger. Nähere Informationen finden sich unter www.stephaneisel.de

General - Anzeiger
21. August 2008

„Da wird etwas Hervorragendes gelingen“

PODIUM Ilona Schmiel, Klaus Weise und Stephan Eisel diskutieren im Augustinum über das Festspielhaus

Von **Mathias Nofze**

Das geplante „Festspielhaus Beethoven“, eine „Chance für Bonn?“ fragte eine Diskussionsrunde im Augustinum. Doch schon bald stand fest – das Fragezeichen kann gestrichen werden. Denn Ilona Schmiel, Intendantin des Beethovenfestes, Klaus Weise, Generalintendant des Bonner Theaters, und der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel warten sich einig: Der Musentempel muss kommen, und zwar möglichst rasch.

Die bestehende Halle fand keine Gnade. „Beethoven nicht angemessen“, befand Weise, „ein schlechter Tausch“, klagte Schmiel (im Vergleich zum Bremer Konzerthaus „Glocke“, ihrem vormaligen Wirkungsort), und Eisel erinnerte an Franz Liszt. Der großzügige Hauptsponsor des Beethoven-Denkmal schrieb den Bonnern einst ins Stammbuch, das Andenken an einen großen Künstler dürfe nicht „kleinstädtisch“ wahrgenommen werden.

Geld“ mit DVD-Produktionen, etwa mit Lorin Maazel, verdienen können. Doch regelmäßig winkten die Produktionsfirmen ab. „Nicht in dieser Halle!“, so das Argument. Weise schloss sich den Forderungen nach Weltklasse-Architektur und Weltklasse-Akustik an. Doch entscheidender sei das Programm, das in der neuen Halle geboten werde. Deutlich mehr Besucher müssten gewonnen werden. Aufregende Premieren etwa zögen Publikum an, daher wünschte er sich Oper auch im neuen Festspielhaus. Er mahnte, Kultur bedeute „Artenvielfalt“, nicht „Monokultur“. Doch kulturelle Vielfalt, entgegenete Schmiel, „kann man nicht vermarkten“.

Das Wort „Konkurrenz“ nahm Weise zwar nicht in den Mund, hielt aber fest, dass der Betrieb der neuen Philharmonie nicht zu Lasten des städtischen Kulturhaushalts gehen dürfe. Dazu Eisel: „Wenn das Stiftungskapital nicht ausreicht, wird nur ausgegeben, was die Stiftung hergibt.“ Aus deren Erträgen soll der Betrieb der

neuen Halle finanziert werden (ähnlich funktioniert das Forschungszentrum Caesar). Der Bund zahlt mit 39 Millionen Euro den größten Batzen in die Stiftung ein. Bedenken, neue Publikums-schichten könnten nicht gewonnen werden, trat Stefan Eisel mit verblüffenden Zahlen entgegen. Nach dem Bau der Kölner Philharmonie etwa sei die Besucherzahl dort um „35 Prozent“ angestiegen: „Uns reichen in Bonn schon fünfzig Prozent.“

Gleichzeitig machte er klar, dass es bei dem Projekt um einen echten Neubau, sprich Abriss der alten Beethovenhalle, geht. Denkmal-schutz? Die Halle stehe „nur“ in der Denkmalliste, so Eisel. Die Zeit dränge, die politische Konstellation sei nicht auf Dauer „so günstig“. Was die Optik des neuen Museentempels angeht, vertraue er auf die Weitsicht der drei Geldgeber Telekom, Post und Postbank, die 75 Millionen Euro zur Verfügung stellen wollen. „Da wird etwas Hervorragendes gelingen – wie zum Beispiel der Posttower.“

**Die bestehen-
de Halle**

ist „Beethoven
nicht angemess-
ent“, befindet
der Bonner
Theaterchef
Klaus Weise
Foto: BRU



ein solches werde es für das Beethovenfest „schwer, sich im hochsensiblen Künstlermarkt zu positionieren“.

Die Nachfrage nach exzellenten Live-Auftritten steige stetig. Zudem sei das visuelle Ambiente zu bedenken, das eine immer größere Rolle spiele. So hätte sie schon „viel

Kontroversen musste Editha Limbach, Kreisvorsitzende der Seniorenrunde, also nicht moderieren. Dafür erlebte das Publikum mehr oder weniger aufschlussreiche Argumentations-Nuancen der Diskutanten. So knüpfte Schmiel die Zukunft des Beethovenfestes an den Bau des Festspielhauses. Ohne

Bonner Rundschau 22. August 2008

„Festspielhaus soll neben die Oper“

Generalintendant Weise überrascht mit einem neuen Standortvorschlag

VON DIETER BROCKSCHNEIDER

BONN. Mit einem überraschenden Beitrag hat sich Bonns Generalintendant Klaus Weise in die Diskussion um das geplante Beethoven-Festspielhaus eingeschaltet. Bei einer Podiumsdiskussion der CDU-Senioren Union im Augustinum schlug er am Mittwochabend vor, die Halle neben der Oper zu errichten oder ins Haus am Boeselagerhof zu integrieren. So ließe sich Geld sparen für die Logistik, etwa durch eine gemeinsame Kasse. Weises Wunsch: Ein Objekt, das sich gleichsam auf Knopfdruck in ein Opernhaus oder eine Konzerthalle verwandelt.

Mit diesem Vorschlag stieß er auf Erstaunen bei den anderen Diskussteilnehmern. Der CDU-Bundestagsgeordnete Stephan Eisel sagte, niemand solle glauben, Post, Telekom und Postbank, die das Festspielhaus für 75 Millionen Euro bauen wollen, engagierten sich in Bonn, um die städtische Kulturpolitik zu unterstützen, sondern weil in dieser Stadt Beethoven geboren worden sei, der Komponist von Weltrenge. Der Bund, der 30 Millionen Euro in eine Festspielhaus-Stiftung einbringen wolle, gebe das Geld nur, weil Bauherren aus der Wirtschaft



Auf dem Podium (v. l.): Klaus Weise, Ilona Schmiel, Editha Limbach, die Vorsitzende der Senioren Union und Moderatorin des Abends, und Stephan Eisel. (Foto: Böschmeyer)

mitmachen. Diese öffentlich-private Partnerschaft werde allerdings nicht auf ewig so bleiben, deshalb müsse das Projekt zügig voran gebracht werden - möglichst noch bevor ein neuer Bundestag gewählt ist, der sich das 30-Millionen-Versprechen noch mal überle-

tendantin des Internationalen Beethovenfestes, mahnte rasche Entscheidungen an. Das Festspielhaus sei ein wunderbarer Traum, der hoffentlich bald Realität wird. Die Chance war noch nie so groß. Das Beethovenfest habe es schwer, sich gegen internationale Kon-

kurrenz zu behaupten; ohne neue Halle wäre es noch schwerer, den Standard zu halten. Auch Festivals lebten von der optischen Inszenierung, vom Hintergrund, vor dem ein Orchester spiele. So komme eine geplante DVD-Aufnahme der New Yorker Philharmoniker, die mit ihrem scheidenden Chefdirigenten Lorin Maazel zum letzten Mal auf Europatournee gehen und am 12. September in Bonn gastieren, nicht zustande: „In dieser Halle nicht“, hieß es kategorisch aus New York.

Weises Plädoyer, mit der „kulturellen Artenvielfalt“ Bonns und nicht nur mit der „Monokultur“ Beethovens zu werben, kontierte Schmiel, „kulturelle Artenvielfalt“ könne jede Stadt für sich beanspruchen, was aber international zähle, sei „das Alleinstellungsmerkmal“ Beethovens.

Eisel forderte schließlich, dass sich die Stadt mit Geld an der Betreiber-Stiftung beteilige, das aber nicht zulassen des kommunalen Kulturhaushalts gehen dürfe. Woher dann neben? Aus den jährlich 1,5 Millionen Euro für den Unterhalt der Beethovenhalle. Deren Sanierung koste 20 Millionen Euro, die kommen unweigerlich auf uns zu“, sagte Eisel, ohne zu ergänzen: „...wenn die Halle nicht abgerissen wird“.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 42

22. August 2008

Grundgesetz-Geburtstag: Eisel bei de Maizière

Zufrieden zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einem Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Thomas de Maizière zu den Aktivitäten des Bundes in Bonn anlässlich des 60. Grundgesetz-Geburtstages: "An der Spitze der Bundesregierung weiß man, dass das Grundgesetz untrennbar mit Bonn verbunden ist. Ich bin sicher, dass dies auch im Jubiläumsprogramm zum Ausdruck kommt, das die Regierung derzeit erarbeitet. Darüber habe ich ausführlich mit dem Chef des Kanzleramtes gesprochen."

Eisel bemüht sich seit längerem darum, dass Bonn bei den Feierlichkeiten zum Grundgesetz-Geburtstag eine wichtige Rolle spielt. Unter anderem hat er eine Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn und ein Verfassungsfest des Bundes in der Bundesstadt angeregt. Auf seine Initiative geht auch der Festakt zurück, mit dem der Deutsche Bundestag am 6. September im Museum König der Konstituierung des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren gedenkt. Zuletzt ist es Eisel gelungen, beim Bund Gelder für ein nationales Bigband-Festival in Bonn zu organisieren, das 2009 anlässlich des Verfassungsjubiläums auf der Museumsmeile stattfinden wird.

Eisel begrüßte, dass die Bedeutung des Jubiläums jetzt auch in der Stadtverwaltung erkannt werde: "Noch vor der Sommerpause hatte Frau Dieckmann dem Rat mitteilen lassen, die Stadt sei nicht gefordert, weil der 60. Geburtstag des Grundgesetzes "kein rundes Jubiläum" sei. Jetzt hat sie offenbar eingesehen, wie merkwürdig es wäre, wenn Deutschland das Bonner Grundgesetz feiert und die Stadt Bonn mit verschränkten Armen abseits stünde." Auf Antrag der CDU hatte die Stadtverwaltung dem Kulturausschuss in der letzten Woche eine neue Liste eigener Aktivitäten zum Verfassungsjubiläum vorgelegt.

General-Anzeiger 24.08.2008

Gelebte Einheit in Bonn und Potsdam

BONN. Für den Bürgerpreis zur Deutschen Einheit 2008 der Bundeszentrale für Politische Bildung hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel den Bonner Potsdam-Club und den Potsdamer Bonn-Club vorgeschlagen. „Durch das Engagement der beiden Vereine ist eine lebendige Partnerschaft entstanden, die die Bevölkerung einbezieht und nicht beim Austausch der offiziellen Ebene stehen bleibt“, betonte Eisel. Die 1990 gegründeten Clubs organisieren unter anderem gegenseitige Besuche zum Tag der Deutschen Einheit. „Das sind fast 20 Jahre gelebte deutsche Einheit“, so Eisel. kkt

WDR Regionalnachrichten 25.08.2008

Bonn-Berlin billiger als gedacht

Die Aufteilung der Bundesregierung auf Bonn und Berlin ist offenbar wesentlich billiger als vermutet. Die zusätzlichen Kosten für die zwei Standorte betragen laut Bundesfinanzministerium 8,8 Millionen Euro jährlich. Mitglieder des Haushaltsausschusses waren bisher von bis zu 120 Millionen ausgegangen. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel sagte dem WDR, die 8,8 Millionen Euro seien um ein Vielfaches niedriger als die Zinsen für die Finanzierung eines

General-Anzeiger 26.08.2008

Wartburg-Gespräch über Europa

BONN. Das Wartburg-Gespräch katholischer Burschenschaftler vom 19. bis 21. September in Eisenach ist angesichts des Kaukasus-Konfliktes von besonderer politischer Aktualität geprägt: „Europa – eine Herausforderung für die Nationalstaaten.“ Dem Vorbereitungskomitee unter Leitung des Bonner Arztes Franz Josef Klassen gelingt es seit der Wende in der DDR an diesem besonderen Ort

der deutschen und europäischen Geschichte, Themen zu diskutieren, die weit über ein nur akademisches Interesse hinausreichen.

Referenten sind Bernhard Vogel, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, Botschafter Hubertus von Morr (für die Bundesrepublik in Luxemburg), der NRW-Bevollmächtigte beim Bund, Staatssekretär Michael Mertes, der Bonner Bundestagsabgeordnete

Stephan Eisel, der stellvertretende Chefredakteur des Rheinischen Merkur, Matthias Gierth, und der ehemalige Bundesratsdirektor Georg-Berndt Oschatz.

Organisiert wird das Kolloquium von der Bonner Burschenschaft Sigfridia und dem ebenfalls in Bonn sitzenden Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften. Informationen bei Günter Koflerath (Tel.: 0228/658627). hls

General-Anzeiger
26.08.2008

Eisel bei der Senioren Union

VILLENVIERTEL. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel spricht auf Einladung der Senioren Union Bad Godesberg am Donnerstag, 28. August, ab 16 Uhr in der Offenen Tür, Dürenstraße 2, über „Die CDU ein Jahr vor der Bundestagswahl“. Gäste sind willkommen. ham

Internetcologne 27.08.2008

BONNENHÄHNCHEN

Bonn-Berlin-Modell

Bonn/Berlin-Modell günstiger als Umzug

Teil der Regierungstruppe komplett nach Berlin verlegt werden oder soll der Bund weiterhin Pendler-Insassen? Diese Frage bräut sich nur den Bonnern unter den Nägeln. Nur beschäftigt sich auch der Haushaltsausschuss des Bundestages mit der Frage und stellt fest: Die laufenden Kosten der Zwei-Städte-Lösung sind wesentlich niedriger als getracht.

Im "wegweisenden Bericht zum Bonn-Berlin-Gesetz" heißt es, dass die Gesamtkosten der Zwei-Städte-Lösung der Steuerzahler aktuell "nur" 8,82 Millionen Euro kosten. Bisher waren die Gehälter eines endgültigen Umzugs aller Regierungsebenen nach Berlin von rund 120 Millionen Euro im Jahr ausgegangen.

"Die jetzige Regelung kommt den Steuerzahler wesentlich günstiger als jede Form eines weiteren Umzugs", sagen die Bundesabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung über die jährlichen Kosten für das Zwei-Städte-Modell. Damit seien in der Diskussion um die Sinnhaftigkeit eines Umzugs "keine Spekulationen warranted", so Kelber und Eisel weiter

Der Berlin-Umzug des Parlaments und der der Hälfte aller Behörden und Regierungsmitarbeiter vor zehn Jahren habe rund 10 Milliarden Euro gekostet. Für den Umzug der restlichen Regierung nach Berlin könne man weitere rund 5 Milliarden Euro veranschlagen. Allein die Zinsen für die Finanzierung dieses Umzugs lägen dann bei rund 200 Millionen Euro im Jahr. Laut Kelber und Eisel "spart der Steuerzahler über 190 Millionen Euro im Jahr" durch die aktuelle Lösung.

Pro Mitarbeiter wende die Bundesregierung in der Zwei-Städte-Lösung aktuell gerade einmal 230 Euro für Dienstreisen auf. Diese würden auch zum mobilen Arbeiten genutzt. Dank der "Nutzung moderner Kommunikationstechnik" prognostizieren die beiden Bundesabgeordneten künftig sinkende Reisekosten, auch Trennungsgelder und andere Aufwendungen wie Miete seien bereits in den 8,8 Millionen Euro enthalten.

"Insgesamt belegt der Regierungsbericht die effiziente Umsetzung des Bonn-Berlin-Gesetzes. Manche Unternehmen habe Schwierigkeiten bei 20.000 Beschäftigten an zwei Standorten die Kosten auf jährlich nur 8,8 Millionen zu begrenzen", schließen Kelber und Eisel ihre Stellungnahme.

Den Regierungsbericht können Sie ... herunterladen.

(27.8.2008)



Stephan Eisel (CDU), MdB



Ulrich Kelber (SPD), MdB

General-Anzeiger
27.08.2008

Pendeln ist preiswerter als Umzug

BONN. Die Kosten auf Grund der Aufteilung der Regierungsfunktionen zwischen Berlin und Bonn betragen pro Jahr 8,8 Millionen Euro. Das geht aus einem Bericht des Bundesfinanzministeriums hervor, der dem General-Anzeiger vorliegt. Danach sind in dem Betrag unter anderem Flugkosten, Dienstreisen und Trennungsgeld enthalten. Die Kritiker des Bonn/Berlin-Gesetzes hatten bislang hohe zweistellige Millionensummen genannt.

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) sagten dem GA auf Anfrage, die 8,8 Millionen Euro seien ein beeindruckender Nachweis dafür, dass die jährlichen aufteilungsbedingten Kosten um ein Vielfaches niedriger seien als die Zinsen für die Finanzierung eines Komplett-Umzugs. Die Verlagerung aller Ministerien nach Berlin würde bis zu fünf Milliarden Euro kosten. ly



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 43

27. August 2008

Eisel in Kuratorium des Europäischen Netzwerkes Erinnerung berufen

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wurde vom Stiftungsrat des „Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität“ zum Kuratoriumsmitglied berufen. Das Netzwerk wurde 2005 von Deutschland, Polen, der Slowakei und Ungarn ins Leben gerufen und dient der Analyse und Dokumentation der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts und der Leiden der Zivilbevölkerung als Opfer von Kriegen, Unterdrückung und Vertreibung. Als zweiter deutscher Vertreter wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel berufen.

Eisel sagte zu seiner Berufung: „Die Aufarbeitung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts und ihrer Folgen bleibt für uns alle eine zentrale Aufgabe. Wir wollen eine enge Vernetzung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in ganz Europa erreichen. Es ist gut, dass auch das künftige „Sichtbare Zeichen“ in Berlin mit der Erinnerung an das Unrecht von Vertreibungen in das „Europäische Netzwerk der Erinnerung und Solidarität“ eingebunden wird. So entsteht eine Art von Erinnerung ohne Forderungen oder einseitige Anklagen, die wir Europäer teilen - statt dass sie uns teilt.“

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD heißt es dazu: „Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen und historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Sie will im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein wichtiges Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisherigen beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

27. August 2008

Eisel und Kelber: Regierungsbericht belegt niedrige Kosten von zwei Regierungsstandorten „Ohne Totalumzug werden über 190 Mio € Steuern pro Jahr gespart“

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und Ulrich Kelber sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die jährlichen Kosten der Aufteilung der Regierungsfunktionen zwischen Bonn und Berlin:

„Die Bundesregierung hat auf Fragen des Haushaltsausschusses detailliert dargelegt, dass die konkreten Ausgaben, die jährlich durch die im Berlin-Bonn-Gesetz festgelegte Aufteilung der Regierungsstandorte entstehen, bei nur 8,8 Mio € liegen. Damit sind alle Spekulationen über hohe zweistellige Millionenbeträge widerlegt und es ist nachgewiesen, dass die jetzige Regelung den Steuerzahler viel billiger kommt als jede Form eines weiteren Umzugs.

Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hat rund 10 Mrd € gekostet. Er betraf das Parlament und etwa die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung. Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte - also 5 Mrd € - ansetzen würde, würden allein die Zinsen für einen „Totalumzug“ jährlich bei ca. 200 Mio € liegen. Das heißt: Weil es keinen Totalumzug gibt, spart der Steuerzahler über 190 Mio € im Jahr.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 44

27. August 2008

Aus dem Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass von den jährlichen Aufteilungskosten ca. 4,7 Mio € auf Dienstreisen entfallen. Da sind ca. 230 € pro Mitarbeiter der Bundesregierung. Der Bericht der Bundesregierung hebt ausdrücklich hervor, dass „die Bediensteten Reisezeiten auch zum mobilen Arbeiten nutzen“. Durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel werden auch die Reisekosten weiter sinken.

700.000 € werden für Geräteanschaffung aufgewandt, nur 220.000 € entfallen jährlich in Bonn für die Anmietung von Gebäuden durch die Regierung. Etwa 1 Mio € kostet die Zahlung von umzugsbedingtem Trennungsgeld und Beihilfen. Diese Summe wird sich in den nächsten Jahren weiter reduzieren.

Insgesamt belegt der Regierungsbericht die effiziente Umsetzung des Berlin-Bonn-Gesetzes. Manches Unternehmen hätte Schwierigkeiten bei 20.000 Beschäftigten an zwei Standorten die Kosten auf jährlich nur 8,8 Millionen zu begrenzen.“

General-Anzeiger
29. August 2008

Gegeneinander, übereinander, miteinander

FESTIVAL Der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel holt zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes Big Bands nach Bonn

Von **Mathe Freund**

Ein nationales Jazz-Festival soll es sein, denn „in ganz Deutschland gibt es bisher keins“. Und weil Stephan Eisel, Bonner Bundestagsabgeordneter für die CDU, selbst Jazz-Fan ist und Peter Herbolzheimer ein langjähriger Freund, hat er ihn und seine Bigbands „Grey Hair Convention“ und „Master Class“, die über 65-jährigen und die unter 25-jährigen Musiker, schon verpflichtet.

Vom 22. bis 24. Mai 2009 wird auf der Museumsmeile das nationale Bigband-Festival stattfinden. Anlass ist der 60. Geburtstag des Grundgesetzes im nächsten Jahr, sagte Eisel. Die Mittel dafür kom-



Oben, oben, oben: Das Bundesjazzorchester unter der Leitung von Ed Partyka

FOTO: TASS/NEGER

kommen. „In den kommenden Tagen geht ein Brief an die Oberbürgermeisterin mit der Einladung an alle Bands in der Region raus“, sagte Eisel. Er würde sich freuen, wenn auch Uni- und Musikschul-Bands mitmachen.

Auch am Nachmittag soll es weitere Veranstaltungen geben: Die Orchester aus der Region sollen spielen, außerdem wird es Workshops geben, bei denen die Nachwuchs-Musiker die Chance bekommen sollen, von den Profis zu lernen. Die Sessions der regionalen Bands am Nachmittag und die Workshops werden kostenfrei sein, abends werden die Konzerte Eintritt kosten. Karten gibt es voraussichtlich ab Januar 2009.

men aus dem Etat des Staatsministers für Kultur und Medien, ausgerichtet wird es vom Deutschen Musikrat. Neben den Herbolzheimer-Bands hat auch das Bundesjazzorchester (Bjazzzo) schon zugesagt. Noch nicht sicher ist, ob auch die WDR-Bigband spielen wird.

„Ich glaube, dieses Festival wird in der Jazz-Szene auf großes Interesse stoßen“, sagte Eisel. „Und wer sieht, welchen Charme es hat, wenn die beiden Herbolzheimer-Bands gegeneinander, übereinander, miteinander spielen, der wird begeistert sein.“ Und so wünscht sich Eisel, dass aus dem Festival Tradition werde. Neben den nationalen Bands sollen auch die Musiker in der Region nicht zu kurz

Aachener Zeitung 10.09.2008

Schlimm ist immer billiger Populismus

Der Politiker Dr. Stephan Eisel hat sich mit der Verbindung von Politik und Musik auseinandergesetzt

Bonn. Wenn die SPD im Ruhrgebiet einen Redner zur Bühne ruft, dann wird „Der Steiger“ kommt gespielt. Bei der CSU klingt der Bayerische Defiliermarsch. Nach den Parteitag singen die Sozialdemokraten den „Internationale“ und die Christdemokraten „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Musik und Politik sind auch in Deutschland ein stets im Gleichschritt auftretendes Phänomen.

Dr. Stephan Eisel kennt diese Tradition – sozusagen aus zwei Blickrichtungen. Er ist für Bonn Mitglied des Deutschen Bundesstaiges und begeisterter Musiker. Nach dem Studium der Politikwis-

senschaft hat er ein Buch über die Verbindung von Politik und Musik geschrieben: „Politik und Musik – Musik zwischen Zensur und politischem Mißbrauch“.

Eigentlich, so erzählt Eisel, hat die Sache mit der Musik eine lange Tradition. Die Geburtsstunde datiert Eisel in die Französische Revolution. „Die Marschallaise ist ein ausdrucksstarkes Beispiel“, sagt er. Und doch nur eines von vielen, wo Musik und Politik oder eben Politik und Musik Hand in Hand auftraten. Das ist kein Zufall, denn Musik spreche Emotionen an, die auch die Politiker wecken möchten. Vor allem dann, wenn es wie in den USA um Wahlkampf geht. „Napoleon Bonaparte hat einmal gesagt: ‚Die Musik hat von allen Künsten den tiefsten Einfluss auf das Gemüt.‘“

„Wenn Show eingesetzt wird, um von Inhalten abzulenken, dann wird es gefährlich. Wenn Musik die Aufmerksamkeit bei denen weckt, die sich nicht automatisch für Politik interessieren, dann liegt darin eine Chance.“

DR. STEPHAN EISEL, MdB

Zur Person: Politiker und Buchautor

Dr. Stephan Eisel (CDU) ist für Bonn Mitglied des Deutschen Bundestages und dort u.a. Mitglied des Kulturausschusses. Nach dem Studium der Politik- und Musikwissenschaft hat er das Buch „Politik und Musik – Musik zwischen Zensur und politischem Mißbrauch“ veröffentlicht. Mehr unter www.politik-und-musik.de

Problem an: „Da liegen die Gefahr des Mißbrauchs und die Chance des verantwortungsvollen Umgangs eng beieinander.“

Eisel bezieht sich auf das „Mehr“ an Show, die Abwertung von politischen Inhalten. Es wird immer dann heikel, wenn der Ton

die sich nicht automatisch für Politik interessieren, dann liegt darin eine Chance“, sagt der Bonner Politikwissenschaftler. Und: „Entscheidend ist, wofür ich solche Dinge einsetze: Wer als Musikliebhaber Qualitätsmaßstäbe an Kunst und Künstler anlegt, sollte das auch bei Politik und Politikern tun. In beiden Feldern sind die am schlimmsten, die mit billigem Populismus im Trüben fischen.“

Doch wie ist es dann zu bewerten, wenn sich Politiker wie die Flobots zu Barack Obama bekennten oder Pink in ihren Songs George W. Bush kritisiert? Zunächst einmal ist der politische Künstler kein Gegenwartsphänomen. Richard Wagner stand 1848 auf den Dresdener Barrikaden und wurde anschließend polizeilich gesucht. Deutsche Liedermacher wie Wolf Biermann sind schon lange, bevor Pink oder die Flobots geboren wurden, politisch aktiv.

Letztlich kommt es immer auf die Botschaft an, auf die Ernsthaftigkeit eines Künstlers. „Musiker sind Staatsbürger und haben das Recht auf politische Standpunkte. Allerdings weiß auch jeder: Dass jemand gute Musik macht, heißt nicht, dass er deshalb mehr von



Musiker und Politiker: Dr. Stephan Eisel hat sich in einem Buch mit der Verbindung von Politik und Musik auseinandergesetzt.

Politik versteht. Ein guter Politiker ist ja auch nicht qua Amt ein guter Musiker“, sagt Eisel.

Eisel selbst spielt Klavier. Und er weiß auch, was er als Christdemokrat im Wahlkampf spielen würde. Es ist ein Lied der Rolling Stones: „Angie“ heißt es... (tka)

General-Anzeiger
1. September 2008

■ Zur Eröffnung des neuen CDU-CityBüros konnte die Stadtverordnete **Christiane Overmans** eine ganze Reihe von Parteifreunden, darunter den ehemaligen Bürgermeister **Hans Daniels**, den Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** sowie **Benedikt Hauser**, Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion begrüßen. Overmans zufolge sind die neuen Räumlichkeiten in der Oxfordstraße 19c, direkt gegenüber dem Landgericht, zunächst aber nicht als permanent geöffnete Einrichtung gedacht. Man wolle das Büro vorerst nur als Veranstaltungs- und Tagungsraum nutzen. Durch die neuen Räume könne die CDU in absehbarer Zeit aber auch das Gesprächsangebot erweitern, fügte die Bonner Stadtverordnete hinzu. meu



Umringt von Parteifreunden eröffnete Stadtverordnete **Christiane Overmans** (Mitte) das neue CityBüro der CDU. FOTO: VOLKER LANNERT



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 45

1. September 2008

Politprominenz erweist Bonn die Reverenz

Zahlreiche Spitzenpolitiker kommen zur Feierstunde des Bundestages anlässlich des 60. Jahrestages der Konstituierung des Parlamentarischen Rates am kommenden Samstag ins Museum Koenig. Dies teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit, auf dessen Anregung die Feierstunde zurückgeht: „Als ich Ende 2007 Bundestagspräsident Norbert Lammert gesagt habe, die Geburtsstunde des Grundgesetzes dürfe nicht nur in Berlin, sondern müsse vor allem auch am Geburtsort Bonn gefeiert werden, hat er dies sofort aufgegriffen. Die große Resonanz zeigt, dass Bonn ein Symbol für viele gute Jahre deutscher Geschichte bleibt.“

Bundestagspräsident Lammert wird mit drei seiner Vizepräsidenten (Susanne Kastner, Hermann Otto Solms und Petra Pau) und etwa 50 Bundestagsabgeordneten anreisen, darunter die Fraktionschefs Peter Struck (SPD) und Guido Westerwelle (FDP), Norbert Röttgen für Fraktionspitze der CDU/CSU. Teilnehmen werden auch die früheren Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth und Philipp Jenninger sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier mit seinen Vorgängern Jutta Limbach und Ernst Benda.

Aus dem Bundeskabinett haben sich die Minister Brigitte Zypries und Wolfgang Tiefensee sowie Staatssekretär Peter Altmaier angesagt. Dazu kommen die früheren Bundesminister Friedrich Bohl, Horst Ehmke, Herbert Ehrenberg, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, Manfred Lahnstein, Ursula Lehr, Franz Mütefering, Rainer Offergeld, Oscar Schneider, Carl-Dieter Spranger, und Dorothee Wilms,

Die Bundesländer sind durch den Vizepräsident des Bundesrates Ministerpräsident Peter Müller, NRW-Landtagspräsidentin Regina von Dinther, den stv. NRW-Ministerpräsidenten Andreas Pinkwart sowie CDU-Fraktionschef Helmut Stahl vertreten.

Die Festrede bei der Feierstunde wird Professor Alfred Grosser halten.

Wie Eisel mitteilte, wird die Veranstaltung am Samstag ab 9.45 live auf PHOENIX übertragen und soll hinterher auch schriftlich dokumentiert werden.

Prosecco ist als Ruder-Doping erlaubt

BRAUCHTUM Zur Graurheindorfer Kirmes gehören das Elefantenrennen und der Gebrannte. Auch in Röttgen, Dransdorf und rund um den „Kuhle Dom“ feiern die Menschen ihre Dorffeste

GRAURHEINDORF. Wer gut zu Fuß ist, ist auch auf dem Wasser pfeilschnell unterwegs – das bewies der Zehner-Kanadier des Lauftreffs „Immer wigger“. Mit vier Minuten und zwölf Sekunden setzten sich die Läufer beim Elefantenrennen des Wassersportvereins Blau-Weiss Bonn (BWB) auf dem Rhein durch. Als Belohnung gab's ein Zehn-Liter-Fass Bier.

Beim Rennen, das im Rahmen der Graurheindorfer Kirmes und des Stiftungsfestes des Vereins stattfand, ging es neben der sportlichen auch um politische Konkurrenz: Die Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) maßen sich ebenfalls auf der 1,2 Kilometer langen Strecke. „Entscheidend ist der Abstand zur SPD“, lachte Eisel. Darauf kontierte Kelber: „Wichtig ist, wer im Wahljahr vorne ist.“ Auf dem Wasser jedenfalls hatte die Union die Nase vorn. Bei den Karnevalisten stiegen die Wiese Müüs vor der Ehrengarde und den Bonner Stadtsoldaten.

Bei den Frauen siegten die Damen des Wassersportvereins. Wobei die Kostümierungen als Putzfrauen oder Piratinnen beim Rudern teilweise hinderlich waren. Als Pippi Langstrumpf ging der Club der Ex-Bonnas aufs Wasser. Die ehemaligen Tollkähnen verteilten auch ihr legales Doping.

„Wir benutzen Prosecco als Belohnung“, lachte Anja Pohl.

„Die Gleichmäßigkeit beim Rudern ist am wichtigsten“, erklärte René Brückner, amtierender Weltmeister in der Altersklasse 35 bis 45 im Zweier-Kanadier. Er manövrierte als Steueremann die Laien sicher den Rhein rauf und runter. Die vielen Besucher sahen jedoch nicht nur die Anstrengungen auf dem Wasser, sondern vergnügten sich auch selbst bei der Kirmes. „Hörten der KG Unkel beim Frühschoppen zu oder stärkten sich gestern beim Gebrannten. Dieser ureigene Graurheindorfer Trank lockte viele Besucher bis spät in die Nacht auf die Kirmes. „Die Farbe verändert sich, je nachdem wieviel braunen oder weißen Kandis man verwendet, über den man den Schnapa gießt“, sagte Wolfgang Orth vom Junggesellenverein-Männereth Rheiniust. **hex**

RÖTTGEN. Das Nilpferd aus Holz hatte einiges zu schlucken – vornehmlich Wasserbomben. „Man muss zielen können“, erklarte der elfjährige Kevin. „Das kann ich gut.“ Und deshalb bat ihm diese Station des Spielparcours auch am meisten Spaß gemacht. Viele Familien kamen zum Kinderfest der Röttgener Kirmes. Torwandschießen, Hindernislauf, Rennen mit ferngesteuerten Autos und mehr – Geschicklichkeit war gefragt. Am Ziel gab es für die bestandenen Aufgaben Süßigkeiten und einen

Frel-Bon fürs Karussell. „Auf diese Weise kommen die Leute zur Kirmes und bleiben auch“, sagte Dieter Schirra, Kassierer des Festausschusses Röttgen.

Schon am Freitag startete die Kirmes mit dem sehr gut besuchten Fassanstich, zu dem auf der Bühne im großen Festzelt die Cocktail-Partyband live spielte. „Da hatten wir den Zacharias gerade aufgehängt und schon wurde er geklaut“, so Schirra. Aber wie jedes Jahr war die Puppe zur Verhandlung gestern Abend wieder da. Traditionell wird sie für alles Gute und Schlechte im Laufe der Kirmes zur Rechenschaft gezogen. Dieses Jahr musste man ihr wohl für das tolle Wetter während der Kirmes danken.

DRANSDORF. Offenbar dürsteten die Dransdorfer nach einer Kirmesveranstaltung. „Letztes Jahr ist sie ausgefallen, weil der Aussteller kurzfristig abgesagt hatte“, sagte Thomas Eislöffel, Vorsitzender des Orsausschusses Dransdorf. Dieses Jahr hat der Verein die Sache selbst in die Hand genommen. Aussteller und einen Webstand organisiert und für ein festiges Bühnenprogramm mit der Chaos Band Rot-schwarz-Endlich und der Band „Los Catacombs“ gesorgt. „Außerdem haben wir die Orsvereine ins Boot geholt.“ Der Erfolg hat ihn über rascht: „Das Fest ist sehr gut ange-

laufen und zum Fassanstich hat Bezirksbürgermeister Helmut Kolbig das Ambiente gelobt.“

Vor der Dransdorfer Burg waren die Sände wie eine Wagenburg aufgebaut, in deren Innerem geplaudert, getrunken und fröhlich gefeiert wurde. Abends bekam das Fest durch bunte Beleuchtung ein besonderes Flair. Alle waren sich einig: Besser hätte das Dorffest nicht laufen können, wenn es eine Kirmes gewesen wäre **kpo**

BONN-ZENTRUM. Mit dem 158. Schuss wurde Brigitte Henze-ler gestern zum Abschluss des viertägigen Schützenfestes neuer Schützenkönig der Sankt-Hubertus-Bruderschaft von 1450. Traditionell feierte der Verein sein Schützenfest parallel zur „Kuhle Kirmes“, dem Pfarrfest der Südfarre. Auf ihm amüsierten sich am Sonntagmorgen zahlreiche Gäste rund um den „Kuhle Dom“.

Gegen die hohen Temperaturen gab es natürlich kühle Getränke. Regen das Loch im Magen so manchen Leckerer. Bei den kleinen Besuchern waren die verschiedenen Spiele der Renner. Hier konnte man zum Beispiel Plastikrenten aus einem Planschbecken angeln, dort sein Glück auf der kleinen Kegelhahn versuchen. Wie Günther Werker, Vorsitzender des Pfarrgemeinderates, erklärte, wird der gesamte Erlös des Festes für den Unterhalt der Pfarrbücherei verwendet.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 46

3. September 2008

Eisel trifft Bonner Generalkonsul Koreas

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich zu einem ausführlichen Gespräch mit dem in Bonn ansässigen Generalkonsul der Republik Korea (Südkorea), Sohn Seon-Hong getroffen: "Ich begrüße es sehr, dass sich Südkorea zum Generalkonsulat als Außenstelle Bonn der Botschaft bekennt. Es werden sogar größere Räumlichkeiten gesucht. Ausschlaggebend dafür sind dabei nicht nur die in Bonn ansässigen Ministerien, sondern vor allem auch, dass Bonn als UN-Stadt."

Südkorea unterhält neben der Berliner Botschaft Generalkonsulate in Bonn, Hamburg und Frankfurt. Angesiedelt in Bad Godesberg arbeiten im Bonner Generalkonsulat 20 Mitarbeiter. Chefdiplomat ist Generalkonsul Sohn Seon-Hong, der Deutschland schon als Student in Heidelberg kennengelernt hat und früher auch an der Bonner Botschaft Südkoreas tätig war. Seon-Hong ist auch Autor des Buches "Deutsche Geschichte von der Teilung bis zur Einheit", das auf koreanisch erschienen ist.

Insgesamt leben über 30.000 Südkoreaner in Deutschland, davon ca. 5000 Studenten. Das Bonner Generalkonsulat ist neben den Bonner Regierungs- und UN-Kontakten für die über 10.000 Koreaner zuständig, die in NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland leben. In der Region Bonn wohnen etwa 300 Südkoreaner. Eisel rief dazu auf, die Kontakte zu den über 40 diplomatischen Vertretungen in Bonn zu intensivieren: "Dieses Netzwerk ist nicht nur wichtig für die Bundes- und UN-Stadt Bonn, sondern auch für die Beethovenstadt. Die Diplomaten vertreten ja nicht nur ihr Land in Bonn, sondern sind auch Botschafter für Bonn - zum Beispiel im Blick auf das neue Festspielhaus und das internationale Besucherklientel dafür."

(Ein Foto von Begegnung von Stephan Eisel mit Sohn Seon-Hong können sie von der homepage <http://www.stephaneisel.de/Presseservice> herunterladen)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 47

4. September 2008

Scharfe Kritik am Bund der Steuerzahler

In einem offenen Brief übten die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) scharfe Kritik am Bund der Steuerzahler. Bei seiner Kampagne für einen Totalumzug der Regierung arbeite der Verein immer wieder mit unbelegten und teilweise wahrheitswidrigen Behauptungen und trete offen für Steuerverschwendung im zweistelligen Millionenbereich ein. Anlass für die Kritik der Abgeordneten war die Behauptung des Bundes der Steuerzahler, der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht, dass die beiden Regierungsstandorte nur jährliche Kosten von 8,8 Mio € erzeugten, sei falsch.

Der Brief der Bundestagsabgeordneten an des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, hat folgenden Wortlaut:

„Leider sind wir es gewohnt, dass Sie in Ihrer Kampagne für einen Totalumzug der Bundesregierung nach Berlin immer wieder mit Vermutungen und unbelegten Behauptungen arbeiten.

So behauptete Bund der Steuerzahler im Dezember 2007, es werde eine „Studie erarbeitet“, die belege, dass ein Komplettumzug nach Berlin weniger als 5 Milliarden € koste. Diese Studie werde im Januar 2008 vorgestellt. Trotz dieser vollmundigen Ankündigung haben Sie dieses Papier bis heute nicht vorlegt.

Jetzt gehen Sie aber noch einen Schritt weiter: In Ihrer Presseerklärung vom 28. August 2008 zum Bericht der Bundesregierung über die Höhe der Kosten der Aufteilung der Amts- und Dienstsitze zwischen Bonn und Berlin behaupten Sie wahrheitswidrig, der Regierungsbericht erfasse die Kosten der Dienstreisen zwischen Bonn und Berlin nicht. Tatsächlich sind diese Kosten entsprechend dem Titel 527 01 des Bundeshaushaltsplans im einzelnen aufgeführt und addieren sich



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 47

4. September 2008

auf die Gesamtsumme von 4,7 Mio €. Diese belegte Summe liegt um ein vielfaches unter den von Ihnen ständig verbreiteten, aber unbelegten Zahlen.

Von schlichter Unkenntnis zeugt in diesem Zusammenhang Ihre Behauptung, der Einzelplan 60 „Kosten des Flugdienstes zwischen Bonn und Berlin“ sei im Bericht der Bundesregierung nicht berücksichtigt. Ein Blick in den Haushaltsplan hätte Ihnen gezeigt, dass dieser Titel „der Abrechnung der Flugleistungen für die obersten Bundesbehörden“ (z. B. Bundesrechnungshof) dient und deshalb nichts mit den beiden Ministerienstandorten in Bonn und Berlin zu tun hat. Im Gegenteil: Wären alle Ministerien in Berlin würden notwendigerweise auch höhere Flugkosten zu den Obersten Bundesbehörden in Bonn entstehen.

Dies passt offenbar ebenso wenig in Ihre Argumentation wie das Ergebnis des Berichtes der Bundesregierung insgesamt, das den jährlichen Gesamtaufwand von 8,8 Mio € für den doppelten Regierungssitz mit 8,8 Mio € beziffert.

Offenbar gilt für Sie bei diesem Thema, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Sie schädigen damit auch das Ansehen des Bundes der Steuerzahler, denn nach Ihrem eigenen Anspruch wollen Sie doch für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern eintreten.

Deshalb müssten Sie bei Kenntnisnahme der Fakten vehement gegen diejenigen zu Felde ziehen, die einen Totalumzug befürworten. Der Berlin-Umzug vor zehn Jahren hat rund 10 Mrd € gekostet. Er betraf das Parlament und etwa die Hälfte der Mitarbeiter der Bundesregierung. Selbst wenn man für den von manchen geforderten „Totalumzug“ nur die Hälfte dieser Summe - also 5 Mrd € - ansetzen würde, würden allein die Zinsen für einen „Totalumzug“ jährlich bei ca. 200 Mio € liegen.

Das heißt: Weil es keinen Totalumzug gibt, spart der Steuerzahler über 190 Mio € im Jahr. Sie werden Ihre Gründe haben, diese Zahl zu ignorieren, im Interesse der Steuerzahler ist das jedenfalls nicht."



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 49

5. September 2008

Eisel: Einnahmen aus Bahnprivatisierung auch für Lärmschutz

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel fordert neue Anstrengungen gegen Bahnlärm und begrüßte die Offensive, die Bundesverkehrsminister Tiefensee plant: "Wir müssen das Thema Bahnlärm besonders hier an der Rheinschiene in den Griff bekommen und energischer angehen. Es ist gut, dass der Bundesverkehrsminister seine Anstrengungen hier verstärken will und die Lage am Mittelrhein als besonderes Problem erkannt hat. Ich unterstütze auch seine Aufforderung an die Bahn AG, mehr Mittel in den Lärmschutz zu investieren."

Eisel wies darauf hin, dass die Bundesmittel für den Lärmschutz auf 100 Mio € pro Jahr verdoppelt worden sind. Zusätzliche Mittel gehen in die Entwicklung leiserer Güterwaggons und Verbesserungen am Gleiskörper: "Aber das reicht nicht. Die Bahn muss einen Teil ihrer Privatisierungseinnahmen für den Lärmschutz verwenden. Dazu gehört auch der zügigere Einbau sog. Flüsterbremsen in Güterwaggons. Die Bahn soll nicht an die Börse gehen, um Kapital für den Kauf ausländischer Logistikunternehmen zu mobilisieren, sondern um das Geld zur Verbesserung der Lage hier in Deutschland zu einsetzen. Daran muss Herr Mehdorn immer wieder erinnert werden."

Nach Eisels Auffassung muss das Problem auf drei Ebenen angegangen werden: "Kurzfristig möglichst viele Flüsterbremsen, mittelfristig lärmabhängige Trassenpreise und langfristig eine Entlastungsstrecke als Alternative zur jetzigen Rheintrasse, die durch viele Wohngebiete führt."

General-Anzeiger
5. September 2008

Scharfe Kritik am Bund der Steuerzahler

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben den Bund der Steuerzahler scharf kritisiert. Der Verein arbeite bei seiner Kampagne für einen Totalumzug der Bundesregierung nach Berlin mit teilweise wahrheitswidrigen Behauptungen, erklärten beide gestern. Anlass war die Behauptung des Bundes der Steuerzahler, der Bericht der Bundesregierung, ihre beiden Standorte Bonn und Berlin kosteten jährlich 8,8 Millionen Euro, sei falsch. Der Verein habe seine Behauptung, ein Komplettumzug koste weniger als fünf Milliarden Euro, nicht belegt, sagten die Abgeordneten. Aber selbst dann lägen allein die Zinsen bei 200 Millionen Euro und so mehr als 190 Millionen über den heutigen Kosten für den doppelten Regierungssitz. Jan

General-Anzeiger
11. September 2008

■ Der Stiftungsrat des „Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität“ hat den Bonner Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) zum neuen Kuratoriumsmitglied berufen. Das Netzwerk wurde 2005 von Deutschland, Polen, der Slowakei und Ungarn ins Leben gerufen und sieht seine Aufgabe in der Analyse und Dokumentation der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts und der damit verbundenen Leiden der Zivilbevölkerung. Als zweiter deutscher Vertreter wurde außerdem der Bundestagsabgeordnete **Markus Meckel** (SPD) in den Stiftungsrat berufen. kkt

Express
9 September 2008

Einladung nach Berlin

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) lädt interessierte Bürger zu einem dreitägigen Berlin-Besuch mit Blick hinter die Regierungskulissen. Preis: 199 Euro. Nähere Infos unter www.stephaneisel.de.

General-Anzeiger
12. September 2008

Eisel fordert mehr Geld

BAHNLÄRM Mittel aus der Privatisierung sollen in den Lärmschutz fließen

BONN. Die Mittel für den Lärmschutz an Bahnstrecken hat der Bund auf 100 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt, zusätzliches Geld geht in die Entwicklung leiserer Güterwaggons und neuer Gleiskörper. „Aber das reicht nicht“, sagt der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und forderte: „Die Bahn muss einen Teil ihrer Privatisierungseinnahmen für den Lärmschutz verwenden.“ Dazu gehöre auch der zügigere Einbau sogenannter Flüsterbremsen in Güterwaggons.

„Die Bahn soll nicht an die Börse gehen, um Kapital für den Kauf ausländischer Logistikunternehmen zu mobilisieren, sondern um das Geld zur Verbesserung der Lage hier in Deutschland einzusetzen.“ Daran müsse Bahnchef Hartmut Mehdorn immer wieder erinnert werden. Nach Eisels Auffassung gilt es, auf drei Ebenen zu agieren: „Kurzfristig möglichst viele Flüsterbremsen, mittelfristig lärmabhängige Trassenpreise und langfristig eine Entlastungsstrecke als Alternative zur Rheintrasse, die durch viele Wohngebiete führt.“ kf

Kultur (Streiflichter)**„Beethovens 9. Symphonie trifft das Bonner Grundgesetz“
Veranstaltungen beim Beethovenfest Bonn 2008 zu 60 Jahre Grundgesetz**

(09.09.08) Am 1. September 1948 fand im Museum Koenig die feierliche Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rats statt, der am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedete. Auch das Beethovenfest Bonn 2008 unter dem Motto „Macht. Musik.“ gedenkt diesem historischen Moment in der Geschichte der Bundesrepublik.

Am 6. September erwartete der Deutsche Bundestag im Museum Koenig geladene Gäste zu einer Feierstunde zum Gedenken an den parlamentarischen Akt vor 60 Jahren. Diese besuchten am Abend das Eröffnungskonzert des Beethoven-Symphonien-Zyklus mit Kurt Masur und dem Orchestre National de France beim Beethovenfest Bonn 2008. Unter anderem hörten das Konzert mit Beethovens Symphonien Nr. 1 und Nr. 2 der ehemalige Vorsitzende des Bundes-Verfassungsgerichts Ernst Benda und der Vizepräsident Ernst Gottfried Mahrenholz.

Auch der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel war anwesend sein, er hatte zusammen mit Iona Schmiel die Idee, die Feierstunde im Museum Koenig mit dem Konzertbesuch zu verbinden.

Der Zyklus der Aufführung aller neun Beethoven-Symphonien mit Kurt Masur endet am 10. September. Das Konzert, bei dem die Symphonien Nr. 8 und Nr. 9 auf dem Programm stehen, wird live aus der ausverkauften Beethovenhalle auf den Bonner Marktplatz übertragen. Das Programm beim kostenlosen Public Viewing beginnt um 18.30 Uhr. In der Veranstaltung „Beethovens 9. Symphonie trifft das Bonner Grundgesetz“ zeigt die Stadt Bonn eine historische Filmdokumentation aus Wochenschaumaterialien und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen.

Anschließend gestalten Beethovenfest Bonn und Deutsche Welle ein buntes einführendes Programm auf der Bühne am Marktplatz, bevor Deutsche Welle Moderatorin Meike Krüger um 20 Uhr zur Live-Übertragung in die Beethovenhalle schalten lässt. Zu Beginn der zweiten Konzerthälfte wird Kurt Masur mit dem Wilhelm-Furtwängler-Preis für seinen Verdienst um Beethovens Oeuvre geehrt.

Die Deutsche Welle schneidet alle vier Konzerte des Beethoven-Zyklus von Kurt Masur beim Beethovenfest Bonn 2008 mit. Ausschnitte aus den Konzerten sind dem Tag nach dem jeweiligen Konzert als Podcast in 30 Sprachen auf der Website der Deutschen Welle unter www.dw-world.de/beethoven abrufbar.

Am 27. September stehen Beethoven und Furtwängler erneut im Fokus eines Konzertes beim Beethovenfest Bonn 2008. War Wilhelm Furtwängler ein Sympathisant und Unterstützer der Nationalsozialisten, nur weil er Beethovens Symphonie Nr. 9 mit den Berliner Philharmonikern zu Hitlers Geburtstag 1937 dirigierte, ein Konzert, das Joseph Goebbels organisiert hatte? Wie wirkte die Neunte auf die Zuhörer, einzig durch die Musik und das von Beethoven hineingelegte Freiheitsideal, oder wurde sie als heroisch empfunden, wie vom Regime gedeutet? Eine Antwort sucht eine literarische Montage über Beethoven Furtwängler und die fiktive Figur des Komponisten Adrian Leverkühn aus Thomas Manns „Doktor Faustus“. In den Texten von Ingeborg Bachmann, Wilhelm Furtwängler und Thomas Mann wird die Konfrontation von Musik und Macht deutlich, ebenso wie Macht und Ohnmacht der Kunst in heillosen Zeiten. Im Stadtmuseum Siegburg rezitieren Esther Schweins und Hanns Zischler, die Pianistin Hideyo Harada interpretiert Werke von Viktor Ullmann und Ludwig van Beethoven.

General-Anzeiger
11. September 2008

Kritik im offenen Brief

POLITIK Der Bonner
CDU-Abgeordnete Eisel
greift die SPD und Kelber an

BONN. Den Rücktritt von Kurt Beck nimmt CDU-MdB Stephan Eisel zum Anlass, den Bonnern einen offenen Brief zu schreiben – und mit der SPD ins Gericht zu gehen. Eisel verweist auf die vergangenen 20 Jahre, in denen die Bundes-SPD acht Parteichefs hatte; deren Amtszeit im Schnitt zweieinhalb Jahre dauerte. Seine Botschaft: „Bei den Sozialdemokraten wird Instabilität immer mehr zum Dauer-Kennzeichen. Eine Partei, die im Inneren so labil ist, ist nicht geeignet, die Verantwortung für Deutschland zu übernehmen.“ Dass die „alte Schröder-Truppe“ mit Müntefering und Steinmeier wieder die Führung übernommen hat, „sollte uns hellwach machen, denn beide waren dabei, als 2005 die klare Wahlniederlage der SPD auf der Zielgeraden noch verhindert wurde“. Weil die SPD mit sich selbst beschäftigt sei, müsse die CDU die „konsequente Sacharbeit für die Bürger fortsetzen“. Er wolle das auffangen, worum sich Kelber „wegen der Beschäftigung der SPD mit sich selbst nicht kümmern kann“.

kl

KOMMENTAR

Unfairer Tritt

Eigentlich ist Stephan Eisel ein umgänglicher Mensch. Er spielt gut Klavier, mag Bonn und ist gerne CDU-Bundestagsabgeordneter in Berlin. Sein offener Brief an die „lieben Bonnerinnen und Bonner“, in dem er politisches Kapital aus dem Führungswechsel der Bundes-SPD für sich schlagen will, dürfte aber selbst bei eingefleischten CDU-Mitgliedern unterschiedliche Reaktionen hervorrufen.

Vor allem der unfaire Tritt gegen seinen SPD-Kollegen Ulrich Kelber könnte vielen sauer aufstoßen. Dass er, Eisel, mit seiner Arbeit jetzt das auffangen wolle, worum sich Kelber wegen des SPD-Führungswechsels angeblich nicht selbst kümmern könne... – das ist schon starker Tobak.

Fakt ist: Eisel, in Berlin ein Hinterbänkler, seit er vor einem Jahr in den Bundestag einzog, und Kelber als Vize-Fraktionschef einer, auf den man nach acht Jahren in Berlin hört, können es nicht besonders miteinander. Das kennen die Bonner anders: Nach 1991, als es im Zuge des Berlin-Umzuges um die Zukunft ging, zogen alle damaligen Abgeordneten für Bonn an einem Strang. Und zwar am selben Ende, um etwas für diese Stadt zu erreichen. So etwas würde man sich wieder wünschen.

Rolf Kleinfeld



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 50

18. September 2008

Eisel begrüßt zunehmende Dynamik beim Festspielhaus

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel unterstützt die jüngsten Entscheidungen zur Verwirklichung des Beethoven-Festspielhauses: „Es ist gut, dass in die Realisierung des Projektes mehr Dynamik kommt. Dazu tragen die Einbeziehung international renommierter Architekten durch die DAX-Unternehmen sowie die Beauftragung des Musikmanagers Karsten Witt mit der inhaltlichen Projektentwicklung ebenso bei, wie die klare öffentliche Festlegung der Oberbürgermeisterin auf einen finanziellen Beitrag der Stadt. Das ist wichtig auch im Blick auf den Bund, der mit 39 Mio € den Löwenanteil des Kapitals für die zu gründende Stiftung zugesagt hat.“ Eisel ist im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatter seiner Fraktion für das Projekt. Und setzt sich seit langem für die Realisierung des Festspielhauses ein.

Eisel unterstrich die große Bedeutung, die das Festspielhaus als nationales Projekt für die Zukunft Bonns habe und verglich die Vorteile für die Stadt mit der nationalen und internationalen Anziehungskraft der Bundeskunsthalle: „Ich wünsche mir insgesamt eine offenere Informationspolitik und begrüße deshalb die jüngsten öffentlichen Äußerungen der Oberbürgermeisterin. Mit verschränkten Armen kann man Zukunftschancen nicht ergreifen.“

Zugleich plädierte Eisel dafür, den städtischen Anteil nicht als jährlichen Zuschuss vorzusehen, sondern zur Erhöhung des Stiftungskapitals zu nutzen: „Eine Stiftung, aus deren Erträgen der Betrieb finanziert wird, ist viel stabiler als der jährliche Kampf um Zuschüsse im städtischen Haushalt. So hat es der Bund auch gemacht. Die Stadt kann in das Stiftungskapital einzahlen, was sie durch das Festspielhaus an Ausgaben spart: Die jährlichen Betriebskosten für die Beethovenhalle von mindestens 1 Mio € und die ohne das Festspielhaus unweigerlich auf die Stadt zukommenden Sanierungskosten für die Beethovenhalle in Höhe von mindestens 20 Mio€.“ Außerdem entscheide die Höhe des jeweiligen Beitrags zum Stiftungskapital letztlich über die Verteilung der Stimmrechte in der Stiftung: „Die Kommunalpolitik sollte aber nicht versuchen, die Regie des Festspielhauses zu übernehmen. Das Projekt wird nur ein Erfolg, wenn es seine nationale Dimension mit internationalem Niveau behält und nicht zum kommunalen Kulturprojekt wird. Deshalb wäre es auch falsch, den kommunalen Kulturhaushalt damit zu belasten.“

General-Anzeiger
19. September 2008

CDU Beuel unterstützt Eisel

BEUEL. Der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel soll auch in der nächsten Legislaturperiode ab 2009 die Bonner Bürger in Berlin vertreten. Dies ist zumindest der Wunsch des Bezirksvorstands der Beueler CDU. Wie Ortsverbandsvorsitzender Detlev Lehmann mitteilte, haben die Vorstandsmitglieder einstimmig vorgeschlagen, Eisel auf einer Mitgliederversammlung der Bonner CDU im November zum Kandidaten für den Deutschen Bundestag zu wählen. „Stephan Eisel hat sich sehr schnell in Bonn und Berlin einen Namen gemacht, nachdem er im September 2007 in den Bundestag nachgerückt ist“, so Lehmann. Er habe es verdient diesen erfolgreichen Job weiter zu machen. tho

General-Anzeiger
19. September 2008

Ein Bericht zeigt Wirkung

Eisel begrüßt Fricke's Äußerungen zu Bonn/Berlin

BONN. Die Rufe nach einem Totalumzug der Bonner Ministerien nach Berlin kommt so oft, dass man sie in Bonn kaum noch hören mag. Insofern hat sich der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel besonders gefreut, als Otto Fricke (FDP) sich als Vorsitzender des Haushaltsausschusses in einem GA-Interview klar zum „Fortbestand der grundsätzlichen Regelungen im Berlin-Bonn-Gesetz“ bekannt hat.

Der Bericht der Bundesregierung vor einigen Wochen, in dem die Kosten der beiden Regierungs-

standorte mit „nur“ 8,9 Millionen beziffert wurden, habe also seine Wirkung nicht verfehlt, erklärte Eisel jetzt in einer Pressemitteilung.

„Allein die Zinsen für einen Totalumzug wären ja um ein Vielfaches höher“, meinte er weiter. „Das hat auch die Haushälter im Bundestag beeindruckt.“ Der CDU-Politiker erinnerte auch daran, dass Fricke schon vor einigen Wochen die Verlagerung der Flugbereitschaft der Bundeswehr von Köln/Bonn nach Berlin aus Kostengründen abgelehnt hat. kf

General-Anzeiger
19. September 2008

Mini-Lärmschutz geplant

Uli Kelber verwundert über Stephan Eisels Forderung

Von Rolf Kleinfeld

BONN. Die Forderung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, über die nunmehr 100 Millionen Euro pro Jahr hinaus auch einen Teil der Privatisierungseinnahmen der Bahn für Lärmschutz an Bahngleisen zu verwenden, hat Eisels SPD-Kollegen Uli Kelber verwundert. „Genau diese Festlegung hat der Deutsche Bundestag doch auf meine Initiative hin Ende Mai bereits mit den Stimmen von SPD und CDU/CSU getroffen“, erklärte er jetzt.

„Ich hatte innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion die Ausstattung der Deutschen Bahn mit ausreichend Geldern aus dem Börsengang zur Umrüstung aller Güterwaggons vorgeschlagen“, sagte Kelber. Dies habe dann zum entsprechenden Beschluss des Bun-

destages geführt. Er, Kelber, habe im Gespräch mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee auch erreicht, dass dieser von der Bahn die Einführung von erhöhten Trassenpreise für laute Züge fordere. Derzeit werde geprüft, welche Gesetze und Verordnungen dafür geändert werden müssten.

Außerdem geht es um eine neue Technologie, bei der das Schotterbett mit einem Schäumgummi ausgespritzt werde, der Erschütterungen dämme. Dazu könnte man am Ende der Schwellen 80 Zentimeter hohe Lärmschutzwände installieren, die direkt neben den Rädern ausreichen, den Lärm zu mindern.

„Diese Mini-Lärmschutzwände können auch in städtebaulich sensiblen Gebieten wie der Bonner Südstadt zum Einsatz kommen“, sagte Ulrich Kelber.

General-Anzeiger
19. September 2008

Festspielhaus in der Diskussion

Jetzt melden sich
die Politiker zu Wort

Von Mathias Nofze

Für Tom Schmidt, Grünen-Fraktionsgeschäftsführer im Stadtrat, ist die Zeit reif. „Überfällig“ sei jetzt eine breite Diskussion zum Festspielhaus. Hintergrund ist der Brief vom Finanzvorstand der Telekom an Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (der GA berichtete gestern). Geklärt wissen möchte das Unternehmen zwei wesentliche Punkte. Erstens, wie der Finanzrahmen „in Bezug auf den Bau“ gesichert werden kann, und zweitens, wie ein „nachhaltiger Betrieb des Festspielhauses auf Spitzenniveau“ finanziell abgesichert werden kann. Für letzteres seien „längerfristig zweckgebundene städtische Zuschüsse“ notwendig.

Die Telekom verlange nichts anderes, als dass die Stadt „die Restrisiken“ übernehme, meint Schmidt. Das werde teuer für die Bürger, bedenke man etwa die Kostenexplosion bei der Hamburger Elbphilharmonie.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Werner Hümmerich hat die Oberbürgermeisterin aufgefordert, schnellstmöglich eine Sondersitzung des Projektbeirats Festspielhaus zu terminieren. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel begrüßt die klare öffentliche Festlegung der Oberbürgermeisterin auf einen finanziellen Beitrag der Stadt. Er plädiert dafür, den städtischen Zuschuss zur Erhöhung des Stiftungskapitals zu nutzen.

Bonner Rundschau
19. September 2008

Wie teuer wird das Festspielhaus?

Die Bonner Grünen stufen den
städtischen Beitrag als zu gering ein

Von BERNWARD ALTHOFF

BONN. Die Bonner Grünen sind nach wie vor skeptisch, dass der von der Stadt Bonn zu leistende Beitrag zu den Betriebskosten des geplanten Festspielhauses zu stemmen ist. Kultursprecherin Gisela Mengelberg und Fraktionsgeschäftsführer Tom Schmidt betonten gestern, dass die zwei bis drei Millionen Euro, die die Stadt laut Auskunft von Bärbel Dieckmann als städtischen Beitrag für die Betriebskosten zur Verfügung stellen will (Rundschau von gestern), zu gering seien.

Tom Schmidt: „Da kommt erheblich mehr auf die Stadt zu. Nach Berechnung der von den drei DAX-Unternehmen erstellten Gutachten kann man von sechs bis acht Millionen Euro Defizit pro Jahr ausgehen. Die Stadt sollte mal mitteilen, wie sie das zu finanzieren gedenkt, wo doch der Kämmerer immer betont, dass der Etat ‚knapp auf Kante genäht‘ sei.“

Auch die 75 Millionen Euro, die Deutsche Telekom, Postbank und Deutsche Post für den Bau des Festspielhauses zu investieren gedenken, stufen die Grünen als zu gering ein. Sie verweisen auf die Turbulenzen um den Bau der Elbphilharmonie in Hamburg, wo sich herausgestellt hat, dass die Kosten ins Uferlose – von

geplanten 186 Millionen Euro auf nunmehr 341 Millionen Euro – gestiegen sind. Die Grünen fragen sich, wie mit 75 Millionen Euro ein Festspielhaus von ‚Weltniveau‘ in Bonn gebaut werden kann. All ihre Zweifel werden die Grünen am 22. Oktober auf der Sondersitzung des Kulturausschusses zur Sprache bringen.

Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel wünscht sich eine „insgesamt offenere Informationspolitik“ zum Thema Festspielhaus. „Mit verschränkten Armen kann man Zukunftschancen nicht ergreifen.“ Immerhin bewertet er die jüngsten Äußerungen von OB Bärbel Dieckmann als „begrüßenswert“. Zugleich plädiert Eisel dafür, den städtischen Anteil an den Betriebskosten nicht als jährlichen Zuschuss vorzusehen, sondern zur Erhöhung des Stiftungskapitals zu nutzen. „Eine Stiftung, aus deren Erträgen der Betrieb finanziert wird, ist stabiler als der jährliche Kampf um Zuschüsse im städtischen Haushalt.“

FDP-Fraktionsvorsitzender Werner Hümmerich fordert „schnellstmöglich“ eine Sondersitzung des Projektbeirats. Die Bonner Liberalen halten aufgrund seiner Zusammensetzung den Projektbeirat für das geeignete Gremium, um das sensible Thema Festspielhaus zu besprechen.

General-Anzeiger
03.09.08

Gedenken an CDU-Gründer

BONN. Mit einem Kranz, den sie auf seinem Grab auf dem Alten Friedhof niederlegten, gedachten Stephan Eisel, Philipp Lerch und Axel Voss gestern des Gründers der Bonner CDU, des Rechtsanwalts Johannes Henry. Der erste Vorsitzende der Union in Bonn,



Einen Kranz legen Stephan Eisel (von links) Philipp Lerch und Axel Voss nieder. FOTO: KOHLS

langjährige Fraktionschef und Bonner Ehrenbürger war vor 50 Jahren im Alter von 82 Jahren gestorben. kf

General-Anzeiger
22.09.08

Härtere Gangart

Leserbrief „Üblicher Wahlkampfstil“ von Georg Meininghaus am 13. September

Es ist schon merkwürdig, dass Georg Meininghaus Äußerungen, die man dem politischen Aschermittwoch, dem Bierzelt oder bayrischen Gepflogenheiten zuordnen würde, als „üblicher Wahlkampfstil“ bezeichnet.

Normal sind die Äußerungen von Dr. Eisel bestimmt nicht – als Wähler erwarte ich einen von Sachthemen dominierten Wahlkampf – und nicht persönliche Angriffe auf politische Konkurrenten. Und wenn sich Eisel diesen kleinen Stiches verkniffen hätte, wäre gegen seinen „offenen“ Brief nichts zu sagen gewesen (außer dass er Allgemeinleiten wiederholt).

Richtig hanebüchen wird es aber, wenn aufgrund dieser berechtigten Kritik Meininghaus dem General-Anzeiger mangelnde Unabhängigkeit vorwirft. Dazu fehlt aber der Nachweis, dass der GA mit der anderen politischen Seite besser umgeht.

Man kann dem GA eher vorwerfen, dass die Berichterstattung gerade bei der Lokalpolitik zu sanft mit den Politikern jeglicher Richtung umgeht. Ich hoffe, diese Kritik an Eisel war der erste Schritt in eine etwas härtere Richtung.

General-Anzeiger 13./14.09.08

Üblicher Wahlkampfstil

Kommentar „Unfairer Tritt“

Es berührt schon eigenartig, wenn eine „unabhängige Tageszeitung“ dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Stephan Eisel in einem Kommentar Unfairness vorwirft. Vielmehr finde ich es sehr unfair, wenn eine „unabhängige Tageszeitung“ einem Bundestagsabgeordneten wegen politischer Äußerungen vorhält, unfair zu sein. In einem offenen Brief äußert sich Dr. Eisel über die Instabilität der SPD und macht sich Sorgen wegen

des Linkskurses und der Regierungsfähigkeit der SPD. Was ist daran unfair? Wenn Dr. Eisel in seinem offenen Brief äußert: „Meine Arbeit für Bonn im Bundestag werde ich weiter verstärken, um das aufzufangen, worum sich mein Kollege von der SPD wegen der Beschäftigung der SPD mit sich selbst nicht kümmern kann“, so ist das ein Jahr vor einer großen Wahl ein unter Politikern absolut üblicher Wahlkampfstil, an dem nichts unfair ist.

Georg Meininghaus, Bonn

General-Anzeiger 20./21.09.08

Bürger wünschen sich Taten

Kommentar „Unfairer Tritt“ vom 9. September

Der bedauernswerte Kurt Beck spricht von „Vertrauensmissbrauch in der eigenen Partei“. Eine härtere Ausdrucksweise kann man sich wohl kaum vorstellen: Vertrauensmissbrauch – das führt bei Angestellten zur Kündigung und bei Freunden zum Bruch.

Der CDU-Abgeordnete Eisel hält seinem Bonner SPD-Kollegen dessen eigene Partei vor und das kaum noch zu ertragende Leiden an sich selbst. Das ist dem GA eine moralisch schwere Attacke gegen Eisel wert. Gut, dass diese auch überregional wichtige Bonner Zeitung Eisel wahr- und ernst nimmt. Von einem „unfairen Tritt“ Eisels gegen Kelber zu spre-

chen, zeugt indes vom Verlust an jeder politischen „Kante“. Die Bürger wünschen sich Taten. Aber viele wünschen sich wieder härtere Auseinandersetzungen, mehr Streit, die zu mehr Klarheit bei den Alternativen führt. Oder verträgt die Republik keinen harten Streit mehr? Das wäre tragisch. Demokratie lebt schließlich vom Klartext, ja auch von der Überspitzung, solange diese nicht ehrverletzend sind. Eisel hat polemisiert, das ist alles. Und der Kommentator? Der darf den CDU-Mann, der im Bundestag sitzt, frei jeder Würdigung von dessen Arbeit einen „Hinterbänkler“ nennen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Das fällt auf den zurück, der es anlegt. Nicht auf Eisel.

Thomas Schwarz, Bonn

General-Anzeiger

23.09.08

Kompliment

60. Geburtstag des Grundgesetzes

Kompliment an MdB Stephan Eisel, aus Anlass des 60. Geburtstags des Grundgesetzes ein nationales Jazz-Festival da zu zelebrieren, wo es hingehört, nämlich in Bonn. Dass Grundgesetz und Jazz kohärent sind, lehrt auch jede General-Anzeiger-Sonderveranstaltung auf dem Dach der Bundes-Kunsthalle – man sieht und begegnet fast nur Besuchern „älteren Datums“... Zumal wenn Herbolzheimer aufspielt: Wir werden dabei sein. Inge und Lutz Irgel, Sankt Augustin

Europa zwischen Begeisterung und Skepsis

Katholische Burschenschaftler diskutierten auf der Wartburg über die Kaukasus-Krise

Von Helmut Herfés

Das hätten sich die katholischen Burschenschaftler der Bonner Universität nicht träumen lassen, als sie 1990, noch zu DDR-Zeiten, zum ersten Mal auf der Wartburg „Einigkeit und Recht und Freiheit“ sangen: Nun waren sie am vergangenen Wochenende schon zum 19. Mal an diesem nicht nur wegen Luther und der Heiligen Elisabeth besonderen Ort der deutschen und europäischen Geschichte.

Stets war es dem Vorbereitungskomitee um die Bonner Verbindung „Sigfrida“ mit dem Arzt Franz Josef Klassen als spiritus rector gelungen, mit den Themen den Nerv der deutschen und weltweiten Fragen zu treffen und damit junge und alte Akademiker gleichermaßen anzusprechen. Diesmal angesichts der Kaukasus-Krise mit „Europa – eine Herausforderung für die Nationalstaaten“. Wobei es sich zeigte, dass im Umkehrschluss die Nationalstaaten und noch stärker der Nationalismus wie in Georgien oder der Rückfall Russlands in die Autokratie Europa herausfordern.

Deshalb war man sich in der Skepsis gegenüber künftigen EU-Erweiterungen einig. „Vertiefung vor Erweiterung“ – dieser Satz von Bernhard Vogel, dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, drückte jenen Konsens aus. Was kein Gegensatz zum tempe-



FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ZB

Die Wartburg bei Eisenach

ramentvollen Aufruf des früheren rheinland-pfälzischen und Thüringer Ministerpräsidenten an die Jugend war, sich so leidenschaftlich für die europäische Einigung auf der Grundlage ihrer religiösen und kulturellen Wurzeln wie die Gründergeneration einzusetzen, weil nur die EU in Europa Freiheit und Frieden ermögliche.

Darin stimmte Vogel mit den anderen Referenten überein, mit

wie die Ablehnung eines Beitritts der Türkei, da sie ein nicht-europäischer Staat sei. Die EU könne nur europäische Staaten aufnehmen, die ihre Beitrittsbedingungen verwirklicht, nicht nur versprochen haben. Die Aufnahme sei „kein pädagogischer Prozess“.

Die europäische Einigung kann nur gelingen, wenn alle ihr Haus in Ordnung bringen. Dem dienten die Referate von Mathias Gierth, stellvertretender Chefredakteur des Rheinischen Merkur („Der neue breite Graben. Warum die Entfremdung zwischen Bürgern und Politik wächst und wie ihr begegnet werden kann“) und Georg-Berndt Oschatz, ehemaliger Bundesratsdirektor. Er veranschaulichte, dass trotz aller internen Kritik der deutsche Föderalismus ein Vorbild für die EU sein kann und sollte.

Wie pragmatisch sich Europäer über die EU hinaus verständigen können, demonstrierte beim abendlichen Festkommers Karl-Friedrich Nagel, Leiter des Grundsatzzreferates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Bonn, am Beispiel der Weltraumorganisation ESA. Neben der Nationalhymne war ein emotionaler Höhepunkt jenes Abends das leidenschaftliche Bekennen des Thüringer Europa-Ministers und Chefs der Staatskanzlei, Klaus Zeh, zum Gelingen der deutschen Einheit und der Dank für die Solidarität des Westens mit dem Osten Deutschlands.

Hubertus von Murr, deutscher Botschafter in Luxemburg, Michael Mertes, NRW-Bevollmächtigter beim Bund („Europa auf der Suche nach Grenzen in einer entgrenzten Welt“) und dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel („Europäische Einigung als deutsches Interesse“).

Er verschärfte die Skepsis Vogens gegen die verfrühte Aufnahme von Bulgarien und Rumänien so-

General-Anzeiger
25.09.08

100 000 Euro für die Godesburg

BAD GODESBERG. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat gestern nach Mitteilung des Bonner SPD-Abgeordneten Ulrich Kelber die erste Tranche über 100 000 Euro zur Sanierung der Godesburg freigegeben. Sie war, wie berichtet, Mitte August in das Sonderprogramm Denkmalschutz aufgenommen worden. Insgesamt sind 600 000 Euro aus dem Topf beantragt worden. Insgesamt soll die Sanierung vor dem 800. Jubiläum der Burg im übernächsten Jahr rund 1,2 Millionen Euro kosten. Bund und Land sollen je 40 Prozent der Kosten tragen, die Stadt will den Rest über 240 000 Euro beisteuern. hbl

Rundschau 25.09.08

Bundeszuschuss

100 000 Euro für die Sanierung der Godesburg aus Denkmalschutzmitteln

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) beeilten sich, ihre Freude kundzutun: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschloss gestern, die Sanierung der Godesburg mit 100 000 Euro zu unterstützen. Sie gehört damit zu den bundesweit 134 Projekten, die in einem ersten Schritt aus dem mit 40 Millionen Euro

bestückten Sonderprogramm des Bundes zum Denkmalschutz gefördert werden.

Wie berichtet, will die Stadt den Bergfried für 1,2 Millionen Euro sanieren, und zwar möglichst 2009, so dass das Wahrzeichen Bad Godesbergs dann rechtzeitig zur 800-Jahr-Feier der Godesburg im Jahr 2010 in neuem Glanz erstrahlen könnte. Die Stadt hofft auch auf Landeszuschüsse. (krl)

General-Anzeiger 26.09.08

Klarheit gefordert

Eisel und Kelber unterstützen KMK-Mitarbeiter

Von Bernd Leyendecker

BONN. Unterstützung erhielt der Personalrat der Kultusministerkonferenz (KMK) bei seiner Forderung nach Klarheit über die Umzugsmodalitäten für einen Teil der Mitarbeiter von Bonn nach Berlin von den Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU). Sie reagierten damit in einer gemeinsamen Presseerklärung auf den GA-Bericht, wonach weder das Datum für den Teilumzug nach Berlin noch der künftige Dienstsitz in Bonn bekannt sind.

„Es ist eine Binsenweisheit“, so Kelber, „dass Unsicherheit um den Arbeitsplatz demotiviert; deshalb

ist nicht nachvollziehbar, warum die KMK-Leitung nicht schnell für klare Verhältnisse sorgt“. Eisel: „Wenn diese Klarheit nicht schnell hergestellt wird, droht der KMK ein Verlust von Fach- und Sachverstand.“

Die Bonner Abgeordneten forderten die Kultusminister der Länder auf, den Mitarbeitern der KMK „die gleiche Sicherheit und Klarheit um ihre Arbeitsplätze zu verschaffen, die der Bund seinen von Umzügen betroffenen Angestellten geboten hat“. Eisel und Kelber kündigten an, sich „schnellstens erneut mit der KMK-Leitung und dem Personalrat zu Gesprächen zu treffen, um mögliche Lösungen zu eruieren“.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 51

1. Oktober 2008

Eisel begrüßt Fortsetzung der Konzerte auf dem Museumsplatz

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ist erfreut über die Fortsetzung der Konzerte auf dem Museumsplatz auch im nächsten Jahr: "Vor einem Jahr konnten wir im Haushaltsausschuss des Bundestages durchsetzen, dass die Konzerte auf dem Museumsplatz weiter stattfinden können. Die neue Veranstaltergemeinschaft KultEvent hat in diesem Sommer ein tolles Programm hingelegt. Das verdient Respekt und Anerkennung. Es ist prima, dass die Reihe im nächsten Jahr fortgesetzt wird."

Eisel, der als zuständiges Mitglied im Kulturausschuss des Bundestages in engem Kontakt mit den Konzertveranstaltern und der Bundeskunsthalle steht, verwies darauf, dass die hohe Qualität des Programms auch in Berlin registriert worden ist: "Wir standen schon unter verschärfter Beobachtung, nicht jeder in Berlin hat nicht damit gerechnet, dass die Bonner Veranstaltergemeinschaft Weltstars wie Al Jarreau, Chick Corea oder Kris Kristofferson auf den Museumsplatz holen kann. Mit dem Erfolg der Konzerte in diesem Jahr ist die Krise des Frühjahres 2007 endgültig überwunden." Dazu habe auch das Engagement von Frank Asbeck mit seiner Firma Solarworld beigetragen

Dass sich der Bund zum Museumsplatz als Konzertplatz bekenne, zeigt nach Eisels Meinung auch das vom Bund geförderte Bund-Big-Band-Festival im Mai nächsten Jahres: "Das wird gleich zu Beginn ein Höhepunkt der Konzertsaison mit der WDR-Bigband, Peter Herbolzheimers "Grey Hair Convention" und dem Bundesjazzorchester an drei Abenden hintereinander und vielen regionalen Bigbands tagsüber." Der Bonner Bundestagsabgeordnete hatte das Festival vom 23.-25. Mai 2009 zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes angeregt und die Bundesförderung durchgesetzt. Die Konzertsaison 2009 auf dem Museumsplatz wird mit dem Festival eröffnet.

General-Anzeiger
01.10.2008

Eisel lädt nach Berlin

BONN. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bietet Bonnern eine politische Reise nach Berlin an. Der dreitägige Trip kostet 199 Euro, enthalten sind zwei Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstücksbuffet, eine Stadtrundfahrt, ein Abend- und zwei Mittagessen sowie der Besuch des Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Die Reisettermine liegen zwischen Oktober und Dezember. Infos: www.stephaneisel.de oder 0228/184 99 832. src

Bonner Rundschau 02.10.2008

In Bonn wird weiter gerockt

Die Open-Air-Konzerte auf dem Museumsplatz werden fortgeführt

BONN. Auf ein Neues: Auch im kommenden Jahr wird es eine Open-Air-Konzertsaison auf dem Museumsplatz geben. Die Betreibergesellschaft Kult Event, die erst im Dezember 2007 eine Konzession von der Bundeskunsthalle erhalten hatte, hat die Option für ein weiteres Jahr wahrgenommen. „Eigentlich hat uns die Bundeskunsthalle eine Option für drei Jahre angeboten“, erklärte der Sprecher von Kult Event, Jürgen Harder, auf Nachfrage, „aber wir mussten erst mal mit unserem Hauptsponsor SolarWorld AG Rücksprache nehmen. SolarWorld-Chef Frank Asbeck hat sich

nun bereit erklärt hat, erst mal für ein weiteres Jahr als Hauptsponsor zu agieren.“

Jürgen Harder räumt ein, dass es ohne diesen Sponsor aufgrund der hohen Kosten für Auf- und Abbau der Bühne – Harder nennt einen sechsstelligen Euro-Betrag – für Kult Event nicht möglich ist, eine ganze Konzertsaison finanziell alleine zu stemmen. „Noch nicht“, meint Jürgen Harder und blickt verhalten optimistisch in die Zukunft. Seine Zuversicht „nährt“ sich aus der alles in allem erfolgreich verlaufenen Konzertsaison 2008, die ja erst kurzfristig im Januar dieses Jahres nach

dem Ausstieg der Bundeskunsthalle als Betreiber in Angriff genommen werden konnte. „Jetzt haben wir wertvolle drei Monate mehr Zeit, das Programm zusammenzustellen“, meint Jürgen Harder.

Wieder sind rund 25 Konzerte geplant (plus weitere Events). Drei feste Zusagen gibt's schon: Die „Beach Boys“ werden (zum dritten Mal) an die Museumsmeile kommen, gleiches gilt für Chris de Burgh, der auch schon live in Bonn zu hören war. „Newcomer“ indes ist die Band „Orchestral Manoeuvres In The Dark“. Mit weiteren Künstlern steht man in Verhandlungen.

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) ist erfreut über die Fortsetzung der Konzerte. Eisel, der im Kulturausschuss des Bundestages sitzt und in engem Kontakt zu Kult Event und der Bundeskunsthalle steht, verweist darauf, dass „die hohe Qualität der Bonner Konzerte“ die kritischen Beobachter in Berlin überzeugt hat, Bonn eine weitere Chance als Open-Air-Konzertort zu geben. „Nach der Krise 2007 mit dem Ausstieg der Bundeskunsthalle als Konzertbetreiber standen wir unter verschärfter Beobachtung“, meint Stephan Eisel. (al)

Schaufenster Blickpunkt 08.10.2008

Politische Reise nach Berlin

Bonn / Berlin (mt). - Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bietet interessierten Bürgern die Teilnahme an einer politischen Informationsreise nach Berlin an: „Die Arbeit des Bundestages und der Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins sind sicher eine Reise wert.“ Der Teilnehmerbeitrag von 199 Euro beinhaltet einen dreitägigen Besuch in Berlin, mit Reise, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer inklusive Frühstücksbuffet, eine Sightseeing-Tour, ein Abend- und zwei Mittagessen sowie den Besuch des Deutschen Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen. Die Reisettermine liegen bis Dezember. Informationen unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, Tel.: 02 28/ 184 99 832.

Express
07.10.2008

Mädels, wo seid ihr?

Wenn's um die Chefposten geht, machen nur die Männer Dampf

Während die Jungs für die Kommunalwahl, Europawahl und Bundestagswahl im nächsten Jahr längst in den Startlöchern stehen, halten sich die Polit-Damen in Bonn leider mal wieder sehr zurück.

Oberbürgermeisterin: Feblanzelmann 15 Jahre geleitet hat, traut sich von den weiblichen Kommunalpolitikerinnen offenbar keine zu. Es tummeln sich Jürgen Nimptsch (SPD), Chrl-

stian Dürig (CDU), Bernhard Wimmer (Bürger Bund Bonn), Peter Finger (Grüne) als offiziell nominierte Kandidaten - ohne weibliche „Gegenwehr“.

Lust auf Straßburg oder Brüssel? Bei der CDU, die bei der Europawahl bislang immer zum Zuge kam, hat sich

ganz überraschend der Bonner CDU-Parteichef Axel Voss durchgesetzt. Trotz starker Konkurrenz aus dem Riesen-

Bezirk Mittelrhein.

Wer will eigentlich da hin? Ull

Kelber hat für die Sozialdemokraten schon



Rathaus von Live
von Dr. Steffen

sein Interesse deutlich gemacht. Dr. Stefan Eisel lässt man zwar beim Thema Nominierung in Bonn noch etwas zappeln. Doch es scheint sicher, dass er

wieder das Ticket für die Bundeskandidatur ziehen wird.

Mädels, wo seid ihr? Vielleicht gibt es ja einen Hoffnungscheinmer. 2010 stehen in

Nordrhein-Westfalen die Landtagswahlen an. In Düsseldorf hatte bei der letzten Wahl Renate Hendricks SPD-Ur-

gestein Bernhard „Felix“ von Grünberg abgelöst. Da geht also auch 2010 was aus weiblicher Sicht. Bei der CDU versichert zwar Gerhard Lorth immer wie-

der, dass er wieder in den Landtag will. Doch - siehe da - immer häufiger fällt der Name einer starken CDU-Frau für dieses Ticket: An-

nette Schwolen-Flümann, Bezirksbürgermeisterin in Bad Godesberg. Souverän zieht sie nicht nur in Süden Bonns durch die Säle, taucht bei vielen

Veranstaltungen auf. Bei so viel Engagement eigentlich kein Wunder, dass Schwolen-Flümann Name für eine Top-Position gehandelt wird.



Annette Schwolen-Flümann



Renate Hendricks



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 52

9. Oktober 2008

Im Jubiläumsjahr Kabinettsitzung in Bonn ?

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hofft, dass anlässlich des 60. Geburtstages des Grundgesetzes im nächsten Jahr eine Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn stattfinden wird: "In vielen Gesprächen habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung zum Grundgesetzjubiläum ein besonderes Zeichen in Bonn setzt, wo das Grundgesetz entstanden ist. Ich bin zuversichtlich, dass mein Vorschlag aufgegriffen und die Regierung 2009 erstmals nach dem Berlin-Umzug wieder in Bonn tagen wird. "

Wie Eisel mitteilte, muss die endgültige Entscheidung noch getroffen werden, aber die Idee habe wichtige Fürsprecher "bis in höchste Regierungskreise" hinein: "Mit dem Palais Schaumburg steht dafür ein symbolträchtiger Ort zur Verfügung. Dort haben bis zur Fertigstellung des neuen Kanzleramtes die Kabinette von Konrad Adenauer bis Helmut Schmidt getagt."

Der Bonner Bundestagsabgeordnete setzt sich seit längerem dafür ein, dass Bonn bei den Feierlichkeiten zum Grundgesetz-Geburtstag eine wichtige Rolle spielt. Auf seine Initiative geht u. a. der Festakt zurück, mit dem der Deutsche Bundestag am 6. September im Museum König der Konstituierung des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren gedacht hat. Auch das Original des Grundgesetzes wird 2009 in Bonn ausgestellt. Zuletzt ist es Eisel gelungen, beim Bund Gelder für ein nationales Bigband-Festival in Bonn zu organisieren, das 2009 anlässlich des Verfassungsjubiläums auf der Museumsmeile stattfinden wird. Es soll wichtiges Element eines Verfassungsfestes in Bonn im Mai 2009 sein.

General-Anzeiger 13.10.2008

Die Bürger kommen nur wenig zu Wort

Der Sonntags-Rundgang der CDU am Beueler Güterbahnhof wird von Fachdiskussionen bestimmt

Von Frank Auffenberg

BEUEL-OST. Ohrenbetäubend laut rattert ein Zug nach dem anderen durch den Beueler Bahnhof. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger unterbricht seinen Vortrag über die Neuordnung und die geplanten Bebauungen des Güterbahnhofs. Die rund 80 Teilnehmer des Sonntags-Bürger-rundgangs warten ungeduldig an der Unterführung in Höhe der Oberen-Wilhelm-Straße darauf, dass Fenninger weiterreden kann. Ausführlich stellt er anhand von Zeichnungen des Planfeststellungsverfahrens die geplanten Baumaßnahmen vor. Immer wieder wird er von Zwischenrufen und Nachfragen unterbrochen. Die Diskussion ist zunehmend emotional geladen.

Wieder zischt ein Zug vorbei. „Wir sehen, wie dringend das Thema Lärmschutz in Beuel angepackt werden muss. Mir dem Bau der S 13 wird er endlich kommen“, verspricht Fenninger. „Allen Kritikern sollte eins klar sein. Wer Lärmschutz will, der muss die S 13 befürworten“, ergänzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Es gebe keine Alternative.



FOTOS: MAX MAJLSCH

Rund 80 Teilnehmer kommen zum Rundgang der CDU in Beuel.

Bedenken und Einwürfe von Bürgern, die Finanzierung sei noch lange nicht so gesichert wie die CDU behauptet, weisen Eisel und Fenninger entschieden als unwahr zurück. Alle seien sich prinzipiell doch darüber einig, dass das Ziel sei, die Bahn so schnell wie mög-

lich zu realisieren. Kurzer Applaus brandet auf. Die Verzögerung habe schon viel zu lange gedauert, bis 2014 sei der Bau nun realistisch.

Weniger konsensfähig bleibt die Umgestaltung des Bahnhofs in ein Einzelhandelszentrum mit Lidl- und Elektromarkt, Bowling-Bahn

und Fastfood-Restaurant (der GA berichtete). Große Teile der Anlage müssten dem Gewerbezentrum weichen. Die Hallen des VW-Entfallendienst würden größtenteils abgerissen, die Rhein-Sieg-Eisenbahn (RSE) müsste auf einem anderen Teil des Geländes umgesie-

deit werden. Ausdrücklich betonte Fenninger, dass die Laderampen des Güterbahnhofs nach den Plänen nur verlagert würden, nicht ersatzlos gestrichen. Die Verhandlungen laufen.

Große Probleme mit dem Angebot der Stadt hat RSE-Geschäftsführer Rainer Böhnet in puncto wegfällende Lagerflächen. Zur Abwicklung seiner Stahllogistik brauche er eine Fläche von circa 1.300 Quadratmetern, bisher seien ihm aber nur 700 angeboten worden. Zwar gebe es noch weiteren Raum, der auch für die Kompensation von wegfällenden Gleisen genutzt werden würde. Die DB Netz AG reagiere aber nicht auf seine Anfragen. Eisel sicherte ihm hier Unterstützung zu.

Karin Giesler, die der Einladung der CDU gefolgt ist, findet, dass neben allen Problemen die Pläne vor allem am Bürger vorbeigehen. „Jemand sollte wirklich mal fräglich brauche keinen Lidl“, sagt sie. Eine andere Anwohnerin sieht das wiederum ganz anders. „Wann ist es denn endlich soweit?“, rief sie immer wieder zwischendurch in die Runde. Ansonsten kamen die Bürger bei den Fachdiskussionen eher selten zu Wort.